

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnements: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7676.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechspaltige Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kreisverleger: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Vorwärts-Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. Mai 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Reform der Bergwerks-Inspektion.

Anlässlich des großen Grubenunglücks, das im Februar dieses Jahres 115 Bergarbeitern des Bochumer Bezirks das Leben kostete, erklärte der preussische Handelsminister am 24. Februar im Abgeordnetenhaus, die Regierung sei zu der Einsicht gelangt, daß es bei der Bergwerks-Inspektion an dem genügenden Hilfs- und Unterpersonal für die Aufsicht mangle und daß daher für dessen Ergänzung gesorgt werden müsse. Der Minister habe zu diesem Zweck Gutachten eingefordert, um zu erfahren, wie sich die Heranziehung von Arbeitern zum Aufsichtsdienst in England, Frankreich und Belgien bewährt habe. Er werde auch Kommissionen nach diesen drei Ländern entsenden, die diese Einfügung von Arbeiterdelegirten in den Aufsichtsdienst zu studiren hätten. Dieser Kommissionsentsendung hätte es zwar überhaupt nicht bedurft, denn die Nothwendigkeit der Hinzueziehung von Arbeiter-Delegirten zur Grubeninspektion steht längst außer allem Zweifel. Aber jetzt ist bereits wieder ein Vierteljahr ins Land gegangen, doch von der Vermehrung des Aufsichtspersonals, der Thätigkeit jener Kommission, der Anstellung von Arbeiterdelegirten ist noch nichts bekannt geworden.

Nun ist die deutsche Bergarbeiter-Bevölkerung wieder von einem schweren Unglücksfall betroffen worden. In einer im Königl. Bergamtsbezirk Dortmund gelegenen Grube sind infolge eines Grubenbrandes 44 Arbeiter jämmerlich ums Leben gekommen. Es war nicht möglich, trotzdem rechtzeitig Hilfe zur Stelle war, das Bergwerk von Qualm frei zu halten und dadurch das Leben der unter Tage befindlichen Belegschaft zu retten. Ob der Ausbruch des Brandes und die Unmöglichkeit, den Qualm aus den Schächten hinaus- und frische Luft zuzuführen, eine Folge mangelnder Einrichtungen gewesen sind, wissen wir heute noch nicht. Jedenfalls legt diese schwere Katastrophe aufs neue die Frage an die Regierung nahe, wie es denn nun eigentlich mit der in Aussicht gestellten Verbesserung des Arbeiterschutzes im Bergbau und der Heranziehung von Arbeitern zur Ueberwachung der Sicherheitseinrichtungen steht! Hinsichtlich eines so gefährlichen Betriebes, wie es der Bergbau ist — wurden doch allein in Preußen in dem einen Jahre 1896 in Bergwerken 842 Mann getödtet — darf man wohl ein schnelleres Fortschreiten auf dem Wege der als richtig und nothwendig erkannten Arbeiterschutz-Maßregeln verlangen.

Die theilhaftigsten Arbeiterschichten haben ja inzwischen aufs neue ihre Wünsche in dieser Beziehung deutlich zu erkennen gegeben. Auf dem zu Ostern dieses Jahres in Dortmund abgehaltenen Kongress der deutschen Bergleute wurden in einer einstimmig angenommenen Resolution unter andern folgende Forderungen hinsichtlich der Reform der Bergwerks-Inspektion gestellt:

„Inseres Erachtens wird das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter weit besser geschützt, wenn man den heute amtierenden, an Zahl völlig ungenügenden Berginspektoren Hilfskontrolloren aus den Reihen der Bergarbeiter zur Seite stellt. Diese Hilfskontrolloren müssen in geheimer, direkter und von den Unternehmern völlig unbeeinflusster Wahl von den Belegschaften gewählt, vom Staate betvoollmächtigt und befehligt werden. — Dieser Theil der Reform der Bergwerks-Inspektion wird von der Bergarbeiterchaft für so durchaus nothwendig gehalten, daß, sollte es nicht anders möglich sein, sie sogar die Befolgung der Hilfskontrolloren übernimmt. . . . Für jede Grube mit einer Belegschaft von über 600 Mann ist von den Arbeitern ein Hilfskontrollor zu wählen, wenn die Grube nicht mit einer andern Grube in Verbindung steht. In Hilfskontrolloren können nur solche Arbeiter gewählt werden, die mindestens zehn Jahre auf einer Grube gearbeitet haben. Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre, Wiederwahl ist zulässig. Die Befolgung eines Hilfskontrollors kann nur durch die Weisheit der Wähler erfolgen, wenn sich der Hilfskontrollor seinen Funktionen nicht gewachsen zeigt, oder die Interessen der Arbeiter verlegt.“

Wie stark begründet die Annahme der deutschen Bergarbeiter ist, daß eine Heranziehung der eigenen Berufsgenossen zur Bergwerks-Inspektion eine Verbesserung herbeiführen würde, da solche früheren Arbeiter das Leben des Bergmanns und die speziellen Gefahren des Bergwerksbetriebes aus eigener Anschauung und langjähriger Erfahrung kennen, das geht wohl zur genüge daraus hervor, daß gerade in den Ländern, in denen die Erfahrung bewährter Arbeiter der Sicherheit der Bergarbeiterbevölkerung dienstbar gemacht worden ist, viel weniger Bergleute verunglückt als in den deutschen Gruben. Der preussische Handelsminister selbst hat mitgetheilt, daß 1896 in Preußen von je 1000 Bergarbeitern 2,49 tödtlich verunglückt seien, während von je 1000 Bergarbeitern in Belgien jährlich 1,66, in England 1,53 und in Frankreich nur 1,12 einen tödtlichen Unfall erlitten hätten. Man hat guten Grund, anzunehmen, daß diese geringere Höhe der Unfallziffern nicht auf einem blinden Zufall beruht, sondern den besseren Schutzmaßnahmen jener Länder ausfließen. Und unter diesen Umständen und bei den sich fortwährend wiederholenden gräßlichen Katastrophen, von denen die deutsche Bergarbeiterbevölkerung heimgesucht wird, sollte die Regierung nicht zögern, alles zu thun, was nur irgendwie eine Verringerung der Verunglückungsgefahr für die deutschen Bergleute herbeiführen könnte. Ganz besonders zählen wir zu solchen Maßregeln die Heranziehung von Arbeitern zur Bergwerks-Inspektion, die anderwärts bereits eingeführt ist, die von den Arbeitern gefordert wird und die von der Regierung unter dem Eindruck einer mörderischen Katastrophe in Aussicht gestellt worden ist.

Nachdem wir bereits in der Nummer vom 28. April dargestellt haben, welche Funktionen man in Frankreich dem Aufsichtsdienst in Bergwerken theilhaftigen Arbeitern gegeben hat, möge hier eine kurze Schilderung Platz finden, in welcher Weise die Arbeiter in Belgien zur Berginspektion herangezogen worden sind.

In der Begründung des Entwurfs der belgischen Regierung zu dem Gesetz, durch welches die Einrichtung von Arbeiterdelegirten geschaffen werden sollte, heißt es: „Wenn die Regierung die Einführung von aus der Zahl der Handarbeiter zu ernennenden Delegirten zur Inspektion der unterirdischen Anlagen in den Kohlenwerken vorschlagen zu müssen glaubt, so geschieht dies, weil ihres Erachtens diese Maßnahme nur beitragen kann zur Verhinderung von Grubenunfällen. Wenn die Wissenschaft des Technikers unentbehrlich ist, wo es sich um Anordnungen und Ertheilen von Vorschriften handelt, so darf andererseits auch die Erfahrung des praktisch Thätigen nicht unbeachtet bleiben, wo es auf Feststellungen, Beobachtung und Beaufsichtigung ankommt.“ Durch das Gesetz vom 11. April, betreffend die Bestellung von Delegirten zur Grubeninspektion, ist die Sache nun folgendermaßen geregelt worden.

Es bestehen bereits seit über zehn Jahren in Belgien sogenannte Industrie- und Arbeitsräthe, die zur gleichen Hälfte aus Unternehmern und Arbeitern bestehen und über die gemeinsamen Interessen der Arbeiter zu berathen haben. Alle drei Jahre haben nun die Sektionen der Industrie- und Arbeitsräthe, welche die Kohlenindustrie vertreten, dem Minister für Industrie und Arbeit Kandidaten zur Anstellung als Delegirte zur Grubeninspektion vorzuschlagen.

Die Aufstellung jedes Kandidaten erfolgt durch geheime Wahl. Diese ist nur gültig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder des Arbeitsrathes an der Abstimmung theilnimmt und der Kandidat die absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigt.

Wer zum Amt eines Delegirten zur Grubeninspektion gültig vorgeschlagen werden soll, muß 1. Belgier sein, 2. das dreißigste Lebensjahr vollendet haben, 3. mindestens zehn Jahre lang als Arbeiter oder Aufseher im Bezirk oder in Grenzbezirken in einem oder mehreren Zweigen der unterirdischen Grubenarbeiten, welche eine Lehrzeit erheischen, unter Ausschluß jeder bloßen Handarbeit oder Aushilfsbeschäftigung thätig gewesen sein, 4. Lesen und Schreiben und die vier Spezies rechnen können, 5. die Grundbegriffe besitzen zum Lesen von Plänen eines Betriebes, 6. die allgemeinen Ehrenrechte zc. besitzen und seit fünf Jahren nicht wegen Uebertretung der Grubenpolizei-Vorschriften bestraft sein.

Der Minister ernannt einen der vorgeschlagenen Kandidaten zum Delegirten der Grubeninspektion. Rangels zweier gültiger Präsentationen kann der Minister den Delegirten des Bezirks aus der Zahl der Arbeiter ernennen, welche den obigen Bedingungen genügen.

Die Delegirten werden jedes Mal auf drei Jahre ernannt.

Die Obliegenheiten der Delegirten zur Grubeninspektion bestehen: 1. in der Befichtigung der unterirdischen Grubenarbeiten in betreff des Schutzes der Gesundheit und der Unfall-sicherheit der Arbeiter, 2. in der Mitwirkung bei der Untersuchung von Unfällen und Erforschung der Ursachen, durch welche sie herbeigeführt worden sind, 3. in der Meldung von Uebertretungen der die Arbeit betreffenden Gesetze und Verordnungen, deren Ausführung die Grubeningenieure zu überwachen haben. Bei diesen Aufgaben haben sie sich nach den Weisungen der Grubeningenieure zu richten.

Jeder Delegirte hat monatlich mindestens 18 Kontrollbesuche in den Gruben zu machen. Er hat nach jedem Besuch die beobachteten Thatfachen in ein hierzu geführtes Register einzutragen und eine Abschrift der Eintragungen seinem zuständigen Ingenieur einzusenden. Die Delegirten sind bei ihren Besuchen berechtigt, mit den Arbeitern allein zu verhandeln.

Die Delegirten zur Grubeninspektion erhalten aus Staatsmitteln eine jährliche Vergütung und Reisekosten, welche durch königlichen Erlaß festzusetzen sind.

Es sind sodann noch Geldstrafen bis zu 500 Franks festgesetzt für Verhinderung oder Beeinflussung bei den Wahlen der Delegirten, für Verhinderung der Delegirten, ihre Funktionen auszuüben u. s. w.

Man muß gestehen, daß dieses Gesetz recht vieles zu wünschen übrig läßt; insbesondere ist die Mitwirkung der Unternehmer bei der Wahl zur Präsentation der Arbeiterdelegirten sehr ungerechtfertigt. Aber immerhin ist hier doch ein Anfang gemacht, und die preussische Regierung sollte sich angefangen der sich fortwährend vermehrenden Grubenunfälle beeilen, den vom Auslande gegebenen Beispielen nachzugehen und sie womöglich zu übertreffen. Freilich, mit der westdeutschen Grubenbarone vom Schlage des Herrn v. Stumm wird es dann manchen harten Strauß geben.

Wahlkampf.

Im Bündler-Joch.

Ueber Unterwerfung der rheinpfälzischen Nationalliberalen unter die Bündler jammert die „National-Zeitung“. Die ältesten und sichersten Kreise der Partei würden so dem Bunde ausgeliefert. Wo man den Schein eines Kompromisses aufrecht erhalte, erkläre sich der Kompromißkandidat gewöhnlich bereit, alle Forderungen des

Bundes, die Verstaatlichung der Reichsbank, die Doppelwährung und andere agrarische Hauptforderungen in „wohlwollende“ — natürlich für die Agrarier wohlwollende — Erwägung zu ziehen. In anderen Kreisen gehen die Bündler gegen die Nationalliberalen mit öffentlicher Brutalität vor. In Kaiserslautern haben sie den Bundes-Vizepräsidenten Dr. Köfide aufgestellt, der sich bisher überall durch eine wüste Hege gegen die Nationalliberalen hervorgethan hat und der natürlich für die alleregreinsten Forderungen des Agrarierthums agitiert. Trotzdem scheint es nicht ausgeschlossen, daß die Nationalliberalen auf eine eigene Kandidatur verzichten. Auch in den Kompromiß-Wahlkreisen geniren sich die Bundesagitatoren nicht, gegen ihre national-liberalen „Verbündeten“ in der herausforderndsten Weise vorzugehen.“ Da die Pfalz mit ihren Wein- und Tabakbauern und ihrer zum theil blühenden Industrie wahrhaftig nicht das günstigste Operationsfeld für die Bündler ist, so liegt diese Entwicklung wohl zu einem guten Theil an der Freigebigkeit der Nationalliberalen. Goffentlich machen unsere Parteigenossen, was an ihnen liegt, die Hoffnungen der Bündler am 16. Juni zu schanden. —

In den Armen liegen sich beide . . .

Die Freisinnpresse jubiliert: „Einigung im freisinnigen Lager.“ Die geschäftsführenden Ausschüsse der freisinnigen Vereinigung und der Freisinnigen Volkspartei erlassen folgende gemeinsame Kandidatengabung.

Wir empfehlen:

1. In allen Wahlkreisen, wo bisher nur ein Kandidat einer freisinnigen Richtung aufgestellt ist, keine zweite freisinnige Kandidatur aufzustellen, sondern den Kandidaten der verwandten Richtung bei der Wahl zu unterstützen.
2. Sofern in einzelnen Wahlkreisen neben dem Kandidaten der freisinnigen Volkspartei ein Kandidat der freisinnigen Vereinigung aufgestellt ist und eine Möglichkeit besteht, daß infolge dessen beide Kandidaten von der Stichwahl ausgeschlossen werden, sich auf denjenigen Kandidaten zu einigen, der die größere Aussicht hat, das Mandat für den Freisinn zu gewinnen.
3. Wo noch kein freisinniger Kandidat aufgestellt ist, und beide Richtungen im Kreise vertreten sind, sich nach denselben Gesichtspunkten auf einen gemeinsamen freisinnigen Kandidaten, einerlei welcher Richtung, zu vereinigen.
4. Eine verbitternde Verhalemit allenthalben zu unterlassen, auch dort, wo zwei freisinnige Kandidaten sich gegenüberstehen.

Für den geschäftsführenden Ausschuss der freisinnigen Volkspartei

Th. Barth, A. Schrader, D. Fischbeil, G. Richter.

Eugen Richter und Schrader, Barth, sie haben sich wieder gefunden. Sie haben sich viel angetraut, aber die Wahlnoth niemet die zerbrochene Freundschaft. Doch wo ist Untel Richter? Er konnte es wohl doch nicht über's Herz gewinnen, seine Hand in die des grimmigen Mannes von Hagen zu legen.

Spät kommt diese freisinnige Einigkeit, sehr spät. Die Freude darüber ist den Freisinnsmännern ganz zu gönnen. Denn die Herren müssen doch wenigstens vor dem Wahltag noch einmal fröhlichen Herzens sein. Nach der Wahl mag gemeinsames Herzeleid sie verbinden, oder richtiger: sie zu neuen Schamzügeln wider einander treiben!

Der Arbeiterschut

fehlt in keinem gegnerischen Flugblatte, das uns zu Gesichts gekommen ist, daran erkennt man so recht die ganze Verlogenheit der bürgerlichen Wahlagitator. Wir wollen bloß zwei Beispiele anführen. Das Wahlkomitee der konservativen Parteien und des Bundes der Landwirthe in der Westpreignitz empfiehlt den freikonservativen Gutspächter Stubbenorf in Japel. Dieser Herr, der also zur Fraktion Stamm-Kardoff stoßen will, läßt von sich erklären:

Er tritt ein dafür, daß jeder Arbeiter seinen gerechten und auskömmlichen Lohn erhalte und daß die berechtigten Wünsche der Arbeiter nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage so weit wie möglich erfüllt werden.

Die freisinnige Volkspartei im vierten Berliner Wahlkreise erklärt in ihrem Wahlflugblatte:

Wir fordern vom nächsten Reichstag den weiteren Ausbau der Arbeiterschut-Gesetzgebung gegen jede mißbräuchliche Ausbeutung der Arbeitskraft, wir verlangen Vereinfachung und Verbesserung der Arbeiterversicherung.

Und diese Parteien und ihre Organe jammern im Ernstfalle über ein so lächerlich unbedeutendes Arbeiterschut-Gesetz, wie die Bäckerei-Verordnung und über jede Arbeitseinstellung.

Trau, schau hem!

Freisinn im Abgeordnetenhaus.

Dreiß behauptet die „Freisinnige Zeitung“, daß alle Vorwürfe des „Vorwärts“ gegen ihre Partei frei erfunden sind und daß schon die Staatsreden des Abg. Richter das Gegentheil beweisen. Gewiß, wenn es nach den Staatsreden des Abg. Richter geht, dann sind die Freisinnigen ein wahrer Ausbund von Tugend. Geht man aber der Sache auf den Grund und sieht man sich die Thaten der freisinnigen Mannesheelen an, dann muß man zu der Einsicht kommen, daß unsere Vorwürfe durchaus berechtigt sind.

So behauptet die „Freisinnige Zeitung“ u. a., daß die Freisinnigen im Abgeordnetenhaus für die Verbesserung der Unterbeamten eingetreten sind. Wie sieht es aber in Wirklichkeit damit? Als in der Session 1896/97 dem Landtage ein Besoldungs-aufbesserungsplan für die höheren und mittleren Beamten vorgelegt wurde, da stimmte der Vertreter der Freisinnigen in der Kommission, Abgeordneter Schlers, mit den Konservativen zusammen, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als hierbei eine einzige Stimme den Ausschlag gab. Und im Plenum empfahl er sogar die bloße Annahme des Planes und rühmte sich offen, daß er trotz seiner freisinnigen Herkunft mit den Konservativen zusammengekommen und so eine Mehrheit geschaffen habe“ was ihm den lebhaftesten Beifall der Konservativen einbrachte.

Ganz ähnlich war das Benehmen des Vertreters der Freisinnigen in der Kommission zur Vorbereitung des Lehrer-besoldungs-Gesetzes, des Abg. Ansdle, der schon in der zweiten Lesung im Plenum dringend davor warnte, einen Antrag auf Erhöhung des Grundgehältes anzunehmen, da sonst das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet sei. Das ging selbst seinen Partei-

fremden zu weit. Daß aber der Abg. Andro die in seiner Partei herrschende Stimmung ganz richtig beurteilt hat, das beweist am besten das feindliche Verhalten der freisinnigen Berliner Stadtverordneten, denen selbst die Regierungswünsche noch zu weit gingen.

Und wie steht es mit dem Petitionsrecht der Beamten, für welches die Freisinnigen in Abgeordnetenhause, wenn man ihrem Parteiprogramm schenken darf, so warm eingetreten sind? Ausschüsse haben sie sich, keiner von ihnen fand den Rath, dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums entgegenzutreten, als er bei der diesjährigen Etatsberatung den Beamten vorwarf, daß sie sich in großen Vereinen zusammenhauen und Hochblätter halten, die sich zur Aufgabe stellen, die Beamten unzufrieden zu machen und zu verhetzen und aus unserem treuen, zufriedenen, tüchtigen preussischen Beamtenstand eine agitierende Klasse zu machen.

Bei anderen Gelegenheiten haben die Freisinnigen allerdings in die Debatte eingegriffen, aber in so schwächlicher Weise, daß sie sich von den anderen bürgerlichen Parteien nur wenig unterscheiden. Das gilt namentlich in bezug auf die agrarischen Brot- und Fleischvertheuerungsvorschläge. Man erinnert sich, daß bei der zweiten Beratung des landwirthschaftlichen Etats der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein folgende Erklärung verlas: „Die königliche Staatsregierung ist gewillt, bei der Entscheidung der Frage, wie dem Ausland gegenüber künftig unsere Handels- und wirthschaftlichen Beziehungen zu ordnen sein werden, sorgsam zu prüfen, wie bei diesen Verhandlungen die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden können und müssen, als es bisher der Fall gewesen ist.“ Und diese Erklärung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, die die Agrarier sofort als den Versuch erkannten, zu ihren Günstigen das Wort durch höhere Hölle zu vertheuern, schien dem freisinnigen Führer, dem Abg. Rieckert, „absolut nichtssagend“. Weber er noch irgend ein anderes Mitglied seiner Partei, abgesehen von dem Abg. Ehlers, der sich noch schwächer als Herr Rieckert zeigte, fand den Rath, bei einer Gelegenheit, wie die günstiger kaum wiederkehrt, mit Entschiedenheit gegen die Vertheuerung der Lebensmittel zu protestieren. Und dabei wahrte die Debatte drei Tage, es wurde ihr nicht etwa durch einen Schlußantrag ein Ende gemacht, sondern sie erschöpfte sich von selbst, so daß den Freisinnigen nicht einmal die Ausrede bleibt, daß ihnen durch Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten wurde.

Genau so lau war das Verhalten der Freisinnigen in zahlreichen anderen Fällen. Aber das obige genügt schon, um zu beweisen, daß die von uns erhobenen Vorwürfe gegen den Freisinn nur allzusehr berechtigt gewesen sind.

Verzicht auf die Arbeiterstimmen.

Das Flugblatt der freisinnigen Volkspartei für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis wendet sich mit keinem Worte an die Arbeiter. Die Herren haben völlig recht; wozu sich bemühen, da es doch vergeblich ist. Arbeiterstimmen sind für die Freisinnigen nicht mehr zu erlangen.

Sozialreform aber!

Die Thatsache, daß die „Aera der sozialen Reformen“ zu Ende gegangen ist, steht fest. Ein charakteristisches Beispiel dafür, wie man in konservativen Kreisen, die zwar gern jene Thatsache ableugnen möchten, aber eine Fortführung der Sozialpolitik nicht, gibt eine Bolesim der „Berl. Neueste Nachr.“ gegen die „Soziale Praxis“. Dieses Organ des Herrn v. Verlesch erklärte, das bloße Gerede, die Sozialreform solle fortgeführt werden, genüge nicht, es sollten klare und bestimmte Forderungen aufgestellt werden. Hieran erwidern die „V. R. N.“:

Betrachtet man von diesem Standpunkt aus (gemeint ist die Furcht, daß Sozialreform nur der Sozialdemokratie nützen könnte) die von der „Soz. Prag.“ aufgestellten klaren und bestimmten Forderungen, so kann man nur sagen, daß die meisten von ihnen den stärksten Bedenken begegnen müssen. Da wird verlangt: „Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechts, Bewegungsfreiheit und Anerkennung der Berufsvereine“. Das bestehende Koalitionsrecht ist von niemandem bedroht (Die „Berl. R. N.“ wollen sich wohl mit Gewalt lächerlich machen, indem sie sich stellen, als kennen sie selbst den Fofadowsky-Erlaß nicht!), was aber wird unter „Ausbau“ des Koalitionsrechts verstanden? Soll das etwa heißen, daß die bestehende Schutzwehr gegen den terroristischen Mißbrauch des Koalitionsrechts statt sie zu verstärken, beseitigt werden soll? Und was die Berufsvereine anlangt, so braucht man nur an die über dieses Thema bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches stattgehabten Erörterungen und Entscheidungen zu erinnern, um zu wissen, wie wenig hier in absehbarer Zeit an ein Schwenden der entgegenstehenden Schwierigkeiten ernstlich zu denken ist. Weiter wird Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen auf Handwerk und Heimarbeit verlangt. Die mit der Wiedereinrichtung gemachten Erfahrungen werden in diesem Punkte sowohl die Regierungen wie die Mehrheit des Reichstags bedenklich machen. Revision der Versicherungsgesetzgebung in arbeiterfreundlichem Sinne? Sodann ist eine nichts weniger als „klare und bestimmte“ Forderung, Sicherung der bei ihr nur, daß eine Revision in einem den Arbeitgebern freundlichen Sinne ausgeschlossen wird, während eine Reformbedürftigkeit der Gesetzgebung gerade in dieser Richtung von keinem Unbefangenen bestritten werden kann. Auch der Errichtung obligatorischer Einigungsämter und nicht minder derjenigen eines „Reichs-Arbeitsamtes“ werden sehr viele Kreise skeptisch gegenüberstehen. Die „Soz. Praxis“ glaubt mit diesen Forderungen ein sozialpolitisches Sammelprogramm aufgestellt zu haben. Wir unsererseits sind der Ansicht, daß jemand, der das deutsche Bürgerthum im gegenwärtigen Wahlkampfe gründlich zu entzweien trachtet, seinen Zweck am sichersten erreichen würde, wenn es ihm gelänge, dieses unter der Regide des Herrn von Verlesch verkündete Programm in den Vordergrund zu schieben.

Die „Berl. Neueste Nachr.“ sollen sich nur beruhigen. Das Bürgerthum wird sich wegen der Sozialreform nicht entzweien. Wenn es auch im höchsten Maße bezeichnend für die jetzigen Zeitläufte ist, daß selbst ein so überaus mild angefaßter Sozialpolitiker wie der ehemalige Minister v. Verlesch in Opposition zur Regierung und ihren Freundespartei tritt, so hat diese Opposition im Bürgerthum doch nur geringes Echo. In seiner kompakten Masse steht das Bürgerthum zu dem rohen Unternehmerstandpunkt der „Berl. R. Nachr.“

Keine Einigungsämter, kein Arbeitsamt, keine Verbesserung der Schutzgesetze. Dagegen „Verbesserung“ des Versicherungswesens zu Gunsten der Arbeiter und Kampf gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts. Das ist das sozialpolitische Programm des Bürgerthums, der Kapitalistenklasse. Es ist erfreulich, wenn die Organe dieser Klasse dies so offen aussprechen. Die Arbeiter wissen, woran sie sind.

Mankourarbeit gegen die Konservativen.

Aus Geseckmünde schreibt uns ein Freund unseres Blattes: Der Bundesdirektor Dr. Hahn hat für die von ihm gegründete deutschnationale Partei ein Programm fertiggestellt. Ich habe das Ding auf einem Absteher heute in der Hand gehabt; es war eine bedruckte Seite lang, übrigens standen nur Gemeinplätze darin. Der betreffende Herr, ein begeisterter Apostel Dr. Hahn's, erklärte mir, in diese neue Partei würden allmählich alle 200 000 Bundesmitglieder einfließen. Die Bundesleitung werde sich zunächst noch ablehnend verhalten, sich aber später, „auf allgemeinen Wunsch“, an die Räte der neuen Reichsarmee stellen. Als ich darauf erwiderte, das würden die konservativen und freikonservativen Führer der Bundesleitung doch übel nehmen, erwiderte er: „Das merken die Kerls ja gar nicht, die sind viel zu dämlich.“

Antisemitische Dunkelmänner.

Mittheilungen für die Vertrauensmänner der deutsch-sozialen Reformpartei betitelt sich ein Blättchen, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit an die „zuverlässigen

Gesinnungsgenossen“ versandt wird, während es der Geschäftsstelle dieser Partei nicht wünschenswert erscheint, daß Draußenstehende vom Vorhandensein, vom Zweck und Inhalt der „Mittheilungen“ Kunde erhalten. Nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Nachdruck, auch von einzelnen Theilen wird gerichtlich verfolgt“, steht fett gedruckt an der Spitze des Blattes. Es kennzeichnet den Tiefstand der antisemitischen Agitation, daß die Parteiführer im geheimnißvollen Dunkel wirthschaften. Was den Inhalt der „Mittheilungen“ selbst betrifft, so lohnt es sich nicht, darauf einzugehen, er zeigt nur, daß die Antisemiten zwar große Hoffnungen in Kopfe haben, aber von allen Seiten so hart bedrängt werden, daß sie, trotz ihrer Gesinnungsbildung nach oben und ihrer Demagogie nach unten, ihre Wahlausichten immer schlechter werden lassen müssen. Mit dem Mund der Landwirthe, den Konservativen und den Behörden möchte man zwar überall gut Freund bleiben, sieht sich aber von diesen Seiten vielfach große Hindernisse in den Weg gelegt. Und was die anderen Parteien, vor allem natürlich die Sozialdemokraten betrifft, so wird von ihnen den armen Antisemiten der Kampf so schwer gemacht, daß sie ihn nur noch vertheidigt und hinterlistig zu führen vermögen.

Braunwein-Monopol.

Das kürzlich erschienene Handbuch des Bundes der Landwirthe erinnert in sehr dankenswerther Weise an die agrarischen Pläne bezüglich der Braunwein-Vertheuerung. Im Jahre 1886 wollte die Regierung ein Braunwein-Monopol einrichten, ihre Vorlage wurde aber mit sehr großer Mehrheit vom Reichstag abgelehnt. Dazu ist 1895 von privater Seite, nämlich vom Verein der Spiritusfabrikanten und Mitgliedern des Bundes der Landwirthe, ein neuer Anlauf auf diesem Gebiete gemacht worden. Es wurde eine Vorlage ausgearbeitet, die eine sogenannte Braunweinsteuer forderte und der „Freien wirthschaftlichen Vereinigung“ des Reichstages vorgelegt wurde, aber nicht an den Reichstag selbst gelangte, weil die Annahme des Vorschlages nicht genügend gesichert erscheine. Nach dieser Vorlage sollte aller für das Inland zu Trinken und sonstigen Zwecken hergestellter Braunwein gegen Zahlung einer festen Braunweinsteuer der Reichsverwaltung gehören, welche von dem Trinkbraunwein einen bestimmten Ausschlag über den Einkaufspreis erheben sollte. Bemerkenswert ist nun hierbei, daß das agrarische Handbuch von diesem Projekt deshalb Notiz nimmt, weil „er relativ eher Aussicht auf Annahme früher oder später hat und gerade in den letzten Monaten wieder zur Diskussion kam.“ Also auch ein Art Braunweinmonopol soll dem deutschen Volk zu all den anderen Gaben von den Agrariern beschert werden. Hoffentlich bekommt jedoch jene Gesellschaft keine Gelegenheit zur Durchführung ihrer Pläne.

Prinz Ludwig von Bayern

hat vor bayerischen Landwirthen eine Rede über die Lage der Landwirtschaft gehalten, welche des agrarischen Charakters durchaus entbehrt. Die Bändler werden natürlich sehr ungenügend sein, die Liberalen schreiben bereits spaltenlange Freudenartikel. Der Prinz hat aber nur gesagt, was zahlreiche andere Leute vor ihm mindestens ebenso gut gesagt haben. Die Sache ist deshalb ohne Bedeutung.

Auf kaiserlichen Befehl.

Im Wahlkreis Otzweiler-St. Wendel-Reichenheim kandidirt gegen Freiherrn v. Stumm, trotzdem er sich für Erhöhung der Kornzölle ausgesprochen hat, ein Bändlerkandidat. In einer Wählerversammlung sprach nun der Bürgermeister Stein in Webersheim — dessen Sohn in Stumm'schen Diensten steht — für Herrn v. Stumm und erklärte dabei:

Herr v. Stumm kandidirt nur deshalb wieder, „weil von allerhöchster Stelle dieser Wunsch ausgesprochen sei, der jedem guten Deutschen Befehl sein müsse!“

Da sind die lieben Bändler nun in einer bösen Lage. Wenn der Kaiser die Kandidatur Stumm befohlen hat, so müssen sie natürlich gehorcht zurücktreten. Sie werden doch nicht den Liebbling des Kaisers gegen dessen Befehl verdrängen wollen. Sie werden doch als unentwegte Monarchisten nicht sagen wollen: Hier paßt uns des Kaisers Wunsch nicht, hier können wir uns nicht darum!

Junker Krupp.

Herr Krupp ist auch unter die Bändler gegangen. Wie aus Essen gemeldet wird, hat er erklärt, daß er die vom Rheinischen Bauernverein zusammengefaßten Wünsche der Landwirtschaft als gerechtfertigt ansehe und auf ihrem Boden stehe.

Also Herr Krupp ist für die Brotertheuerung. Er kann's auch aushalten, wenn die Preise der notwendigen Lebensmittel steigen. Ob er seinen Arbeitern am Lohne soviel zuliegt, wie die Vertheuerung ausmacht, das ist eine andere Frage.

Die „Kreuz-Zeitung“

schweigt sich hartnäckig über ihre politischen und wirthschaftlichen Ziele aus — sie weiß nichts davon, daß die Junker Broterwecker treiben; sie weiß nichts davon, daß die Junker durch Aufhebung der Freizügigkeit die Leibeigenschaft herstellen wollen, sie weiß nichts davon, daß die Junker das allgemeine Wahlrecht beseitigen wollen. Kurz, sie thut so unschuldig wie ein von Ehren-Städter erzeugter Waisenknabe. Wir sind eben vor der Wahl. Aber so geschickt fromm die „Kreuz-Zeitung“ die Augen verdrückt, wenn es sich um die Thaten und Pläne ihrer geliebten Patronen und Schützlinge handelt, so giftig und pfaßlich unchristlich wird sie, wenn man ihr einen Spiegel vorhält und ihre Firtel zerstört.

So hat unser neulicher Artikel über das alte Europa das brave Junkerblatt in argen Horn versetzt. Deludenz in Europa? Verfall? Die „Kreuz-Zeitung“ sieht keine Deludenz — blüht doch der Weizen der Junker. Und sie sieht keinen Verfall. Hoffen die Kamy und Genossen doch die Getreidepreise noch mehr in die Höhe zu treiben und, während dem Volke der Vorkorb noch höher gehängt wird, dem Rimmerjatt von Junker die Tasche noch mehr zu füllen.

Kein Verfall! In Spanien die Hungerkrautwalle. In Italien die Hungerevolution — wer will da von Verfall reden? Haben die Kugeln der italienischen Soldaten nicht hunderte von Proletariaten todt und tausende zu Krämpfen geschossen? Sind die Kugeln nicht gut? Sind die Gewehre nicht gut?

Und da redet man von Verfall! Die „Kreuz-Zeitung“ ist ganz entzückt ob unserer Fribolität. Und wahrhaftig, wir sind auch arge Sünder, daß wir uns über das Gedeihen der Junkerwirtschaft nicht freuen, und daß wir von Verfall reden, wenn der Weizen der Junker blüht und die Segnungen der Kleinfabrikanten Gewehre nicht begreifen wollen.

Der brave „Kreuz-Zeitung“ aber ist in dem Feuer ihrer Entrüstung die Maske heruntergerisist und sie hat verrathen, was ihre Junker für das deutsche Volk in petto haben, wenn sie die Schlacht des 18. Juni gewinnen: italienische Hungerkur für das deutsche Volk.

Wähler! Vergeht das nicht! Laßt Euch nicht einlullen! Rüstet Euch zu einem zerschmetternden Schlag gegen Eure Feinde! Rieder mit den Junkern!

Vom schlesischen Zentrum.

Im ober-schlesischen Zentrum geht es augenblicklich drunter und drüber. Besonders arg ist die Verwirrung in den Wahlkreisen Oppeln und Beuthen-Tarnowitz. Dort wollen die „deutschen“ Ultramontanen vom „Polen“ Szynula nichts wissen, den die Polen aufgestellt haben, und bemühen sich, den früheren Abgeordneten Wolny wieder zur Annahme einer Kandidatur zu bewegen. Der „Katholik“ bemüht sich, für einen seiner Redakteure Stimmung zu machen, für Dornel, der aber leider bereits freisinnig und sogar freikonservativ war, also ein unsicherer Antonist zu sein scheint.

Friedensgesellschaft und Reichstagswahl.

Die Deutsche Friedensgesellschaft versendet die folgende Mittheilung:

Zu den Reichstagswahlen empfiehlt die Deutsche Friedensgesellschaft ihren Ortsgruppen und Mitgliedern, den Kandidaten die Fragen vorzulegen, ob sie bereit seien, im Falle ihrer Wahl bei

jeder Gelegenheit für das Prinzip schiedsrichterlicher Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Völkern einzutreten, und ob sie der Interparlamentarischen Friedenskonferenz beizutreten gebühten.

Wenn die Herren Dr. Max Hirsh und Genossen ernstlich ihre Friedenspropaganda betreiben würden, müßten sie mit aller Entschiedenheit von ihren Gesinnungsgenossen die Wahl von Sozialdemokraten fordern, weil diese allein gegen alle Forderungen für den Militarismus gestimmt haben. Da die Herren aber eben nichts anderes als unermüdbare Kongreßkummler sind, fällt es ihnen nicht ein, gerade das zu thun, wodurch sie den Ernst ihrer Theorien beweisen könnten. Die einzige wahre und zuverlässige Friedensgesellschaft ist die Sozialdemokratie.

Zur Nachachtung für die Landräthe der Provinz Brandenburg.

Die Landesregierung von Mecklenburg-Strelitz hat angeordnet, daß die Bestimmung der Großh. Landvogtei vom 28. April d. J., nach welcher Personen, welche sich nur vorübergehend in den Dörfern aufhalten, wie z. B. die sogenannten Sommerarbeiter, nicht in die Wählerlisten aufgenommen werden sollen, aufgehoben wird, was hiermit geschieht. Die Ortsvorsteher haben dies sofort in geeigneter Weise bekannt zu machen und alle Personen, welche etwa aufgrund der Bestimmung der Landvogtei nicht in die Wählerlisten aufgenommen worden sein sollten, mittels Nachtrags in die Listen aufzunehmen.

Landrätliches aus der Republik Lübeck.

Der Lübecker Volksbote“ schreibt: Wie uns von vielen Seiten mitgeteilt wird, sind auswärtige, hier beschäftigte Arbeiter theils in die Wählerlisten nicht eingetragen, theils gestrichen worden, theils verweigert man ihnen die Eintragung. So sind z. B. aus Güstrow eine ganze Anzahl Bauhandwerker hier thätig. Diesen soll gesagt worden sein, sie hätten in Güstrow zu wählen, und auf ihren energischen Protest soll erklärt worden sein, der Bürgerausschuß müsse darüber erst entscheiden.

Behördliche Prezensur im Wahlkampfe.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee der Stadt Straßburg i. E. beabsichtigt, am Dimmelsahrtstage ein kleines Flugblatt zu verbreiten, in welchem die Wählerchaft auf die Bedeutung der kommenden Wahlen aufmerksam gemacht und zur Kontrolle der Wählerliste aufgefordert werden sollte. In der Vernehmung über die Verächtigung des Einzelnen zum Wählen war dabei darauf hingewiesen, es sei in der Stadt vielfach die Meinung verbreitet, daß auch derjenige von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sei, der, ohne daß er es aus eigenem Antrieb verlangte, im Laufe des Winters von der Armenverwaltung vorübergehend sogenannte Kohlen- oder Holzarten ausgehört bekam; diese Meinung sei irrig, die betreffenden Personen gingen ihres Wahlrechtes nicht verlustig. Das kaiserliche Ministerium gestattete jedoch die Verbreitung dieser Flugchrift nur unter der Bedingung, daß in einer Beilage zu derselben noch besonders darauf hingewiesen wird, daß

Zumwendungen aus öffentlichen Mitteln bei außerordentlichen Unglücksfällen allerdings nicht unter § 3 Ziffer 3 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag fallen, wenn sie zum Ausgleich des Unglücksfalles dienen, daß sie aber unter Umständen den Charakter einer Armenunterstützung sehr wohl an sich tragen können; sowie daß es ferner gleichgültig ist, ob die Armenunterstützung nachgesucht wurde oder nicht. Nur in dem Falle, daß es sich nicht um eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, sondern um Gaben der Privatwohlthätigkeit handelt, welche etwa durch Vermittlung der Armenverwaltung theilhaft werden, würde die Berechtigung zum Wählen nicht ausgeschlossen werden.

Unser Wahlkomitee kam dem Wunsche des Ministeriums unverzüglich nach und bemerkt auf der Beilage zum erwähnten Flugblatt, es akzeptirt mit Dank die Unterstützung des Ministeriums bei der von ihm versuchten Rechtsbelehrung der Wähler und bedauert nur, daß das Erscheinen des Flugblattes durch den seinerseits nicht vorgesehenen Zwischenfall um ein bis zwei Tage verzögert worden sei.

Das Glas der „Sammelpost“ in Straßburg i. E.

Das stolze Gebäude der bürgerlichen „Sammlung“ gegen die Sozialdemokratie im Wahlkreis Straßburg-Stadt beginnt bereits in allen Fugen zu krachen. Das erste Anzeichen des drohenden Einsturzes, der allen Kennern der Verhältnisse unaussprechlich erschauert, war eine von der „Straßb. Post“ gestern veröffentlichte Zuschrift, durch welche die politische Situation in der Hauptstadt des Reichslandes in äußerst charakteristischer Weise beleuchtet wird. Es heißt in derselben über die Sammelkandidatur des Justizrathes Riff:

„Mehr und mehr zeigt es sich, daß sehr viele Wähler verschiedener politischer Richtung, aber gleich deutscher Gesinnung es unmöglich finden, für Herrn Riff zu stimmen. Nicht wegen einzelner Punkte seines Programms, sondern weil der Kandidat erklärt hat, er werde selbstverständlich der elsass-lothringischen Gruppe beitreten, d. h. also der Fraktion, zu der die Herren Colbus und Reich gehören, der Fraktion, die nur durch den Gegensatz gegen alles Deutschthum zusammengehalten wird und das auch schon in ihrem Namen ausdrückt. Wird Herr Riff gewählt, wemgleich mit Hilfe Deutschgestimmter, so wird man das in Paris nicht ohne Grund für einen Sieg des Franzosenthums halten. Das ist wenigstens unmöglich, wenn Herr Riff siegen sollte. Ich verdenke es freilich niemand, wenn er es nicht über's Herz bringen kann, für den Sozialdemokraten zu stimmen, zumal ein so wenig hervorragendes Mitglied der Partei; ich weiß auch noch nicht, ob ich mich dazu werde entschließen können. Aber so viel ist meines Erachtens sicher: für Riff kann kein guter Deutscher stimmen, es sei denn, daß jener das Tafelgesch zwischen sich und den Herren Reich und Colbus offen geschnitten.“

Die Redaktion der „Straßb. Post“, die ebenfalls zur Einsicht gekommen zu sein scheint, daß ihre Anhänger bei dem Wahlhandel gehörig über den Löffel barbirt worden sind und die Sage sozusagen im Saft gekaut haben, giebt zu, daß in altdeutschen Kreisen vielfach im Sinne obiger Zuschrift geurtheilt wird, rath aber ihren politischen Freunden zur Geduld, bis der Wahlausruf des Kandidaten Riff erschienen sei. Dieser väterliche Rath des offiziellen Blattes muß um so ertheilender wirken, als dadurch zugestanden wird, daß die gouvernementale Partei und ihr Organ, die „Straßburger Post“, ihre Zustimmung zur Kandidatur Riff und die offizielle Unterstützung derselben proklamirt hatten, ehe sie auch nur in geringster über die politische Gesinnung des Kandidaten im Klaren waren. Ein kläglicheres Armuthszugruß hätten sich die „Straßb. Post“ und ihre Hintermänner in der That nicht aufstellen können.

Von der Agitation.

Zahlreich laufen wieder Beschwerden ein, wie bei Flugblattvertheilungen und Abhaltung von Versammlungen unseren Parteigenossen die schwersten Hindernisse entgegengelegt werden. Die Gewandamen kümmern sich in vielen Fällen gar nicht um die Bestimmungen des § 43 der Gewerbe-Ordnung, und dabei geschieht es dann, daß die Orts- oder Amtsvorsteher ihre Unterbeamten auch nicht in der Gesetzeskenntniß überlegen, sondern ruhig in der alten Weise fortwurzeln. Das bedauerliche an diesem Zustand ist, daß sich kein Mensch gegen solche Uebergriffe der Polizeibeamten schütten kann. Allerdings giebt es einen Weisheitsweg, aber was nützt es dem Arbeiter, wenn er nach Wochen erfährt, ihm ist unrecht geschehen und damit basta. Gätten wir in Deutschland eine Verantwortlichkeit der Beamten, die jeden Uebergriff des Beamten ahnden würde, dann stände es gewiß auch besser mit der Gesetzeskenntniß unserer Gesetzeswächter. So aber kann man die Dinge auf die leichte Seite nehmen. Dagegen haben die Arbeiter jede, auch die fein ausgestellten Gesetzesübertretungen schwer zu büßen. Zahllos sind die Fälle solcher Einschränkungen unserer Rechte, nur einige wollen wir erwähnen.

Bei der Flugblattverbreitung, die unsere Parteigenossen von Magdeburg im Wahlkreis Zerichow unternahmen, notierten die Magdeburger Polizeibeamten von 40 Radfahrern die Nummern

der Fahrkarten. — Warum weiß kein Mensch! Die Flugblattverbreiter in Langenbielau wurden in einigen Ortschaften wieder angehalten und die Flugblätter konfisziert. Im Kreis Worms geschah dasselbe. Eine Versammlung in Gledernheim im Wahlkreis Wensheim durfte nicht abgehalten werden, weil sie zu spät angemeldet war. Der Bürgermeister bemerkte, der Kreisrat sehe es überhaupt nicht gern, wenn Versammlungen stattfinden. — Den Kandidaten unserer Partei in Wahlkreis Lüneburg, Genossen Fischer, läßt der Gendarm in einer Versammlung der Welfen in Hermannsburg nicht sprechen, weil die Versammlung von Welfen einberufen ist und Anhänger dieser Partei erlaubt der Beamte nur zu sprechen. In einer anderen Versammlung wiederholte sich derselbe Vorgang. Die Flugblattverbreiter in diesem Kreise wurde an vielen Orten gehindert. Die Lokale werden unserer Partei abgetrieben. — Als am Sonntag mehrere Parteigenossen in Köln-Land in der Ortschaft Worringen damit beschäftigt waren, ein Flugblatt zu verbreiten, wurden sie in dieser verdienstlichen Thätigkeit plötzlich von einem Gendarmen, der von dem Ortspolizeibeamten begleitet war, gehindert und, trotzdem sie sich darauf beriefen, daß die Wahl ausgeföhren und das öffentliche Flugblattverbreiten nach § 43 der Gewerbe-Ordnung gestattet sei, sistirt und zum Bürgermeisteramt geführt. Bezüglich der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen mußte der Polizist, wie er angab, nichts, der Gendarm meinte, ihm sei das nicht bewußt, und selbst der Bürgermeister war der Ansicht, daß die Wahl für Worringen noch nicht ausgeföhren sei. Doch half hier die Belehrung der Genossen nach, und als der § 43 der Gewerbe-Ordnung vom Bürgermeister in Augenchein genommen worden war, stand der Weiterverbreitung der Flugblätter auch in Worringen nichts mehr entgegen. Noch eigenartiger betrug sich der Ortspolizist von Hermannsburg, der am Himmelfahrtstage mehrere Parteigenossen an der Weiterverbreitung der Flugblätter in diesem Orte hinderte und sich allen Belehrungsversuchen gegenüber unzulänglich erwies. In Reichensbach in Sachsen-Anhalt löste der Beamte die Versammlung auf, weil der angelegte Meßer nicht erschienen war. — Die Dinge sind typisch für unsere Rechtszustände und die Art, wie man uns gegenüber die Gesetze anwendet.

Im Wahlkreis Lützen unternehmen unsere Parteigenossen in der Ortschaft Pirrenose am Sonntag eine Flugblattverbreitung, die von den Anhängern des Bundes der Landwirthe auf das pöbelhafteste gestört wurde. Die Felder versuchten es, sich an unseren Parteifreunden thätlich zu vergreifen, und hatten ihre Anhänger aufgehetzt, mit der Peitsche die Flugblattverbreiter aus dem Dorf zu treiben. Die Flugblätter werden aber trotzdem an ihren Ort gelangen.

Im Wahlkreis Calbe-Ashersleben fängt man jetzt an, die Sozialdemokratie mit „geistigen Waffen“ zu bekämpfen. „Waste herunter“ betitelt sich ein anonymes Flugblatt, daß dieser Tage (zum Theil von Schulknaben) im Kreise verbreitet wurde. Ordentlich genüßlich kann einem werden, wenn man die in demselben enthaltenen haarsträubenden Verleumdungen unserer Partei liest. Besonders unser Flugblatt: „Du Mutter, was läßt der Herr Gendarm so?“ hat es dem löstigen Streifenflugblattschreiber angethan und nun beschuldigt er die Wähler, daß „Hundert“ von „Streifenmachern“, junge, kräftige Leute vor aller Augen in der Erntezeit, wo man auf dem Lande allwärts sich müht, spazieren gehen, aus der Streifenasse sein Leben, ohne auch nur eine Hand zu rühren, daß ruhig ihres Weges dahingehende Wanderer von lauernden Streifenposten wie von Mäubern angefallen wurden“, daß „während der Arbeitszeit ein bestimmter Theil des Lohnes abgeführt werden muß u. s. w.“ Unsere Wähler auf dem Lande sind heute nicht mehr so dumm, sich von solchen Verleumdungen betören zu lassen. Unsere Partei ist äußerst rührig in der Agitation; von dem in zwangloser Reihenfolge erscheinenden „Wähler“ sind schon eine Anzahl Nummern in Auflagen von je 80 000 Exemplaren in Wahlkreise verbreitet worden. Gegenwärtig halten in unserem Wahlkreise neben dem Kandidaten unserer Partei Albert Schmidt die Genossen Adolf Hoffmann, Berlin und Müller-Rogdeburg zahlreiche, meist gut besuchte Versammlungen ab.

In Braunschweig fand am Montag eine Wählerversammlung statt, in der Genosse Singer über die bevorstehende Reichstagswahl referirte. Der Andrang zu der Versammlung war außerordentlich stark. Etwa 5500 Personen — 6000 Karten waren ausgegeben — fanden in dem großen Saal des „Hofjägers“, aus dem alle Tische und Stühle entfernt waren. Hunderte fanden keinen Platz mehr im Saal, dessen Gallerien ebenfalls dicht besetzt waren, sondern mußten mit einem Plätzchen im Garten des Etablissements verbleiben, wo sie an den geöffneten Fenstern den Verhandlungen folgten. Dem Vortrage, der sich über die Aufgabe der Sozialdemokratie verbreitete und die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien in politischer und wirtschaftlicher Beziehung gezielte, folgte minutenlanges stürmischer Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt.

Siebenhundert Mark bewilligte in seiner letzten Versammlung der sozialdemokratische Wahlverein für Langenbielau und Umgebung für die Wahltagation, obgleich der monatliche Beitrag nur 10 Pf. beträgt; aber: viel Wenig machen ein Viel.

In Elbingerode am Harz stellte sich am Sonntag der antisemitische Kandidat Dr. Lindström den Wählern vor. Seine Rede liefen aber auf die Verleumdungsbekämpfer wenig Eindruck zu machen, dagegen fand der Kandidat unserer Partei, Maurer Wille, eine recht glänzige Aufnahme mit seiner Entgegnung.

In Wanne wurde einer unserer Parteigenossen, als er Flugblätter vor der Pöbele unter den Arbeitern verbreitete, von diesen thätlich angegriffen. Ein Zeichen für die überaus betrübenden Zustände an diesem Ort ist es, daß die Arbeiter sich scheuen, in der Angelegenheit vor dem Strafrichter Zeugniß abzulegen, weil sie befürchten, die Arbeit zu verlieren.

Flugblätter gelangten zur Vertheilung in Kiel 48 000, in Halberstadt 40 000, in Rürnberg 60 000, in Hof 80 000 und in Wiesbaden 90 000.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurden in Breslau-Ost von den konservativen Bauernmeister Petrich; in Rawisch von den konservativen Landrath Kewald; in Gledern vom Centrum Möllinger; in Offenbach die Burg von den Antisemiten Landwirth Gang; die Kandidatur War ist zurückgezogen; in Münster vom Centrum Freiherr v. Freeremann; in Hannover-Linden von den freisinnigen Albert Kräger; in Pflon-Oldenburg von der freisinnigen Volkspartei Justizrath Klein; in Leipzig-Stadt von den freisinnigen Justizrath Wundel; in Stuttgart von den Nationalliberalen Prof. Giesler; in Salingen von den Nationalliberalen Schmedemburger; in Akingen vom Bauernbund an stelle des Bürgermeisters Dull Landwirth Franz Stark; in Waldel von den Nationalliberalen Senator Fink, von den Antisemiten Müller und von der freisinnigen Vereinigung Riedert.

Die konservativen im Wahlkreis Spandau-Ost-Havelland haben es abgelehnt, mit unseren Parteigenossen Stimmgelbe von gleicher Farbe und Größe anzugeben. Natürlich, den Herren liegt an der Wahrung des Wahlgerechtigkeits nicht. Sie wollen die Arbeiter der Militärverwaltungen einschüchtern.

In Alzen-Wingen will das Centrum für die Kandidatur des freisinnigen Reinhard Schmidt eintreten.

Die freisinnige Volkspartei wird in Kassel den Nationalliberalen unterstützen.

Der Kandidat der Nationalliberalen in Hannover, Senator Fink, ist von der Beiverbung um das Mandat zurückgetreten.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Mai.

Das Ergebnis der französischen Stichwahlen und damit das Gesamtresultat der Wahlen läßt sich noch nicht in seinen Einzelheiten übersehen. Die Parteibezeichnungen

sind in Frankreich noch schwankender als in Deutschland, und so weichen denn die Berechnungen der verschiedenen Blätter sehr von einander ab. Nach einer Mittheilung des Wolffschen Bureaus wird die neue Deputirtenkammer wie folgt zusammengesetzt sein: 254 Republikaner, 104 Radikale, 74 sozialistische Radikale, 57 Sozialisten, 38 Kaskierte, 44 Reaktionäre und 10 Rationalisten. Diese Zahlen sind jedoch ungenügend. Wie wir gestern bereits feststellten, beträgt die Zahl der eigentlichen Sozialisten 43 gegen 30 nach der vorigen Wahl. |

Fest steht aber, daß das Ergebnis der französischen Regierung nicht günstig ist, und daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche wirklich bedeutende Erfolge aufzuweisen hat. Herr Meline, das ist gewiß, hat keine republikanische Majorität. Er muß sich auf die Monarchisten und Antisemiten stützen, wenn er den Radikalen und Sozialisten die Spitze bieten will. Seine Stellung in der neuen Kammer ist noch unsicherer, als sie in der alten war. So ist es denn nur wahrscheinlich, daß Meline vortreten wird, überhaupt von seinem Posten zurückzutreten. Er soll bereits beim Präsidenten Faure sein Entlassungsgesuch eingereicht haben.

Noch schärfer als bei der Hauptwahl ist es bei den Stichwahlen zu Tage getreten, daß der Boulangismus und Antisemitismus in Frankreich keine Wurzeln hat. Die Kandidaten des Schwadroniers Rochefort haben eine klägliche Niederlage erlitten.

Alles in allem haben wir also Ursache, mit dem Gesamtergebnis der französischen Wahl sehr zufrieden zu sein. Der Sozialismus hat in Frankreich binnen wenigen Jahren hunderttausende neuer Anhänger gewonnen. Er ist im mächtigen Aufstieg begriffen, während die übrigen Parteien trotz der Entfesselung des schlimmsten Chauvinismus zurückgehen und der inneren Zersetzung anheimfallen. —

Aus Belgien wird berichtet, daß Sozialisten und Radikale für die Stichwahlen, die am nächsten Sonntag stattfinden werden, sich zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtet haben. Da wird die liberale Niederlage endgiltig besiegelt werden.

Auch wo die Radikalen gewählt worden sind, hatten sie vielfach erheblichen Stimmenverlust gegenüber der 1894er Wahl. So siegten sie in Gent mit 6000 Stimmen Majorität gegen 18 000 bei der vorigen Wahl. Umgekehrt ist die Stimmenzahl der Sozialdemokratie auch in zahlreichen Kreisen, wo sie nicht siegen konnten, ganz bedeutend gewachsen.

Interessant sind einige Auslassungen unseres Parteigenossen Wandervelde gegenüber einem Korrespondenten der „Frankf. Zig.“. Er erwarte, so führte er aus, zuverlässlich, daß die Wahlen von 1900 oder spätestens von 1902 oder 1904 der radikalen Herrschaft ein Ende machen werden. Dann würden die Sozialdemokraten entweder allein oder gemeinsam mit den Radikalen über die Mehrheit der Kammer verfügen. Erhielten die Sozialdemokraten für sich allein die Majorität und schickten sie sich nun an, ihre Prinzipien zu verwirklichen, so wäre, wie Wandervelde annimmt, eine Revolution von oben, vielleicht im Bunde mit einer Einmischung der Nachbarstaaten, die ein sozialistisches Staatswesen an ihrer Grenze nicht dulden würden, zu befürchten. Weit wahrscheinlicher aber sei, daß die Sozialdemokraten auch dann auf ein Zusammenwirken mit den bürgerlichen Radikalen angewiesen sein werden. Dann würde der König voraussichtlich einen Radikalen mit der Bildung eines Ministeriums beauftragen. Die Sozialdemokratie würde den Kern der Majorität bilden und eine große Aera sozialer Reformen wäre zu erwarten. Als seine nächsten Forderungen, in denen er sich übrigens mit der radikalen Partei eins wisse, bezeichnen Wandervelde die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts mit Minoritätenvertretung für Staat, Provinz und Gemeinde; eine weitgehende Arbeiterschutz- und Versicherungsgegebung, an der es in dem industriereichen Belgien bekanntlich noch gänzlich fehlt; eine Reform von Armees und Schule auf demokratischer Grundlage; eine progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer. —

Die Hungerstothpreise. Aus Konstanz wird der „Frankf. Zeitung“ geschrieben:

Die organisirten Bäckermeister haben vor kurzem mit dem Brot um 1 Pf. pro Pfund aufgeschlagen. Schwarzbrod kostet 15 Pf. und Weißbrod 10 Pf. pro Pfund. Daß der Aufschlag nicht mehr beträgt, verdanken wir hauptsächlich der Vergünstigung, wonach eine Haushaltung jeden Tag bis 6 Pfund Brot oder Mehl zollfrei über die nahe Schweizer Grenze einführen darf. Wie sehr dieser Aufschlag von manchem Familienvater gerechnet wird und gerechnet werden muß, geht daraus hervor, daß diese Einfuhr von Brot und Mehl aus der Schweiz seit dem Aufschlag erheblich zugenommen hat. Es waren hier Ende vorigen Jahres 1229 Erlaubniskarten zur zollfreien Einfuhr von Brot und Mehl aus der Schweiz ausgeföhrt. Im Januar d. J. wurden 1667 erhoben, hierzu im Februar 36, im März 46, im April 44, im Mai bis heute 54. Im nahen badischen Ort Wollmiringen stehen die Einwohner durch Handel und Fabrikindustrie täglich in regem Verkehr mit Konstanz und kaufen dadurch ebenfalls viel Brot in der Schweiz. Mit Rücksicht darauf und durch die ländlichen Verhältnisse konnten sich die Wollmiringer Bäcker bis heute noch keinen Aufschlag gestatten. In den der Grenze entfernteren Orten ist der Preis für Brot um 2 Pf. pro Pfund gestiegen. Zur Belehrung für jene, die da glauben oder glauben machen wollen; „das Ausland trage den Joch“, bemerke ich, daß auch die Schweizer Bäcker für Brot 1 Pf. pro Pfund mehr fordern. Trotzdem kostet in Kreuzlingen oder Emmishofen Schwarzbrod nur 13 Pf. und Weißbrod nur 15 1/2 Pf. pro Pfund. Die Qualität des Schweizer Brotes ist mindestens so gut, wenn nicht besser, als das Konstanzer. Neben der Joch kommt auch die Preisdifferenz von Ramstein nach Konstanz und Kreuzlingen-Emmishofen in Betracht.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Madrid: Die spanische Regierung wird heute Zollfreiheit für die Einfuhr aller Lebensmittel erklären.

Die amerikanischen Börsen melden im wesentlichen unveränderten Stand der Weizenpreise. —

Nicht einmal Herr Miquel genügt den agrarischen Ansprüchen. Doch welcher Minister, der die staatlichen und fiskalischen Interessen nicht ganz und gar preisgibt, vermöchte das? Neuerdings haben die Bündler die großen Staatsmühlen in Bromberg mit Vorliebe auf Korn genommen. Herr v. Miquel gab schließlich im Herrenhause die Erklärung ab, es sei den königlichen Mühlen befohlen worden, den kleinen Mühlen nicht Konkurrenz zu machen. Darauf erwidert Herr Klapper in der „Deutschen Agrarzeitung“ mit der ganzen ihm auszeichnenden Dreistigkeit:

Nach dem Wortlaut ist diese Erklärung von vornherein nicht ernst zu nehmen, denn jeder Weizenlauf dieser großen Mühlen bedeutet eben eine Konkurrenz gegen andere Mühlen, und der Minister wird selbstredend diesem Befehl nicht den Sinn einer Betriebsstillstellung der königlichen Mühlen haben beilegen wollen.

Herr Klapper ist jedoch einem neuen Verbrechen gegen den agrarischen Geldbeutel auf die Spur gekommen. Die Staatsmühlen haben für die nächsten Monate, zum Theil sogar bis nächsten März, Mehl zum Preise von 28 bis 29 M. pro 100 Kilo nach den märkischen Provinzialstädten zu liefern sich verpflichtet. Das würde einem Einkaufspreise des Weizens von 190—195 M. pro Tonne entsprechen, also etwa dem Preise im letzten Januar und Februar, während heute für Weizen 260 M. und mehr gezahlt wird. Daß die Mühlen in der billigen Zeit soviel Weizen für ihre Vorrathskammern erworben haben sollten, um daraus die kontraktlich festgelegten Mehllieferungen an Händler, Bäcker und große Anstalten bestreiten zu können, glaubt Herr Klapper nicht, und wohl mit Recht. Ein finsterner Verdacht steigt daher in ihm auf: „Die Bromberger Mühlen haben für den auf 190 M. Weizenpreis kalkulirten Mehlpreis von 29 M. für ein volles Jahr dadurch sich versichert, daß sie, sei es an einer ausländischen Börse, sei es an der verbotenen Berliner Alosterbörse, im börsenmäßigen Termingeschäft sich eingebekkt haben. Herr Klapper findet darin „eine unerhörte, jobberische Spekulation“, die aber in Einklang stehen würde mit der sonstigen regierungsseitigen Handhabung des Börsengesetzes! Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt den Anlaß natürlich ihrerseits sofort, um von der Regierung eine schnelle Erklärung zu verlangen. — Dieses tagtäglich sich wiederholende Frage- und Antwortspiel zwischen einer hochmüthigen Kornmüchereifippe und einer jedesmal kleinlaut sich entschuldigenden Regierung gehört nachgerade zu den beschämendsten Erscheinungen der Gegenwart. —

Der weiße Schrecken in Italien.

Man schreibt uns: Das Wüthen der Reaktion dauert fort. Aus allen Theilen des Landes dieselben Nachrichten. Republikaner und Sozialisten, die als solche irgendwie bekannt geworden sind, werden verhaftet. Die Gefängnisse reichen nicht mehr aus, es müssen andere Gebäude dazu hergerichtet werden. In Venedig, Turin, Padua, Florenz und andern Städten sind alle politischen und gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter aufgelöst, selbst die Arbeitskammern sind unterdrückt; in Aquila wurden eine Anzahl Lokomotivführer verhaftet, der Eisenbahner-Verband ist ebenfalls der Auflösung verfallen.

In Florenz beginnt das Kriegsgericht seine Arbeit. Die Anklage gegen Pescetti lautet auf Anführung der Ausschreitungen in Florenz; gegen 27 Inhaftirte, die der Theilnahme an dieser Revolte bezichtigt sind, ist dieser Tage verhandelt worden. Das Kriegsgericht verhängte Strafen von 8 Tagen bis zu 8 1/2 Monaten; die Angeklagten leugneten ihre Schuld, aber den Zeugen, ausnahmslos Polizisten, wurde in allen Fällen Glauben geschenkt.

In der Schweiz herrscht bis tief in die Konteralben Kreise lebhafteste Erregung über die schmachvolle Ueberlieferung der armen italienischen Arbeiter an die Soldateska ihres Landes. Es hat sich ein aus Angehörigen verschiedener politischer Parteien zusammengesetztes Komitee gebildet, das die Sammlung von Protestunterschriften gegen das Gebahren des Bundesanwalts in der Italiener-Angelegenheit an die Hand nehmen wird.

Aus Lugano wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Die von der Schweiz ausgelieferten Teilnehmer des Arbeiterzugs wurden von Como nach Mailand gebracht und werden dort vor das Kriegsgericht gestellt werden. Weitere Verhaftungen fanden gestern statt in Mailand, Novara, Genua, Bologna, Brescia u. c. In Faenza, Cesena und Bologna wurden auch die katzenhölischen Disziplinarmittels aufgelöst, bei vielen radikalen Hausfuchungen vorgenommen und zahlreiche Papiere beschlagnahmt.

Das Wachstum des Geldes in einem Jahre zeigt ein Bericht des Münzdirektors der Vereinigten Staaten für das Jahr 1894. Danach wurden in diesem Jahre Goldmünzen im Werthe von rund 912 Millionen Mark und Silbermünzen im Werthe von 452 Millionen geprägt. Im nächsten Jahre, 1895, liegt die Goldprägung auf 924, die Silberprägung auf 483 Millionen Mark. Von besonderem Interesse ist die Vertheilung dieser riesigen Summen auf die einzelnen Länder. Im Jahre 1894 prägten nur Goldmünzen Frankreich und die australischen Kolonien, nur Silbermünzen die Staaten Spanien, Indien, Siam, Indo-China, China. Der Werth der Goldprägung war am höchsten in den Vereinigten Staaten mit rund 188 Millionen, dann folgte Australien mit 138, Oesterreich-Ungarn mit 135, Deutschland 100, England 92, Frankreich 80, Chile 22, Japan fünf Millionen u. c. Der Werth der Silberprägung war am höchsten in Rußland mit rund 124 Millionen, dann folgten die Vereinigten Staaten mit 92, Mexiko 84, Japan 53, Indo-China 50, China 34, Oesterreich-Ungarn 32, England 26, Indien 22, Spanien 21, Siam 19, Deutschland 11 Millionen Mark.

Diese Summen bedürfen freilich einer Korrektur, sie bedeuten nämlich nicht die Zunahme der Hartgeld-Zirkulation, da zahlreiche ältere Münzen umgeprägt werden und fast in allen Staaten nicht bloß aus Barren, sondern auch aus landesfremden Münzen Geld geprägt wird. —

Deutsches Reich.

Im Reichs-Eisenbahnamt fand vor einigen Monaten eine Berathung von Vertretern der Bundesregierungen und der Militärverwaltung über Maßregeln zur Erhöhung der Betriebssicherheit auf den deutschen Eisenbahnen statt. Das Ergebnis dieser Konferenz liegt jetzt in einer Denkschrift vor. In dieser wird vorgeschlagen, die Betriebsordnung für die Hauptbahnen Deutschlands, die Bestimmungen über die Befähigung von Eisenbahn-Betriebsbeamten, die Signalordnung, die Normen für den Bau und die Ausrüstung der Hauptbahnen, sowie die Bahnordnung für die Nebenbahnen zu ändern und zu ergänzen. Von der notwendigen Verbesserung der Lage der Eisenbahn-Angestellten ist keine Rede.

Fleischpreise. Die amerikanische Regierung ist, wie der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ gemeldet wird, einem von Deutschland ausgeprochenen Bunde entgegengekommen und hat die Ausfuhr freien Schweinefleisches nach Deutschland verboten. Befähigung dieser Meldung bleibt abzuwarten. —

Das Stimm-Organ pöbelt Weibel an, weil er gegen die Blätter, die ihn beleidigt haben, nicht vor Gericht klagt. Die „Post“ gerade hat am wenigsten ein Recht, so frech einherzureden, denn der von Weibel aufgegriffene Fink war ihr Feind, war ihr Redakteur und Sekretär der freikonservativen Partei und mußte von ihr selbst bereits suspendirt werden. Weibel bedarf der Rathschläge der „Post“ nicht, er wird mit Wurschen, deren Fähigkeiten gerade bis zum persönlichen Beschimpfen reichen, schon fertig, auch ohne Rath, wenn es ihm so paßt. —

Ein Soldatensinder. Die „Märk. Post“ berichtet von einer Verhandlung, die vor den Geschworenen des Militär-Bezirksgerichts Röhren am letzten Sonnabend stattfand. Angeklagt war der jetzige Wegker Röhren, der als Sergeant beim 2. Infanterie-Regiment diente und im Herbst vorigen Jahres Rekruten auszubilden hatte. Gelegentlich des Detailsergierens am 15. November d. J. hat nach Ansicht des Sergeanten der „Gemeine“ Otto Reiter die Fußspitzen nicht genügend hinabgedrückt. Er holte sich den „phlegmatischen“ Soldaten aus der Reihe heraus und gab ihm den Befehl: „So jetzt laufen Sie die beiden Baracken im Lauffschritt solange auf und ab, bis Sie die Fußspitzen herabdrücken können!“ Reiter mußte nun eine vollständige Viertelstunde lang im Lauffschritt im Hof umherlaufen, worauf ihn sein Feindgenosse einmalmte so sich rief und an ihn die Frage stellte, ob er denn jetzt die Fußspitzen hinabdrücken könne; als der Kernte infolge der vollständigen Erschöpfung nicht sofort antworten konnte, gab ihm der Sergeant den Befehl, den

Laufschritt fortzusetzen. Die Folge war, daß Reiter alsbald vollständig erschöpft und im Schwitz gebadet auf der Straße blieb, worauf sich bei ihm Seitenstechen und hochgradiges Herzklappen einstellte. Infolge dieser Ueberanstrengung bekam Reiter ein unheilbares Blasenleiden und da er die qualvollen Schmerzen nicht länger ertragen konnte, meldete er sich am 8. Dezember zum Arzt, stand 66 Tage in ärztlicher Behandlung und wurde schließlich am 10. März als völlig dienstuntauglich vom Militär entlassen. Der Sergeant hatte sich aber wegen noch einiger weiterer Reate zu verantworten. Dem Soldaten Martin Reiter, der ihm im Mannschaftszimmer nicht schnell genug auswich, packte er an der Brust und verlegte ihm einen Stoh unter das Kinn, so daß sich der Mißhandelte in die Zunge biß; gelegentlich einer Visitation verlegte er den Soldaten Kasernenmaier, Reiter, Baumgärtner, Rieger und Zellner Stöße auf die Brust, daß sie zurücktaumelten. Den Soldaten Schwarzbauer verlegte er, weil er kein Handtuch hatte, mit der flachen Hand einen Schlag auf das Ohr, so daß derselbe längere Zeit Schmerzen verspürte. Etwaigen Beschwerden wußte Köfener mit den Worten: „Ihr könnt Euch schon beschweren, acht bis zehn Wochen dauert's immer noch, bis ich in die Reserve gehe, und da kann noch manches passieren.“ Und als der Herr Sergeant in die Reserve gegangen war, erfolgte die Anzeige. Die Anklage lautete auf ein militärisches Verbrechen des Mißbrauchs der Dienstgewalt, sowie eines Vergehens des Mißbrauchs und vorchristlich-widriger Behandlung von Untergebenen. Die Geschworenen verneinten das Verbrechen des Mißbrauchs der Dienstgewalt und nahmen lediglich ungeeignete Behandlung von Untergebenen an. Das auf Grund des Wahspruchs der Geschworenen gegen Köfener gefällte Urtheil lautet auf fünf Tage Mittelarrest! Wenn so abschließliche Handlungen, wie sie der Sergeant Köfener begangen, mit derartig milder Beurtheilung werden, dann freilich ist es nicht zu verkennen, wenn solche Vorlesungen sich immerfort wiederholen. Diese Milde steht zudem in schroffem Kontrast zu der Härte, mit der Untergebene wegen Vergehens gegen Vorgesetzte bestraft zu werden pflegen. Wie wäre es wohl dem Soldaten Reiter gegangen, wenn er den gänzlich unberechtigten Befehlen des Sergeanten nicht gehorcht gewesen wäre? So mußte er sich für sein ganzes Leben an der Gesundheit schädigen lassen und sein Heimathort auf 5 Tage in Arrest. —

Braunschweig, 21. Mai. Die Erklärung des Staatsministers v. Otto im braunschweigischen Landtage, daß an maßgebender Stelle in Preußen die Auffassung obwalte, es habe sich in den scharfäthlichen Verhältnissen, welche dem die braunschweigische Thronerledigungs-Frage betreffenden Bundesraths-Beschluß vom 21. Juli 1885 zu Grunde gelegen, nichts geändert, war weisheitsreich demängelt und bezweifelt worden. Ferngegenüber veröffentlicht heute das braunschweigische Staatsministerium in den „Amlichen Anzeigen“ eine längere Erklärung dahingehend, daß 1. die Erklärung des Staatsministers v. Otto sich auf Mittheilungen von amtlicher, berufener und verantwortlicher Stelle stütze, 2. niemand, der mit dem preussischen Staatswesen einigermaßen bekannt sei, auch nur einen Augenblick zweifelhaft sein könne, daß als eine an maßgebender Stelle in Preußen obwaltende Auffassung nur eine solche bezeichnet werden könne, welche an höchster Stelle in Preußen bestehe. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine Anklage wegen ruhestörenden Lärms und Majestätsbeleidigung sollte gestern gegen die Handelsleute Haase und Detloff vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt werden, da der letztgenannte aber wegen Krankheit am Erscheinen verhindert war, so wurde gegen Haase allein verhandelt. Am 7. Dezember v. J. riefen die Angeklagten in der Postkutsche den „Vorwärts“ als „Neuestes!“ aus, und zwar sollen sie dabei so gebrüllt haben, daß die Leute die Fenster öffneten. Wie zwei Barbiergehilfen mit Bestimmtheit behaupten, haben die Angeklagten gerufen: „Bestechung des Reichstages durch den Kaiser!“ An jenem Tage hatte der Kaiser in üblicher Weise eine Anrede an die Mitglieder des Reichstages gehalten und diese Rede war, mit einigen redaktionellen Bemerkungen versehen, welche irgend etwas Anstößiges nicht enthielten, in der betreffenden Nummer des „Vorwärts“ wiedergegeben. Der Angeklagte Haase behauptete, daß die Jungen sich verhöhrt haben müßten, möglich sei es, daß er gerufen habe: „Beispiegelung des Kaisers mit den Mitgliedern des Reichstages!“ Staatsanwalt Liebenow hielt dies für eine Anrede, er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Der Gerichtshof verurtheilte aber die Verhandlung, um die Sache zugleich gegen Detloff verhandeln zu können.

Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer zu Hanau die Ehefrau Kl aus Weidenheim zu zwei Monaten Gefängnis. Es waren 4 Monate beantragt worden. —

„Ordnung“ in Kamerun. Nach einer telegraphischen Meldung des stellvertretenden Gouverneurs von Kamerun hat der Aufstand der Wane und Wuli im südlichen Theile des Schutzgebietes mit der völligen Unterwerfung dieser Eingeborenenstämme geadet. Der Kommandeur der kaiserl. Schutztruppe Hauptmann a. D. v. Kampff ist mit derselben bereits nach Kamerun zurückgekehrt. —

Oesterreich-Ungarn.

Die Beschränkungen der Presse sollen vermindert werden; offiziell wird versichert, daß der Zeitungstempel am Tage des 50jährigen Kaiserjubiläums (Dezember d. J.) fallen soll. Auch soll die Freigabe der Stolportage, aber erst für einen späteren Zeitpunkt, in Aussicht genommen sein. —

Budapest, 23. Mai. Oesterreichische Delegation. Bei der fortgesetzten Debatte über den Vorschlag des Ministeriums des Auswärtigen hob Comperz (Deutsch-Fortschrittler) die Nothwendigkeit rechtzeitiger Vorbereitungen für den Abschluß künftiger Handelsverträge hervor. Schueker (deutsche Volksp.) betonte den Mangel an Uebereinstimmung zwischen der inneren und der auswärtigen Politik sowie die Nothwendigkeit der Erhaltung des Bündnisses mit Deutschland. Der Vize-Gowajski zollt dem Grafen Goluchowski Anerkennung und führt aus, der Dreibund sei die sicherste Garantie gegen unerwartete Konflikte. Der Gehe Kasta betont die Nothwendigkeit der Pflege des freundschaftlichen Verhältnisses Oesterreich-Ungarns zu Rußland und fragt den Minister, was er im Interesse des österreichischen Handels in Ostasien zu thun gedenke. Der deutsch-polnische Hohenburger hob die in Graz herrschende Erregung hervor, welche durch die Ernennung Graj-pach's zum Oberlandesgerichts-Präsidenten und die Degradirung der 47 Reserve-Offiziere noch gesteigert worden sei. Bezüglich der ähneren Politik begrüßten die österreichischen Deutschen, unbeschadet des Festhaltens am Dreibunde, die Annäherung an Rußland mit Gemüthigung.

Budapest, 23. Mai. Ungarische Delegation. Finanzminister Baron v. Kallay erwiderte auf eine Anfrage Wolgers: Wir können nicht mit einem großartigen Plänenplan hervortreten, weil ein solcher heute nicht existirt. Womit die Regierung nach einigen Jahren hervortreten wird, wissen wir nicht. Thatsache ist, daß Verbesserungen und Ergänzungen vorgenommen werden müssen, wenn wir den gegenwärtigen Zustand der Kriegsmarine erhalten wollen. Dieses Schiff, dessen Kosten in das Budget aufgenommen sind, dient eben dafür, eine solche Ergänzung zu bilden, und solche alte Schiffe gibt es noch mehr, welche noch und nach oder in janelerem Tempo, je nach den Umständen und wie es die finanzielle Lage gestattet, ausgetauscht oder ausgemastet und durch andere ersetzt werden müssen. Nachdem noch Graf Stefan Koglewicz, Graf Stefan Tisza und Graf Apponyi für den Vorschlag gesprochen hatten, genehmigte die Delegation denselben im allgemeinen sowie die Details. Hierauf wurden ohne Debatte die Schlussrechnungen für das Jahr 1896 und der Vorschlag für die okkupirten Provinzen genehmigt. —

Budapest, 24. Mai. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Baron Banffy beantragt die Vertagung des Hauses bis zum 6. Juni und bemerkt, nach den Pfingstferien werde das Haus über die Entwürfe betreffend die provisorische Verlängerung der Bier-, Wein- und Spirituosen-, sowie über die Zudersteuer und die Zuderprämien verhandelt. Die Regierung bebaure, daß keine Aussicht vorhanden sei, daß Oesterreich während des Sommers über die Ausgleichs-Vorlage verhandelt; diese Vorlagen würden frühestens im September zur Verhandlung gelangen. —

Frankreich.

Jean Jaurès wird von nun an in Gemeinschaft mit Gerault-Richard die Chefredaktion der „Petite République“ führen. Wir beglückwünschen unser Pariser Brüdervorgänger zu diesem Gewinne. —

Paris, 24. Mai. Jola hat gegen den Direktor des „Petit Journal“, Marinoni, und den Redakteur desselben Wattes, Judet, die Beleidigungsklage angestrengt wegen eines Artikels von Judet, in welchem Jola's Vater angegriffen und beschimpft wird. —

Italien.

Rom, 24. Mai. Der Marineminister Brin ist heute Vormittag gestorben. —

England.

London, 23. Mai. Der Parlaments-Untersekretär des Aeußern Curzon erklärte im Unterhaus die Meldung des Pefinger Berichtserfassers der „Times“, daß die britische Regierung dem Reglement zugestimmt habe, monach Ausländern der Zutritt im Hafen von Zantein und auf der Siating-Halbinsel nur mit einem visirten Paß gestattet sei, für gänzlich unbegründet. Im Gegentheil habe die russische Regierung England demüthigt, daß die England betreffende Notifizirung des russischen Konsuls ohne Kenntniß der russischen Regierung erfolgt sei und der russische Geschäftsträger in Pefing bereits angewiesen sei, die Notifizirung zurückzuziehen. —

London, 23. Mai. Das Oberhaus nahm mit 81 gegen 19 Stimmen die zweite Lesung der von Hardwicke beantragten Vorlage an, welche die Einwanderung von Idioten, Irren, sinnigen, Proctosen sowie sonstigen Personen verbietet, welche dem Staate zur Last fallen können oder an aufstehenden Krankheiten leiden. Im Laufe der Debatte sprach Lord Salisbury für die Vorlage und erklärte, die steigende Zahl von Ausländern, welche dem Staate zur Last fielen, mache gesetzgeberische Maßnahmen notwendig.

Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler Gladstone, es sollen von morgen bis zum 6. Juni die Sitzungen vertagt werden. Er theilt mit, daß die Königin das Begräbniß Gladstone's auf Staatskosten und die Errichtung eines Denkmals für ihn in der Westminster-Abtei genehmigt und Herbert Gladstone im Namen der Familie die Zustimmung zu dieser Absicht ausgesprochen habe. Die Regierung werde morgen beantragen, daß das Unterhaus sich am Sonnabend an der Beisegung Gladstone's betheilige. Der Prinz von Wales wird die Königin bei der Beisegung für Gladstone vertreten. Sowohl der Prinz von Wales wie der Herzog von York werden als Vortragsredner fungiren. —

London, 24. Mai. Die „Morning Post“ meldet, das auswärtige Amt stelle offiziell in Abrede, daß die Rigerfrage geregelt sei auf der Basis der Räumung Bussa's durch Frankreich und der Zurückbehaltung von Riffi. —

Schweden.

Stockholm, 23. Mai. Das Verbot der Ausfuhr von Vieh aus der Provinz Schonen vom 4. d. M. ist heute wieder aufgehoben worden. —

Der schwedische Reichstag ist vor einigen Tagen geschlossen worden. Das Resultat eines Rückblicks auf seine Thätigkeit ist sehr dürftig, besonders hat die Arbeiterklasse fast gar keine Ursache, ihm dankbar zu sein. Daß bei der Majorität für die wichtige soziale Frage kein Verständniß vorhanden ist, zeigten besonders die Debatten und die Beschlüsse betreffs der Arbeiterversicherung. Indem die Majorität den Versicherungszwang aus dem Gesetze beseitigte, machte sie dasselbe in der vorliegenden Form ganz illusorisch und dessen Annahme unmöglich. So ist durch die Verständnißlosigkeit der besitzenden Klassen diese wichtige Reformfrage wieder vertagt. Dagegen war man um so freigebiger in den Bewilligungen für das Militärbudget. Ebenso wurde auch jede Erhöhung des Fonds, der für die zu errichtende Versicherungskasse gesammelt werden soll, abgelehnt, ein Beweis, daß man auch in Zukunft für diese Reform keine Opfer bringen will.

Ueberrall macht sich eine Bedorragung des Großkapitalismus bemerkbar. So bei der Bewilligung der Jellivara-Dienerbahn, ohne daß der Staat sich eine entsprechende Entschädigung ausbedungen hat und in der Aufhebung des Vergewerkszoll für die großen Vergewerkschaften. Hier traten die Minister mit einer Entschiedenheit ein, als gelte es eine wichtige Staatsache, die Ablehnung des Versicherungsgesetzes ließ sie ganz kalt.

Ebenso wurden die Anträge auf Verringerung der unteren Staatsbeamten abgelehnt, so z. B. selbst eine geringe Lohnerhöhung der Eisenbahnstationbediener.

Schließlich sei noch der Kommunal-Stimmrechtsfrage gedacht. Die Regierung hatte einen recht dürftigen Reformvorschlag vorgelegt, aber die zweite Kammer fühlte sich berufen, ihn noch mehr zu beschränken, und dieser Vorstoß wurde dann noch von der ersten Kammer als bedenklich gefunden und gelangte nicht zur Annahme, sondern wurde in einer Kommission begraben. Im nächsten Reichstag werden die Junter und Bureaukraten der ersten Kammer sich mit den Großbauern und Fabrikanten der zweiten auf einen Kompromiß einigen, aber die Arbeiter werden sicher auch dabei nichts davon haben.

Und vollends die Frage des Reichstagsstimmrechts wird durch den Reichstag nicht gelöst werden. Hier muß eine Volksbewegung eingreifen, die die Reichthaber zwingt, die Rechte des Volkes anzuerkennen. —

Rußland.

Ueber das Einschreiten der russischen Regierung gegen die freie Oekonomische Gesellschaft schreibt man uns aus Petersburg:

Die kaiserliche freie Oekonomische Gesellschaft, welche im Jahre 1765 gegründet worden ist, bestand ein und ein viertel Jahrhundert, ohne jemandem ein Interesse oder eine Beschäftigung einzuführen. Erst seit den letzten fünf, sechs Jahren, seitdem das wirtschaftliche Leben Rußlands einen bedeutenden Aufschwung hatte und gewaltige wirtschaftspolitische Fragen gelöst werden mußten, begannen die Sitzungen dieses Vereins auch ein immer lebhafteres Interesse zu bieten. Unter einem großen Andrang des Publikums wurden von den hervorragendsten nationalökonomischen Schriftstellern die bedeutendsten Erörterungen des wirtschaftlichen Lebens Rußlands und die Wirtschaftspolitik der russischen Regierung besprochen. Die Maßnahmen der russischen Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete wurden einer scharfen Kritik unterzogen und die Beamten, welche in den Sitzungen des Vereins erschienen, um die Politik ihrer Chefs zu verteidigen, hatten einen schweren Stand gegenüber den Angriffen, welchen sie von kenntnißreichen Rednern unterzogen wurden. Der Regierung waren die Sitzungen der Oekonomischen Gesellschaft schon lange unbehagen; als aber dieser Verein es gewagt hatte, die Aufmerksamkeit der russischen Gesellschaft auf die Hungersnöth zu lenken, welche die Regierung zu verunsichern suchte, entschloß man sich zu einem scharfen Vorgehen gegen den mangelsinnigen Verein. Vor kurzer Zeit ist den Redaktionen der russischen Zeitungen die folgende vom 2. Mai (20. April) unter der Nr. 2720 datirte Verfügung der Oberverwaltung in Preshangelegenheiten zugegangen: Mit Rücksicht auf die in der Organisation der kaiserlichen freien Oekonomischen Gesellschaft bevorstehenden Veränderungen schreibt die Oberverwaltung in Preshangelegenheiten infolge einer Verfügung des Herrn Ministers des Innern auf Grund des § 140 des Gesetzes über die Presse den Redaktionen der periodischen Zeitschriften vor, keine Nachrichten oder Gerüchte über diese Anordnungen zum Abdruck zu bringen, auch dürfen keine Artikel erscheinen über die Sitzungen der kaiserlichen freien Oekonomischen

Gesellschaft und über Vorträge, welche in ihr gehalten und Diskussionen, welche über diese Vorträge gepflegt werden.“ Am 3. Mai hat der Ackerbauminister, welchem die freie Oekonomische Gesellschaft unterordnet ist, dem Ausschuss dieses Verein verboten, fernere allgemeine Sitzungen einzubekufen. Der Ausschuss hat dem Minister geantwortet, er sei nicht gewillt, sich diesem Verbote unterzuordnen.

Natürlich wird die Oekonomische Gesellschaft in diesem Kampfe unterliegen, die Unzufriedenheit mit der russischen Regierung wird aber natürlich nicht verschwinden, in der einen oder anderen Form wird sie wieder zum Vorschein treten. —

Gerihts-Zeitung.

Eine für Versicherungs-Agenten wichtige Frage hat das Ober-Verwaltungsgericht jetzt zum ersten Male entschieden. Es handelt sich darum, wie sich die Polizeibehörden zu verhalten haben, wenn sie glauben, daß für Versicherungsverträge erforderliche „Unbedenkliche-Attest“ wegen vermeintlicher Ueberversicherung nicht erteilen zu sollen. Das Gericht entschied dahin: Die Polizei hat nicht nur allgemein die Verschickung der versicherten Gegenstände, wenn sie ihr zu hoch erscheint, zu bemängeln, sondern die einzelnen Positionen zu bezeichnen, die beanstandet werden. Zweitens hat die Behörde bei den einzelnen beanstandeten Positionen den Minderwerth anzugeben, zu dem sie bereit ist, das Attest zu erteilen. Für diesen Minderwerth das Attest gleich auszustellen, ist sie jedoch nicht verpflichtet. —

Die Zentenarmedaille. Aus Friedrichshagen berichtet die „Niederbarnimer Zeitung“: Der frühere Bureauchef H. Hierselbst, der sich anlässlich der Zentenarmedaillen-Vertheilung im Kurpark unziemlicher Redensarten bediente, erhielt vorgestern eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen.

Prozess Fritsch. Die nächste diesjährige Schwurgerichts-Periode am Landgericht I beginnt am Montag, den 6. Juni d. J., unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Wasse. Unter den in dieser Periode zur Verhandlung gelangenden Sachen nimmt den weitesten Raum und das größte Interesse der Strafprozess gegen den Buchhändler Wilhelm Fritsch, früher in der Gneisenaustraße domicilirt, in Anspruch. Die Verhandlung gegen denselben beginnt am Donnerstag, den 9. Juni d. J., und ist auf drei Tage festgesetzt, so daß sie, wenn nichts dazwischen kommt, am Sonnabend, den 11. Juni, ihr Ende erreicht. Die Anklage gegen Fritsch, welcher sich bekanntlich seit Anfang dieses Jahres in Untersuchungshaft befindet, lautet auf Betrug, schwere Körperverletzung, Entführung und Nothzucht. Aus letzterem Grunde wird die Verhandlung zum Theil, wenn nicht ganz, unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Der Angeklagte soll sich bekanntlich an einer ganzen Reihe von weiblichen Reisenden, die seine Kunstgegenstände an den Mann zu bringen hatten, vergangen haben. Die Untersuchung, die mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, hat eine sehr große Ausdehnung gefunden. Den Vorsitz in dem Sensationsprozess wird, wie erwähnt, Landgerichts-Direktor Wasse führen; die Verteidigung des Angeklagten hat Rechtsanwalt Emil Löwy übernommen.

Der Krieg.

Aus den westindischen Gewässern liegen auch heute bloß unkontrollirbare Gerüchte über angebliche Zusammenstöße und Fahrten der Kriegsschiffe vor. Dem Blatte „New-York-Journal“ wird aus Key-West telegraphirt: Die Stadt ist in höchster Aufregung wegen des Gerüchts, das amerikanische Schiff „Man-grove“, das für die Durchschneidung der Kabel besonders ausgerüstet ist, sei von einem spanischen Kreuzer an der Südküste von Cuba weggenommen worden.

Im Repräsentantenhause brachte Pearce (Missouri) einen Gesetzesentwurf ein, den Bau von fünf Kreuzern erster Klasse, 10 Torpedobooten, 15 Torpedoboot-Zerstörern und 15 Stahlanonenschaalen. Die Gesamtkosten für diese Schiffe, welche aus einheimischem Material zu bauen seien, sollen 30 250 000 Dollars nicht übersteigen.

Nach einer Meldung des „New-York Herald“ aus Washington wurde wegen der Schwierigkeiten, eine hinreichende Anzahl Transportschiffe für die Expedition nach Manila zu beschaffen, beschlossen, falls es nothwendig sein sollte, Schiffe für den Regierungsdienst mit Beschlag zu legen, wenn die Schiffseigenthümer sich weigern, eine angemessene Entschädigung anzunehmen.

General Miles hat die Ansicht ausgesprochen, daß für die kriegerischen Operationen auf Cuba 85 000 Mann amerikanischer Truppen erforderlich seien. Man erwartet nicht viel Hilfe von Seiten der kubanischen Aufständischen. Die Regierung erwägt den Ankauf von noch wenigstens 50 000, vielleicht sogar 100 000 Freiwilligen zu den Waffen. In Washingtoner politischen Kreisen wird die Ansicht laut, wenn die amerikanischen Truppen erst auf Cuba festen Fuß gefaßt hätten, werde es ebenso schwerer sein, sie einmal wieder von Cuba zurückzuziehen, wie dies mit den englischen Truppen in Egypten der Fall sei; nichtso bestoener hält man an dem Entschluß fest, Cuba nicht zu annektiren. Die Blockade von Manila ist nunmehr formell verklärt worden.

General Blanco empfiehlt die Abfindung von Lebensmitteln, nicht weil sie sofort nöthig ist, sondern weil eine mögliche Unterbrechung der Verbindung das rechtzeitige Eintreffen verhindern könnte. Die Regierung bestimmte zu diesem Zwecke 8 transatlantische Schiffe. In Gibraltar gehen Gerüchte um, daß eine Expedition von 7000 Mann und Feldbatterien vorbereitet würde, um im Kriegsfall Tanger zu besetzen.

In Cadix lagern augenblicklich 70 000 Tonnen Kohlen, weitere 100 000 Tonnen werden in aller nächster Zeit erwartet, sodas der Kohlenvorrath für die spanische Kriegsflotte gesichert ist.

Werkwürdige Gerüchte gehen über Verhandlungen der spanischen Regierung um, die das Schicksal der Philippinen zum Gegenstande haben. Ein Telegramm aus Washington meldet, die Annahme, daß Leon y Castillo die Abtretung der Philippinen an Frankreich betreiben, um zu verhindern, daß dieselben in amerikanische Hände fallen, gewinne mehr und mehr an Boden. Der Madrider „Imparcial“ glaubt, die spanische Regierung erwäge, ob die Abtretung einiger Inseln der Philippinen an Deutschland dieses nicht etwa von England, an welches es sich jetzt anzunähern scheint, fernhalten könnte. (?)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Salzburg, 24. Mai. (B. Z.) Der Rabbiner Bach hat sich wegen einer ungerechten Verleumdung die Kehle durchschnitten; er war sofort todt.

Budapest, 24. Mai. (B. Z. B.) Nach Schluß der heutigen Sitzung wurde auf der Strafe vor dem Abgeordnetenhause der Herrliche Abg. Lepesönyi, der in dem Organ seiner Partei die Verleumdung einer Schmähchrift gegen Ludwig Kossuth angezeigt hatte, von mehreren Abgeordneten durchgeprügelt. Lepesönyi mußte unter polizeilichem Schutz nach seiner Wohnung geführt werden.

Paris, 24. Mai. (B. Z. B.) Der Chamvignon-Jäger Carrara, welcher einen Kassenboten getödtet und den Leichnam verbrannt hatte, ist zum Tode und seine Frau wegen Verhülfe zum Verbrechen zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt worden.

Brest, 24. Mai. (B. Z. B.) Infolge des Gesamttauschandes der Metallarbeiter benachrichtigten mehrere Fabrikanten die Marineverwaltung, daß sie die für den Kriegshafen bestellten Arbeiten nicht rechtzeitig liefern könnten.

Madrid, 24. Mai. (B. Z. B.) Der Herzog von Almodovar ist zum Minister des Aeußern ernannt und heute Nachmittags als solcher vereidigt worden.

Bukarest, 24. Mai. (B. Z. B.) Die parlamentarische Session ist bis zum 27. d. M. verlängert worden.

Mitbürger, Arbeiter, Handwerker!

Seht die Reichstagswähler-Listen nach!

Die Listen liegen nur noch heute aus und zwar außer im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., noch an folgenden Stellen:

für den I. Wahlkreis in der Turnhalle der 21./24. Gemeindefschule, hinter der Garnisonkirche 2;

für den II. Wahlkreis, umfassend die Stadtbezirke 21 bis 78 C und 114 bis 117 und zwar: a. für die Stadtbezirke 21 bis 30 und 50 bis 73 in der Turnhalle der 101./109. Gemeindefschule, Tempelhofer Ufer 2, b. für die Stadtbezirke 31 bis 49 in der Turnhalle der 99. Gemeindefschule, Steinwegstr. 79, c. für die Stadtbezirke 74 bis 78 C und 114 bis 117 in der Turnhalle der 83./93. Gemeindefschule, Dieffenbachstr. 90/91;

für den III. Wahlkreis in der Turnhalle der 62. Gemeindefschule, Schmidtstr. 39;

für den IV. Wahlkreis a. für die Stadtbezirke 83, 84 und 93 bis 109 in der Turnhalle der 115./170. Gemeindefschule, Skalitzerstraße 55/56; b. für die Stadtbezirke 85, 86, 88 bis 94 und 110 bis 113 B und die angrenzenden Teilbezirke in der Turnhalle der 145./151. Gemeindefschule, Reichenbergerstraße 131/132; c. für die Stadtbezirke 145 bis 159, 162 bis 165 und 182 bis 188 in der Turnhalle der 23. Gemeindefschule, Straußbergerstraße 9; d. für die Stadtbezirke 160, 161, 166 bis 181 und 189; bis 191 und die angrenzenden Teilbezirke in der Turnhalle der 81./109. Gemeindefschule, Tilsiterstraße 4/5;

für den V. Wahlkreis in der Turnhalle der 8/63. Gemeindefschule, Gipsstraße 23 A;

für den VI. Wahlkreis a. für die Stadtbezirke 218 bis 226 und 237 bis 250 in der Turnhalle der 110./174. Gemeindefschule, Schönhauser Allee 100 A, b. für die Stadtbezirke 227 bis 236 und 251 bis 258 in der Turnhalle der 182./142. Gemeindefschule, Demmlingerstraße 27, c. für die Stadtbezirke 259 bis 278 in der Turnhalle der 17. Gemeindefschule, Ackerstraße 67, d. für die Stadtbezirke 285 bis 287 und 298 bis 304 und einen Teil vom 282. Stadtbezirk in der Turnhalle der 118./128. Gemeindefschule, Thurnstraße 50, e. für die Stadtbezirke 288 bis 297 in der Turnhalle der 82./90. Gemeindefschule, Thurnstraße 75, f. für die Stadtbezirke 305 bis 326 B in der Turnhalle der 118./127. Gemeindefschule, Bankstraße 8.

Der Wähler, welcher die Listen nachsieht, muß sich mit einem Legitimationspapier versehen, und in dem Falle, daß sein Name in der Liste fehlt, von dem zu diesem Zwecke im Bureau stationierten Beamten seine Aufnahme in die Wählerliste protokolllarisch feststellen lassen!

Für solche Wähler jedoch, denen es an Zeit und Gelegenheit fehlt, selber die Listen zu kontrollieren, haben sich in den verschiedenen Wahlkreisen eine Anzahl Parteigenossen bereit erklärt, dieses zu besorgen. Die in betracht kommenden Wähler werden ersucht, zu einer beliebigen Tageszeit sich mündlich oder schriftlich an die nachstehend bezeichneten Personen zu wenden:

Erster Wahlkreis. Preuss. Neue Friedrichstraße 20. Glauze, Knauffstr. 18. Stochisch, Dolgardenstr. 5. Sommer, Grünstr. 21. Karl Böttner, Charlottenstraße 24, 4 Tr. Nördlich, Jadenstr. 35. Schmidt, Heinsburgerstraße 24 (Gansabietel). — Regelle Auskünfte über die Wahlen werden bei Nördlich, Jadenstr. 35, erteilt.

Zweiter Wahlkreis. Für die Stadtbezirke 21 bis 30 und 50 bis 73: F. Seh, Schanwirth, Markgrafenstr. 102. Jubel, Schanwirth, Lindenstr. 106. König, Schanwirth, Welles Alliancestr. 74. Eblde, Schanwirth, Postenerstr. 10. Kaumann, Schanwirth, Blücherstr. 42. Gebhard, Schanwirth, Mariendorferstr. 5. Schröder, Jigarrengeschäft, Kreuzbergstr. 15.

Für die Stadtbezirke 31 bis 49: Knitrid, Jigarrengeschäft, Steinwegstr. 60. Kaller, Schanwirth, Fallast. 10. S. Werner, Schanwirth, Willowstr. 59.

Für die Stadtbezirke 74 bis 78 c und 114 bis 117: Schönheim, Schanwirth, Grüßelstr. 8. P. Müller, Schanwirth, Grüßelstr. 31. Ewald, Schanwirth, Schönleinstr. 6. Lindemann, Schanwirth, Moritzstr. 9.

Dritter Wahlkreis. Jigarrenhändler Gottfried Schulz, Kottbuscherplatz. Restaurateure Dorn, Wallstraße 1. Frey, Schulz, Knauffstr. 59. Schieber, Admiralsstr. 21. Schönemann, Skalitzerstraße 7. Jigarrengebäude Wilsch, Börner, Mitterstr. 15. Restaurateure Götte, Prandenburgstr. 18. Hül, Eimeustr. 23. Vier, Alte Jakobstraße 119. Leuz, Alte Jakobstr. 69. Wörner, Knauffstr. 10. A. Berger, Sebaltianstr. 72. Vohne, Aumenstr. 38. Sternbach, Inselstraße 10. Schwilke, Königsstr. 68. Sauer, Neanderstr. 2.

Vierter Wahlkreis (Südosten). Erde, Tuhrstr. 25. Götsche, Wrangellstr. 58. Tollsdorf, Görlingerstr. 58. Thiel, Skalitzerstr. 35. Graub, Wrangellstr. 139. Brändel, Mantelstr. 74. Schaber, Reichenbergerstr. 54. Pamisch, Reichenbergerstr. 118. Götz, Grünauerstr. 3. Raschsch, Mantelstr. 45. Eretz, Raunynstr. 86. Heinrich, Raunynstr. 78. Lieberstein, Luisenpark 12a. Wadmann, Eisenbahnstr. 30. Veyer, Wrangellstr. 131. Köppen, Köpplerstr. 20a. Kimpel, Köpplerstr. 10. Manzer, Wrangellstr. 119. Rasche, Wrangellstr. 11. Hilbig, Schleißerstr. 15. Gones, Falkensteinstr. 5. Klöplich, Falkensteinstr. 11.

Fünfter Wahlkreis. Jakob Meul, Barnimsstr. 42. Robert Richter, Neue Köpenickerstr. 10. Rob. Drescher, Eilenstraße (Ede Mäderstraße). E. Wittgen, Al. Hamburgerstr. 27. Wilsch, Schmidt, Luisenstraße 5. Rob. Busiger, Landwehrstr. 42. I. Horlich, Jigarrengeschäft, Gipsstr. 27. Otto Wendtland, Jigarrenhändler, Marienburgerstr. 32.

Sechster Wahlkreis. Schönhauser Vorstadt: Schulz, Pappel-Allee 106. Nied, Schlammstr. 47. Georgi, Eberdwalderstr. 4. Jäschke, Danzigerstr. 15. Grabler, Franzstr. 12. Namlow, Schönhauser Allee 135. Lange, Treseowstr. 49. Feilber, Treseowstr. 54. Behufeld, Schönhauser Allee 40. Wars, Kasanien-Allee 58. Augustin, Kasanien-Allee 11. Herzberg, Kasanien-Allee 12. Nieke, Jigarrengeschäft, Saarbrückerstr. 7. Schönfeld, Fehrbellinerstraße 9. Dengler, Fehrbellinerstraße 81. Dieter, Weinbergsweg 11. Burgbold, Schwedterstr. 23. Behrens, Fehrbellinerstr. 85a. Töpfer, Wörthstr. 15. Rehl, Ackerstr. 13. Müller, Voßgrabenstr. 30. Schmidt, Treseowstr. 22. Pinner, Jigarrengeschäft, Treseowstr. 96. Werner, Diedenhofenstr. 11. Köppler, Fehrbellinerstr. 80. Freund, Wrenslauer Allee 232. Sanitz, Velforstr. 21. Pazarra, Wörthstr. 39. Liedeke, Fehrbellinerstr. 24. Rasch, Fehrbellinerstr. 35. Nieke, Fehrbellinerstr. 53. Müller, Jigarrengeschäft, Aylestr. 40. Münch, Vorkostgeschäft, Franzstr. 25. Priton, Schulzendorferstraße 18a.

Rosenthaler Vorstadt. Nachgänger, Swinemünderstr. 66. Berteles, Muppinerstr. 49. Veyer, Swinemünderstr. 118. Brall, Wolfenstr. 9. Geister, Veteranenstr. 4. Gravenitz, Putzstr. 24. Herrmann, Putzstr. 45. Hoffmann, Jorgingstr. 14. Hoppe, Muppinerstr. 145. Grelad, Brunnenstr. 44. Jungnid, Nussitenstr. 8. Kirchhölz, Brunnenstr. 108. Krone, Stöndelplatz 5. Raack, Brunnenstr. 96. Reimann, Putzstr. 30. Rosen, Muppinerstr. 42. Bigel, Swinemünderstr. 88. Gnadt, Swinemünderstr. 45. Lorenz, Voltstr. 42. Rose, Gutschäft, Anklamerstr. 41. Märker, Brunnenstr. 122. Riebold, Brunnenstr. 57. Winkelmann, Ackerstr. 154. Reumann, Brunnenstr. 150.

Gesundbrunnen. Abendroth, Badstr. 42. Versch, Drontheimerstr. 1. Brinmann, Pringen-Allee 21. Bahmann, Grünthalstr. 65. Kerfin, Paulstraße 32a. Piech, Soldinerstraße 96. Schmidt, Hochstr. 32a. Temme, Pringen-Allee 30.

Wedding und Oranienburger Vorstadt: Vötel, Restaurateur, Vorhstr. 25. Schulz, Restaurateur, Vorhstr. 24. Joseph, Produktenhändler, Tiefstr. 35. Thomas, Restaurateur, Gorenstr. 152. Czichowski, Jigarrengeschäft, Gartenstr. 44. Blohsfeld, Nussitenstr. 21. Laden, Walter, Jigarrengeschäft, Nussitenstr. 35. Krause, Hermoldstr. 11. Knappe, Gartenstr. 165. Brückner, Gartenstr. 69. Ring, Ackerstr. 104. Knappe, Feldstr. 4. Hilgenfeld, Vergstr. 60. Diele, Ackerstr. 123. Schulz, Schwarzwaldstr. 11. Spede, Schauffstraße 85. Quergeb. 3 Tr. Jemrich, Boyenstr. 85. Giesel, Boyenstr. 40. Magante, Kolbergerstr. 10. Wöjide, Tegelerstr. 20. Tauschel, Wiesenstraße 29. Meyer, Reinoldendorferstr. 57b. Vergmann, Postwallstr. 8. Walschowski, Antonstr. 17. Gleiweit, Müllerstr. 7a. Krawezad, Müllerstr. 159a. Doye, Müllerstr. 38a. Dobat, Selterstr. 3. Götting, Gerichtsstr. 72. Bröckle, Trieststr. 20. Kuschel, Wiesenstr. 15 v. III. Schröder, Wiesenstr. 89. Gmiffle, Schulstr. 64. Jonas, Jigarrengeschäft, Fennstr. 44. Hülensiede, Müllerstr. 114. Schwarz, Müllerstr. 1a.

Näherdem liegen in den bekannten Geschäften Listen zum Einzelnsehen für diejenigen aus, welche verhindert sind, persönlich sich davon zu überzeugen, daß sie in der Wählerliste eingetragen sind.

Moabit. Grub, Weißelstr. 42. Renfer, Weißelstr. 23. Grefse, Weißelstr. 17. Tlesius, Weißelstr. 50. Rowe, Weißelstr. 62. Fischer, Weißelstr. 64. Fischer, Weißelstr. 9. Döring, Thumstr. 72. Engel, Alt Moabit, Ede Gohlwoldstraße. Schäfer, Alt Moabit 53. Ulrich, Rostoderstr. 47. Ray, Rostoderstr. 12. Wendt, Rostoderstraße, Ede Wilschstraße, Habra, Walsstraße 57. Veier, Dredowstr. 11. Kern, Stromstr. 47. Gutiger, Stromstr. 6-7. Farr, Putzstr. 10. Wehlein, Salzweberstr. 10. Niek, Bremerstr. 47. Versch, Haberbergerstr. 87. Haber, Stephanstr. 11. Gube, Kirchstr. 27. Herbst, Heidestr. 58. Rigbur, Lehrstr. 44.

In Charlottenburg liegen die Listen in der angegebenen Zeit für den Stadtbezirk im Statistischen Amt, Berlinstr. 77, 1 Tr., von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, jedoch Sonntag, 22. Mai, nur von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, zu jedermanns Einsicht aus. — Parteigenossen, welche keine Zeit haben, die Wählerlisten nachzusehen, können sich bei folgenden Personen melden: Dörre, Strummestr. 10. Sellin, Wilmersdorferstr. 115/116. Leber, Bismarckstr. 74. Gimpel, Donabrüderstr. 28. Pommernring, Taurogenerstr. 10. Prestel, Donabrüderstr. 1. Bernerschmidt, Kaiserin Augustastr. 20. Baasche, Potodamerstr. 44. Morgenroth, Christstr. 20. Dieckhoff, Wilmersdorferstr. 128a. Kant, Pestalozzistr. 65. Krause, Kantstr. 94. Kolbe, Grünstr. 13. Labb, Wilmersdorferstr. 72. Schauberg, Schillerstraße 94. Wohland, Schillerstr. 94b. Petric, Goethestr. 33. Vatsch, Sehnheimstr. 1. Wilsch, Wallstr. 68. Veyer, Wallstr. 98. Vohmann, Stammestr. 41. Möhe, Goethestr. 67a. Wehner, Schillerstr. 9. Rötger, Leibnizstr. 3. Siegerstr, Englischestr. 9. Fischbach, Wartenstraße 24. Dredow, Augustburgerstr. 68. Wiegert, Restaurant, Herthastraße 1.

In Niddorf liegen die Wählerlisten aus vom 18. Mai bis 28. Mai im Amtsbureau, Berlinstr. 62, 1 Tr., Zimmer 58 (Sitzungsaal), von morgens 9 Uhr bis 9 Uhr abends und am Sonntag den 22. Mai von früh 9 Uhr bis 1 Uhr mittags. Für diejenigen, welchen es an Zeit fehlt, die Listen selber nachzusehen, geben wir folgende Parteigenossen bekannt, welche bereit sind, für dieselben Einsicht in die Listen zu nehmen: Klein, Restaurant, Kaiser Friedrichstraße 295. Meyer, Jigarrengeschäft, Hermannstr. 50. Ostermann, Parteipeditoren, Erststr. 6 II. Herrmann, Jigarrengeschäft, Kirchhofstraße 1. Sp. Restaurant, Jägerstr. 69. Thomas, Restaurant, Vergstraße 102. A. Köpffe, Restaurant, Karlsruherstraße 1. Krüger, Materialwaaren, Prinz Handjerystr. 58. Wiegert, Restaurant, Herthastraße 1.

In Schöneberg im Feuerwehr-Gebäude, Feuerstr. 63/64, 1 Tr., Zimmer 4, und zwar werktäglich von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr, am Sonntag, den 22. Mai, morgens von 8 bis 9 1/2 Uhr. Versäume niemand, die Liste nachzusehen oder sie von folgenden Personen nachsehen zu lassen: Obst, Grunewaldstr. 110; Schilling, Knauffstr. 18; Hauser, Sedanstr. 81; Weingart, Gustaf Freytagstr. 7; Wämler, Velzigerstr. 59, S. P.; Schöneberg, Stubenrauchstr. 5a.

In Wilmersdorf in der Zeit von morgens 8 bis nachmittags 3 Uhr im Rathhaus, Zimmer 26, Sonntag von morgens 8 bis 10 Uhr. Für diejenigen, welche daran verhindert sind, ist nachstehendes Wahlkomitee gern bereit, die Liste einzusehen, wenn denselben die Adresse mitgeteilt wird: Frey Heinemann, Sigmaringenstr. 35; Gottfried Müller, Sigmaringenstr. 35; Emil Witte, Berlinstr. 38; Otto Kerre, Walzburgerstr. 67; Otto Kraft, Pariserstr. 51. Ferner Heim, Allingenberg, Berlinstr. 40, im Volksgarten.

In den weiteren Vororten liegen die Listen wie folgt aus: Adlershof im Gemeinde-Bureau. Auskunft erteilt Genosse G. Tempel, Aronprinzenstraße 6, wo auch eine Abschrift der Liste ausliegt. Friedrichsberg im Gemeindebureau, Dorfstraße 40 von 8-3 Uhr, Sonntag von 9-12 Uhr. Zur Einsichtnahme für andere sind bereit die Genossen Bernhard Lange, Wartenbergstr. 67. Bernhard Weisjud, Wartenbergstr. 68. Anton Kopp, Friedrich Karlstraße 4. Emil Heimede, Friedrich Karlstr. 11. Stralau im Amtsbureau. Zur Einsichtnahme sind bereit G. Niye, Restauration, Markgrafenstrand. W. Bud, Dorstr. 5. C. Giesig, Gasthof zur Fischebütte, Dorstr. 17. C. Seitz, Dorfstraße 46a. — Groß-Lichterfelde im Rathhaus von 11 bis 3 Uhr. Zur Einsichtnahme sind bereit: Auf der Kuhalter Seite G. Plattiger, Ferdinandstr. 29. A. Wenzel, Landwehrstr. 6. Für den linken Villenbezirk: Vogheimer, Siemenstr. 31. Voisdamer Seite: D. Vogel, Schauffstr. 104. Für Lankwitz: Th. Labuhn, Marienstraße. — Tegel im Gemeindebureau. Zur Einsichtnahme ist Gastwirth Reutner, Spandauerstr. 15, bereit. — Tempelhofer im Amtsbureau, Dorfstraße 17, von 8-3 Uhr, Sonntag von 8-9 Uhr. Zur Einsichtnahme ist bereit: S. Jezowski, Dorstr. 48, II L. H. Kersten, Dorstr. 44, III. Otto Bolnar, Berlinstr. 102. G. Lammé, Berlinstr. 30, v. II. R. Müller, Berlinstr. 41, pt. I. A. Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 17. Legitimation sehr erwünscht. — Mariendorf im Gemeindebureau in den Dienststunden, auch Sonntag; für Verhinderte liegen bei Ebel und Schramm Listen aus. — In Vankow im Amtsbureau einschließlich Sonntag während der Dienststunden. — In Nieder-Schönhausen bezugleich; für Verhinderte liegen an den bekannten Stellen Listen zum Einzelnsehen aus. — In Rummerlöberg liegen die Wählerlisten vom 18.-25. Mai im Rathaus aus; am Sonntag sind sie von morgens 8 1/2 Uhr bis mittags 12 Uhr einzusehen. Zur Einsichtnahme für andere sind bereit: Burgener, Kantstr. 44; Veitling, Goethe- und Kantstr. Ede; Ulrich, Schillerstr. 2; Ritter, Goethestr. 17. — In Reinickendorf im diesseitigen Gemeindebureau, Hauptstr. 38, Zimmer 10, und zwar Wochentags von 9 bis 3 Uhr, Sonntag von 9 bis 9 1/2 und von 11 1/2 bis 1 Uhr. Zum Nachsehen erklären sich bereit im Osten Feldler, Rehdorfstr. 22, 1 Tr., und W. Eichner, Winterstr. 13, 1 Tr., im Westen Heiber, Virestr. 7, und Paul Schilling, Berlinstr. 2b. — In Triebitz bis zum 22. Mai in den Dienststunden von morgens 8 bis abends 6 Uhr, Sonntags von 8 bis 10 Uhr im Amtshaus. Wer verhindert ist, wende sich an

Karl Dorn, Gastwirth, Bürgerstr. 4. — In Steglitz im Rathhause, Zimmer 15, von 9-3 Uhr; in Pletdenau im Amtsbureau, Feuerstr. 63, von 9-3 Uhr. Wer verhindert ist, wolle sich bis Sonntag Vormittag 10 Uhr in den Listen einzeichnen, welche in den Lokalen, wo der „Vorwärts“ gehalten wird, und in den Jigarrengeschäften von Ch. Düppelstraße, und Koch, Herderstraße, ausliegen. Alle Anfragen, die Wahl betreffend, sind an Suderow, Schildhornstr. 73, und an Mohr, Düppelstr. 8, zu richten. — In Baumgärtenweg können die Wähler sich beim Vertrauensmann P. Krelz, Baumgärtenstr. 32, davon überzeugen, ob sie in der Wählerliste eingetragen sind.

Wahlpreise. Neue Feigenblätter.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums, dem die Pflege der Moral und der Keuschheit von jeher am Herzen lag, hat, wie aus Nachen telegraphisch wird, letzten Sonntag in geheimer Sitzung in sein Wahlprogramm eine neue lex Fetze aufgenommen, aus der wir jetzt schon folgende, tief ins öffentliche Leben einschneidende Bestimmungen mittheilen können:

I. Schule und Unterricht. In der Volksschule, in der Fortbildungsschule sowie auf dem Gymnasium und Realgymnasium hat sich der naturwissenschaftliche Unterricht, soweit er die physiologischen Thatfachen berührt, lediglich mit der Ernährung der Lebewesen zu befassen, dagegen soll alles, was sich auf die Fortpflanzung der Pflanzen und Thiere bezieht, im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit aus dem Lehrstoff ausgeschieden werden. In diesem Zwecke erhält der § 194 d. N. C. d. V. folgende zeitgemäße Ergänzung:

„Lehrer, die ihre Schüler bei botanischen Ausflügen die Staubfäden und Stempel der gepflückten Blumen zählen lassen, werden mit Gefängnis nicht unter 2 Monaten bestraft.“

Ferner soll der Name „Säugethier“, der, ohne gerade unglücklich zu sein, immerhin geeignet ist, das Schamgefühl der weiblichen Jugend zu verletzen, in allen Schul-Büchern durch einen minder anstößigen Ausdruck ersetzt werden. Endlich sollen die Zeitwörter „zeugen“ und „gebären“ in der Schule niemals in bezug auf Menschen oder Thiere, sondern lediglich in bezug auf todte Dinge, wie Kohlen, Strohblöße, Schwefelsäure, oder in bezug auf Abstrakta, wie Unheil, Verwirrung und Verdummung, angewandt werden.

II. Handel und Wandel. I. Das Festschalten von Samen, wie es in unserem arabischen Staate namentlich von Gärtnern so schonlos betrieben wird, ist durch Reichsgesetz bei Buchhandlung zu verbieten. Dagegen dürfen Wummkartikel, sofern sie nicht näher bezeichnet werden, im Interesse der heimischen Industrie nach wie vor anstandslos vertrieben und öffentlich annoncirt werden.

2. Das Baden in Teer, Kälben, geschlossenen Bädern und Wohnräumen ist nur in besterem Zustande gestattet.

III. Kunst. 1. Die Darstellung des nackten menschlichen Körpers, mit Ausnahme des Gesichts (bis zum Schulteransatz), der Hände (bis fünf Zentimeter oberhalb des Handgelenks) und der Füße (bis fünf Zentimeter oberhalb des Knöchels) ist verboten. Die Statuen in den im Deutschen Reiche befindlichen Museen und Sammlungen, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, sind je nach Befinden einer vom Reichstag zu wählenden Kommission wieder mit bürgerlichen Kleidungsstücken zu versehen oder wenigstens von einem dazu befähigten Bildhauer zu lackiren. Desgleichen sind auf Gemälden, die nackte Menschenleiber darstellen, die anstößigen Stellen mit Wolken oder Kleidungsstücken zu übermalen oder so nachzutuneln, daß jedes Kerngerüst ausgeschlossen ist.

2. In Eingelagerten und Privatgesellschaften ist das Auftreten weiblicher Personen in Trübs & La Parrison verboten. Ausgenommen sind Vorstellungen in Privat-Herrenclubs, Offizierskasinos etc., wenn diese Weiblichkeiten durch Rentnants oder Studenten dargestellt werden.

3. Sogenannte moderne Dichtungen sind zu konfisziren. Dichter, die sich dergleichen zu schulden kommen lassen, werden mit Zuchthaus bestraft oder, wenn mildernde Umstände vorhanden sind, in einer Alexander Heilanstalt untergebracht.

IV. Wissenschaft. Wer im Deutschen Reiche an einer staatlichen Hochschule (Universitäts oder Polytechnikum) als Lehrer der Naturwissenschaften (sei es auch nur als Privatdozent) angestellt werden will, hat der philosophischen Fakultät die schriftliche Erklärung einzulegen, daß er

- 1. an den Stillstand der Sonne zu glauben
2. an den redenden Hiel Wilams
3. an die unbefleckte Empfängniß Maria glaubt.

Wie wir in letzter Stunde erfahren, hat der preussische Kultusminister v. Woske die Zentrumstaktion zu ihren Beschlüssen telegraphisch beglückwünscht.

Zum 15. Juni.

Patriotischer Stoßaufzug von Larub.

Als Miquel jüngst zu Köln am Rhein zu Ehren seinem Herrn und Kaiser Auszug der Rede siehe Narbe, Ist Joseph Lauff, der Bollenerbarde, Besorgt um neue Lorbeerblätter, Ertrankt am schwarzen Gallestein, Und Anaxias kriegte, wie die Blätter Erzählen, von dem Frühlingsoetter Im rechten Arm das Hippokleit. Wer soll nun — ach! — die große Stunde, Die Deutschland gab dem dritten Kaiser, In Lieder und in Bildern feiern? Wird Miquel mit bereitem Munde Den hohen Tag als einzig Weiser Verherrlichen durch neue Steuern? Wie? Oder wird des Volkes Ruffe Am Tage drauf erst, bei der Wahl, Der Freiheit drohend eine Gasse, Anstimmern seinen Beschlorer?

Das Grubenunglück auf Zeche „Bollern“.

Die Gesamtzahl der in Schacht ums Leben gekommenen Arbeiter wird jetzt auf 44 angegeben, die Zahl der Verwunden auf 6.

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt über die Ursache des Brandes:

„Die Zeche „Bollern“ besitzt einen von der Lagedoberfläche bis zur vierten Sohle (331 Meter) gehenden Schacht; 10 Meter neben diesem Schacht befindet sich ein zweiter Schacht, der jedoch nur von der dritten Sohle (274 Meter) bis zur vierten Sohle reicht. In diesem sogenannten blinden Schacht werden die in der vierten Sohle gewonnenen Kohlen mittels eines Dampfspiels zur dritten gehoben. In der Maschinenlammer des 3. Meter über der dritten Sohle stehenden Dampfspiels ist der Brand in der Nacht vom 21. zum 22. d. M. gegen 3 Uhr ausgebrochen, und zwar nach Auslassung des auf dieser Sohle am blinden Schacht beschäftigten Arbeiters dadurch, daß eine offene Lampe, die an einem der Hölzergelecke hing, beim Aufgeben dieses Gefäßes ein von der Maschinenlammer herabhängendes Hanfseil in Brand setzte. Durch das beim Schmierem des Dampfspiels abgetropfte, auf der Schachtjammern vorhandene Schmiermaterial hat das Feuer rasche Verbreitung gefunden. Wie weit sich dieses ausgebreitet hat, ist noch nicht festgestellt.“

Der dritte Jahresbericht des Nürnberger Arbeiter-Sekretariats.

Der Bericht umfasst die Zeit vom 1. November 1896 bis Ende 1897 und giebt ein anschauliches Bild über die Thätigkeit des Sekretariats. Während des genannten Zeitraumes haben 1301 Personen über alle möglichen die Interessen der Arbeiter berührenden Fragen Auskunft gesucht und erhalten.

Der größte Teil aller Anfragen betraf Unfallsachen, und zwar handelte es sich meistens um den Widerstand der Verletzten gegen Rentenleistungen, Ueberweisung an Heilanstalten, Rentenabrechnungen, Nichtanrechnung von Nebenverdienst bei der Rentenabrechnung, veräuferte Anmeldung der Verletzten, Beitragsrückstände. Im allgemeinen ist zu konstatieren — so sagt der Bericht — daß die Regelung der Versicherungsangelegenheiten, die Rechte so schnell wie möglich zu bewerkstelligen, oder zu abgehandelt hat. Nicht selten ist es dem Sekretariat gelungen, Entscheidungen zu gunsten des Verletzten herbeizuführen in solchen Fällen, wo dessen Rechte infolge unzureichender ärztlichen Gutachten zu niedrig bemessen war.

Nicht besonders zahlreich waren die Anfragen, welche auf die Krankenversicherung bezug haben. Es kommt immer noch vor — heißt es im Bericht — daß Arbeiter die vollen Beiträge zur Krankenversicherung in Abzug gebracht werden, oder daß Arbeitgeber erst beim Austritt des Arbeiters dessen Anteil am Beitrag für längere Zeit auf einmal abziehen.

Verhältnismäßig häufig hatte sich das Sekretariat mit Anfragen, welche das Dienstverhältnis betreffen, zu beschäftigen.

Dem Gewerbe-Inspektor wurden 60 Beschwerden wegen Verstoß gegen Arbeitergesetz-Vorschriften übermitteln. Davon sind 39 für begründet, 4 für teilweise begründet, 14 unbegründet und eine zur Zeit nicht begründet befunden. In 2 Fällen erklärte sich der Gewerbe-Inspektor für unzuständig. Verschiedene Anträge, gewisse Betriebe unter die Fabrikgesetze zu stellen, lehnte der Magistrat von Nürnberg ab. Da in den letzten Jahren eine Anzahl schwerer Betriebsunfälle im Vaugewerbe vorgekommen sind, so legten die Bauhandwerker auf Vorschlag des Arbeiter-Sekretariats eine Kommission ein, die an einem bestimmten Tage eine Kontrolle der Bauten hinsichtlich der Ausführung der Schutzbestimmungen vornahm und hierbei manche Verstöße gegen die letzteren entdeckte. Eine auf Grund dieser Ergebnisse an den Magistrat gerichtete Eingabe, betreffend Anstellung von durch die Arbeiter zu wählenden Aufsichtspersonen, wurde natürlich abschlägig beschieden. Die Gefahr der Mißbrandgefahr, der die Arbeiter in Wärsen- und Wärsenfabriken ausgesetzt sind, beschäftigte auch in diesem Jahre das Arbeiter-Sekretariat. Eine gründliche Desinfektion des in diesen Fabriken verarbeiteten Materials würde die Gefahr beseitigen. Das Reichsamt des Innern hat auch, nachdem die Frage seit Jahren öffentlich erörtert worden ist, im November 1897 einen Entwurf von Desinfektionsvorschriften den zuständigen Behörden zur Begutachtung unterbreitet, gegen den aber die Fabrikanten eine entschiedene ablehnende Haltung einnahmen. Die Arbeiter der Wärsen- und Wärsenfabriken haben am 17. Januar d. J. ihre Forderungen hinsichtlich Bekämpfung der Mißbrandgefahr formuliert.

Größere Lohnbewegungen haben im Berichtsjahre nicht stattgefunden. Dagegen ist sowohl das Arbeiter-Sekretariat, sowie andere thätige Gewerkschaftsmitglieder um Vermittlung bei ausbrechenden Differenzen ersucht worden und sind dieselben in vielen Fällen zur Befriedigung beider Theile erledigt worden. So ist es u. a. auch dem Eingreifen des Sekretariats zu danken, daß die Arbeitszeit der Konduktoren und Wagenführer einer Straßenbahnlinie von 16 bis 17 auf durchschnittlich 12 Stunden herabgesetzt und ihnen eine Pausenpause von 50 Minuten gewährt wurde, die sie vordem nicht hatten.

Der Bericht läßt erkennen, daß die Nürnberger Arbeiter in ihrem Sekretariat eine Institution haben, die es sich angelegen sein läßt, die Interessen der Arbeiter in jeder Hinsicht wahrzunehmen und auch in dieser Beziehung anerkannter Erfolge erzielt hat. Es würde — wie es in dem Berichte sehr richtig heißt — noch mehr erreicht werden können, wenn sich die Arbeiter in größerer Zahl, wie bisher, an den Organisationen beteiligten.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Am Sonntag wurde in Kostod die Nr. 61 der „Nürnberger Volkszeitung“ polizeilich beschlagnahmt. Am Montag bestätigte das Gericht diese Maßnahme, die erfolgt ist, weil der Leitartikel der Nummer angeblich eine Majestätsbeleidigung enthält. Worin diese liegen soll, mögen die Götter wissen. Der inkriminierte Artikel hat es mit den reaktionären Bestrebungen der Regierungen und der herrschenden Parteien und Klassen zu thun, eine Beziehung auf Fürsichtigkeiten enthält er weder direkt noch indirekt.

Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“ in Magdeburg, Genossen Müller, schreibt ein Verfahren wegen Verletzung des § 131 des Strafgesetzbuchs, angeblich verübt in einem Vortrage, den er in Ottersleben über den Pösdowsky-Erlass gehalten hat. Ferner soll Müller einen Amts-vorleser beleidigt haben.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter bei der städtischen Kanalisation beschlossen in einer am 22. Mai stattgefundenen Versammlung, ersatzlose Schritte behufs Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unternehmen. Bereits 1891 wurden sie diesbezüglich bei ihrer vorgelegten Behörde vorstellig, jedoch ohne Erfolg. 1893 lehnte man gleichfalls ihre gestellten Forderungen ab. Im vorigen Jahr richteten sie eine Petition an die Deputation der Kanalisationswerke und Mieselfelder, welche denselben Zweck verfolgte. Daraus wurde ihnen von Mitgliedern der genannten Körperschaft, sowie auch von dem kürzlich zurückgetretenen Direktor Goldowsky versprochen, daß ihre Forderungen in dem Etatsjahre 1898/99 berücksichtigt werden sollten. Doch wenige Tage vor seinem Austritt hat der Direktor Goldowsky zu Arbeitern ausdrücklich erklärt, daß sie vom 1. April d. J. ab eine Lohnzulage von 20 Pf. pro Tag erhalten sollen. Mit dem 1. April d. J. begann das Etatsjahr 1898/99; die versprochenen und erhofften Zulagen sind jedoch nicht erfolgt, weshalb die interessierten Arbeiter den oben erwähnten Beschluß fahnen. Eine Kommission soll zunächst beim Magistrat anfragen, aus welchen Gründen die gemachten Versprechungen nicht erfolgt sind, bestimmte Forderungen formulieren und diese, wie die weiter zu unternehmenden Schritte, einer demnächst stattfindenden Versammlung unterbreiten.

Die Maurer und Bauarbeiter des Maurermeisters Reich in Steglitz, die auf dem Bau des Schlossstr. 47 beschäftigt waren, haben sämtlich wegen Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt. Da Herr Reich trotz aller Bemühungen andere Gesellen nicht erhalten hat, fährt er jetzt den Bau mit Lehrlingen, die ihm von den übrigen Innungsmeistern zur Verfügung gestellt worden sind, weiter. Der Zuzug von Maurern und Bauarbeitern nach Steglitz ist streng fern zu halten.

Deutsches Reich.

Die Brauerei-Arbeiter der Reichsbrauerei in Cappel-Altdorf bei Chemnitz befinden sich im Ausstand. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Feilenhauer-Gesellen von Nürnberg und Pärth sind am 10. Mai in den Streik eingetreten. Sie fordern neunstündige Arbeitszeit, für Ueberstunden 25 pCt. Lohnzulage.

Der Rührhauerstreik in München kann als beendet bezeichnet werden. Nur aus einigen kleineren Geschäften steht die Bewilligung noch aus, während in 29 Betrieben mit 60—70 Gesellen zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird.

Ausland.

Die Banarbeiter von Prag sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Werden die Forderungen — Lohnhöhung, Aufhebung der sofortigen Kündigung — bis zum 11. Juni nicht erfüllt, dann soll der allgemeine Ausstand beginnen.

Die Zinsbrücker Banarbeiter, 2000 an der Zahl, haben, wie wir bereits gestern im Depeschenheft mittheilten, infolge der Ablehnung ihrer Forderungen durch die Banunternehmer die Arbeit eingestellt.

Soziales.

Eine Konferenz von Vertretern der Landes-Versicherungsämter und Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten tagte am 20. und 21. Mai im Reichs-Versicherungsamt zu Berlin. Dieselbe erklärte sich im Prinzip für die Versicherungspflicht der Gemeinde-, Kirchen-, Sparassistenten und ähnlicher Angestellter, ferner für die Versicherung der Handarbeitslehrerinnen, Koch-, Lehrerin, Erziehern, Gesellschaftsleiterinnen, Hausdamen, Krankenpflegerinnen (die von Kommunen, Vereinen u. angestellt sind) und anderer weiblicher Personen, die gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt werden, zu welchem Zweck das Gesetz theilweise erweitert werden muß.

Besonderes Interesse wandte sich dem Punkt 5 zu, der verschiedene Fragen des Heilverfahrens gemäß § 12 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes betraf. Zunächst wurde die Frage erörtert, welche Versicherungsanstalt im Zweifel zur Uebernahme des Heilverfahrens zuständig sei. Dabei herrschte darüber Uebereinstimmung, daß die Versicherung jeder Anstalt gesetzlich gegeben sei, für welche überhaupt Marken verwendet worden sind. Eine Ermäßigung der Kosten der Eisenbahnfahrt für Versicherte, welche von einer Versicherungs-Anstalt in Heilbehandlung genommen worden sind, wurde alleseitig für wünschenswert erachtet. Um eine gleichmäßige Statistik der Heilerfolge zu ermöglichen, welche in dem von den Versicherungsanstalten übernommenen Heilverfahren erzielt worden sind, hat das Reichs-Versicherungsamt allgemeine Grundzüge aufgestellt und zur Durchführung derselben der Konferenz den Entwurf eines alljährlich von den Anstalten anzufüllenden Fragebogens vorgelegt. Der dabei in erster Reihe maßgebende Gesichtspunkt war der, daß es für die Riede der Invaliditäts- und Altersversicherung namentlich auf die Feststellung ankomme, ob der Erfolg des Heilverfahrens den nach § 12 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes für seine Uebernahme maßgebenden Voraussetzungen entzogen hat, das heißt, ob ein Heilerfolg in dem Grade erzielt ist, daß bei dem Behandlung zur Zeit seiner Entlassung aus dem Verfahren Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 9 a. a. O. in absehbarer Zeit nicht zu befürchten ist.

Die Vorschläge des Reichsversicherungsamts wurden mit der Maßgabe angenommen, daß es den einzelnen Versicherungsanstalten unbenommen bleibt, je nach ihren Verhältnissen die Statistik umfangreicher und mehr gegliedert zu betreiben.

Die Konferenz erklärte sich im weiteren für die Schaffung einer größeren Einheitslichkeit in den Anstellungsverhältnissen der Anstaltsbeamten, ferner für den Erlass bundesrätlicher Vorschriften über die Vernichtung von Quittungskarten, aus denen Rechte nicht mehr geltend zu machen sind. Die Theilnahme an der Pariser Weltausstellung seitens des Reichs-Versicherungsamts in Verbindung mit den Versicherungsanstalten und Berufsvereinigungen soll möglichst einheitlich erfolgen; mit der Vorbereitung wurde eine Kommission beauftragt, der die Herren Dr. Freund (Berlin), Landesrath Meyer (Versicherungsanstalt Brandenburg), Direktor Gebhard (Hausstatistische Versicherungsanstalt) und Geheimer Regierungsrath Kalina (Versicherungsanstalt Baden) angehören. Aus den übrigen Verhandlungen sei noch erwähnt, daß eine Anfrage, inwiefern die Versicherungsanstalten in der Lage seien, für die Erwerbung von Grundbesitz an Land seitens der Seelente wirksame Maßregeln zu ergreifen, dahin beantwortet wurde, daß solche Anträge eine ebenso wohlwollende Behandlung erfahren möchten, wie sonstige Anträge auf Errichtung von Arbeiterwohnungen.

Die Widerwilligkeit der Arbeiter gegenüber hygienischen Einrichtungen. In der Berliner Konferenz der Zentralkasse für Wohlfahrts-Einrichtungen hat, wie wir mittheilten, der Fabrikbesitzer Lehendeder aus Köln sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Arbeiter den für sie geschaffenen hygienischen Einrichtungen noch vielfach zu wenig Interesse entgegenbrachten und oft erst durch Zwang zum Gebrauch der gesundheitslichen Anstalten zu veranlassen seien. Man schreibt uns hierzu:

Herr Wihl. Lehendeder ist Besitzer einer Meierei-Fabrik in Köln-Ehrenfeld. Wie die von ihm für die Arbeiter geschaffenen hygienischen Einrichtungen sind oder wenigstens seinerzeit beschaffen waren, hat er selbst in einer von ihm 1876 gelegentlich einer Ausstellung herausgegebenen Broschüre „Ueber die nachtheiligen Einwirkungen von Blei auf die Gesundheit der in Bleifabriken beschäftigten Arbeiter und über die wirksamsten Mittel, diesem Uebelstande zu begegnen“, gesagt. Hier heißt es Seite 16: „Unter den für den inneren Gebrauch empfohlenen Mitteln (gegen Bleiandruck) wäre Milch vielleicht vorzuziehen, wenn man dieselbe in hinreichender Quantität, in reiner, guter Qualität und schließlich auch stets zur richtigen Zeit beschaffen könnte.“

Also Milch, meine Herr Lehendeder, wäre wohl das Beste; aber sie kann leider nicht in hinreichender Quantität und Qualität zur richtigen Zeit beschafft werden. Die Kölner Milchproduzenten und Händler schlafen wahrscheinlich zu lange. Seit 17 seiner Abhandlung sagt er: „Als das beste und wirksamste Mittel hat sich bei meinen Arbeitern ein Theeausguss von Sennesblätter mit Glaubersalz bewährt. Schon seit mehreren Jahren wurde in allen Fällen von beginnenden Kolikschmerzen und hartnäckigen Obstipationen dieser Thee von meinen Arbeitern mit Erfolg gebraucht, und ich habe unlängst im Einverständnis mit dem Arzte meiner Arbeiter-Krankenlosche die Einrichtung getroffen, daß wöchentlich jeder Arbeiter vor Empfang seines Wochenlohnes im Weissen des Fabrikmeisters eine große Kaffeetasse dieses Theeausgusses trinken muß. Zu diesem speziellen Zwecke werden auf jeden Arbeiter pro Tasse 3 bis 4 Gramm Sennesblätter und 5 bis 6 Gramm Glaubersalz genommen.“

Wer wird es den Arbeitern verargen, wenn sie sich gegen eine solche hygienische Einrichtung sträuben? Wellensicht bemerkt, ist das Lehendeder'sche Schuttmittel „Sennesblätter mit Glaubersalz“ auch bedeutend billiger als ein halber Liter guter Milch.

Aber noch aus einem anderen Grunde ist das von Herrn Lehendeder getadelte Verhalten der Arbeiter erklärlich. Die Fabrikordnung der Firma Lehendeder u. Co. enthält die Vorschrift, daß vor dem Einnehmen der Nahrung die Arbeiter sich im Wasstraum Gesicht und Hände rein waschen, Nase und Mund ausspülen, das Haar vom Staube reinigen sollen, und daß sie vor dem Eintreten des Speisesaales die Fabrikkleidung abzulegen haben. Diese Vorschrift ist richtig, aber ihre Beachtung wird dadurch beeinträchtigt, daß die Frauen für Frühstück, Mittag und Vesper zu kurz bemessen sind und daß für jeden Fall des früheren Verlassens oder nicht pünktlichen Wiederantritts der Arbeit eine Geldstrafe gezahlt werden muß. Beides führt ganz natürlicherweise zur Vernachlässigung der Reinlichkeitsvorschriften.

Durch Selbstmord haben in Preußen im Jahre 1896 5073 Männer und 1424 Frauen, zusammen 6497 Personen ihr Leben geendet. Auf je 100 000 Lebende berechnet, betrug die Zahl der männlichen Selbstmörder in den Jahren 1893 und 1894 je 34, im Jahre 1895 31 und im Jahre 1896 32, die der weiblichen Selbstmörder in den Jahren 1893—1896 je 8, im Jahre 1896 aber 9. Männer und Frauen zusammen gerechnet, schwankte die jährliche Durchschnittszahl der Selbstmorde in den Jahren von 1893 bis 1896 zwischen 19 und 21. Mehr als der vierte Teil der Selbstmorde im Jahre 1896 soll im Zustande der Geisteskrankheit verübt worden sein, bei dem zweiten Viertel sei die Triebfeder nicht zu ermitteln gewesen.

Arbeiter-Risiko. In der Eisenhütte von E. Seiler in Leipzig bei Leipzig wurde dem Schmelzwerkmeister durch eine zerplatzende Schmelzschleife der Kopf zerhackt.

Kapital zum Bau von Arbeiterwohnungen. Das weimarerische Staatsministerium hat genehmigt, daß die thüringische Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt einen Betrag bis zu einer Million Mark gegen 3 pCt. Verzinsung und 1 pCt. Amortisation zum Bau von Arbeiterwohnungen ausleihen darf.

Beschränkung der Kinderarbeit. Nach einer vom heftigsten Ministerium genehmigten Anordnung des Kreisamts Heppenheim dürfen vom 1. Mai d. J. ab Schulkinder nach Regelausschüssen nur dann verwendet werden, wenn sie schriftliche Erlaubnis ihres Schulvorstandes vorweisen können. Die Verwendung darf nie länger als drei Stunden dauern und nie über 9 Uhr abends sich ausdehnen. Geistige Getränke dürfen den Kindern niemals verabreicht werden, und jede Zuwiderhandlung gegen diese Anordnung ist mit 30 M. Strafe bedroht. Es wird vorausgesetzt, daß die Schulvorstände sittlich obenhin gefährdeten Kindern die Erlaubnisscheine nicht ausstellen und bei solcher Erlaubnis die Schulleistungen und das Betragen der betreffenden Kinder zu grunde legen.

Seiner wäre es, die Beschäftigung der Kinder in den Abendstunden überhaupt zu verbieten.

Gegenseitigen Austausch der Listen über offene Stellen hatten einige württembergische Arbeitsämter von den bayerischen gewünscht. Das bayerische Ministerium des Innern hat nun den beteiligten Stadtmagistraten mitgeteilt, daß gegen diesen Austausch im unmittelbaren Verkehr der beiderseitigen Arbeitsämter innerhalb des sich ergebenden Bedürfnisses und nach der freien Bestimmung der Zentralen keinerlei Bedenken bestehe.

An den staatlichen Reifeprüfungen in Sachsen werden sich, wie der „Post. Ztg.“ mitgeteilt wird, in diesem Jahre zum ersten Male auch weibliche Abiturienten beteiligen. Es sind dies Schülerinnen des von Fräulein Dr. phil. Käthe Wündschel in Leipzig geleiteten Mädchengymnasiums. Das sächsische Kultusministerium hat deren Zulassung beschlossen.

In den Bureau des österreichischen Eisenbahnministeriums und des Handelsministeriums hat, nach einer Verfügung der betreffenden Minister, künftig der Dienst an Sonntagen, sowie am Neujahrs-, Frohnleichnam- und am ersten Weihnachtstages zu ruhen.

lokales.

Wahlkreis Teltow-Weetow-Charlottenburg. Die Vertrauensmänner und Wahlkomitees werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Zahl Flugblätter (auch der politischen Flugblätter), welcher sie bedürfen, bis zum Donnerstag Abend bei Jubel, Lindenstr. 106, ausgeben müssen.

Parteilose Wahlversammlungen. Für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis findet heute im Schützenhaus, Linienstr. 5, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Richard Fischer über das Thema: „Der Volkswille und die nächsten Reichstagswahlen“, sprechen wird. In Charlottenburg werden heute zwei Volksversammlungen abgehalten, und zwar in Bismarckshöhe, Wilmerdorferstr. 30, sowie in der Gambirtus-Brauerei, Wallstraße 94. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Referenten: Kuer und Liebknecht.

Das Parteipersonal der städtischen Jernanstalten hat auch im Jahre 1896/97, wie aus dem jetzt veröffentlichten Verwaltungsbericht der Deputation für die städtische Jernpflege zu ersehen ist, wieder sehr zahlreich und rasch gewechselt. Aus der Döllsdorfer Anstalt schieden 93 Wärter und 63 Wärterinnen (Vorjahr: 76 und 62) aus; davon waren 40 und 16 (Vorjahr 36 und 20) erst in demselben Jahre eingetreten. Die Anstalt Herzberge verließen 121 Wärter und 68 Wärterinnen (Vorjahr: 91 und 49). Aus der Anstalt Wühlgarten, über deren Personalwechsel der Bericht eingehendere Angaben bringt, gingen ab oder wurden entlassen: 61 Wärter und 27 Wärterinnen (Vorjahr: 62 und 32), davon 29 Wärter und 12 Wärterinnen mit Kündigung, 38 und 15 ohne Kündigung, unter letzteren 3 Wärter wegen Trunkenheit, 3 wegen Mißhandlung von Kranken, fünf Wärterinnen wegen Untauglichkeit, die übrigen Wärter und Wärterinnen meist wegen Urlaubs-Überschreitung, unerlaubter Entfernung aus der Anstalt, sonstiger Dienstwidrigkeiten u. s. w. Von den Abgehenden oder Entlassenen waren beschäftigt: weniger als 1 Monat 5 Wärter und 3 Wärterinnen, 1—2 Monate 12 bezw. 3, 2—3 Monate 6 bezw. 2, 3—4 Monate 7 bezw. 3, also bis 4 Monate zusammen 30 bezw. 11, d. h. 50 pCt. bezw. 40 pCt. aller Abgeschiedenen, ferner 4—8 Monate 11 Wärter und 4 Wärterinnen, 8—12 Monate 8 bezw. 5, über 12 Monate 11 bezw. 7. Die Ursachen dieses raschen Wechsels haben wir seit mehreren Jahren wiederholt hervorgehoben: es sind in erster Linie die ungünstigen Arbeits- und Lohnverhältnisse des Parteipersonals der städtischen Jernanstalten. Die Verhältnisse immer über Antauglichkeit; aber es ist klar, daß die im Vergleich zu der Schwere des Dienstes viel zu niedrigen Löhne nicht viel brauchbare Personen anlocken oder lange an die Anstalt fesseln können. In Döllsdorf und Herzberge war der Wechsel 1896/97, wie oben ersichtlich ist, noch umfangreicher als im Vorjahre. Im Bericht pro 1896/97 wird zu Döllsdorf bemerkt, der besonders starke Wechsel gerade dieses Jahres erkläre sich „außer durch die bekannten ständigen Verhältnisse wohl auch durch größere Arbeitslosigkeit in gewerblicher Beziehung“, er habe deshalb auch in stärkerer Maße bei dem männlichen Personal stattgefunden, das zum Theil ohne weiteres weggeblieben sei, wenn sich eine andere Stelle bot. In Herzberge wird darauf hingewiesen, daß die Gewerbe-Ausstellung 1896 „lohnendere Arbeitsgelegenheit“ brachte, die wohl nicht ohne Einfluß geblieben sei. Diese Annahme wird zutreffen. Inzwischen hat man — nach mancherlei vergeblichen Versuchen, dem Uebelstande des raschen Personalwechsels abzuhelfen — endlich zu demjenigen Mittel gegriffen, das wir seit Jahren gefordert haben, nämlich zu einer Lohnhöhung. Der Bericht pro 1896/97 giebt jetzt zu, daß das Parteipersonal „noch nicht so gestellt ist, wie dies bei den ihm obliegenden sehr mühsamen, anstrengenden und entsagungsvollen, oft genug auch gefährlichen Pflichten der Fall sein müßte“. Es hat lange gedauert, bis man sich zu diesem Eingeständnis bequeme! Die für 1897/98 bewilligte Lohnhöhung ist freilich von der Art, daß man vielleicht auch jetzt noch keine wesentliche Besserung davon erwarten darf. Sie wird nur denen zu theil, die bereits 3 Jahre in ihrer Stelle ausgehalten haben. Der Bericht sagt, es sei zu hoffen, daß diese Maßregel wenigstens einigermaßen eine gewisse Stetigkeit des Personals bewirke. Ob und wie weit das bereits 1897/98 eingetreten ist, wird erst bei Erscheinen des betreffenden Berichtes zu übersehen sein.

Die „seige Brutalität der Genossen“ spielte gestern in staatsbehaltenden Blättern vom Schläge der „Deutschen Tageszeitung“ eine hervorragende Rolle. Es sollte nämlich ein Mustermensch im Sinne des Ausdenterthums das Wahrer gehabt haben, daß er von „Streikterroristen“, d. h. anständigen Arbeitern, ganz fürchterlich verprügelt worden war. Der erwähnten gestern der Sache mit wenigen Worten. Ein Fabrikarbeiter Heinrich Lau aus dem Siegenhof Nr. 7 war nämlich, wie von bürgerlichen Blättern berichtet worden, erst kürzlich mit seinem Vater recta von Ostod nach Berlin gekommen. Die beiden hatten hier das geradezu unheimliche Glück gehabt, daß der Vater im Hause der Bleichendallagen-Fabrik von Koppe, Reichsbergerstraße 47, sofort Hörtner wurde, während der Sohn gleichfalls auf der Stelle Gelegenheits fand, „sich als fleißiger und geschickter Arbeiter die volle Zufriedenheit seines Meisters zu erwerben“. Was das bedeutet, weiß man. Nun jubilierte die Verächtlicher-Phantasie in neuen Schichten. Der junge Lau mußte die Schändlichkeit erleben, daß die älteren, schon in Berlin verstorbenen Arbeiter sich gegen das vornehmste Gebot des Gottes Kapital vergingen und strelten. Aber nicht allein das. Der brave Lau wurde den kapitalistischen Blättern zufolge sogar terrorisiert, als er sich entrüstet

von solchem Beginnen abwandte, und die „heige Brutalität der Ge-
noßen“ brachte ihm vier Messerstiche in den Rücken bei.

Zu dieser Schreckensnar schreiben uns die Arbeiter der
Gedrücker Kuppe:

„Was die Mitteilung über die Körperverletzung betrifft, die
der Fabrikarbeiter Heinrich Lau wegen Nichtbeachtung an einem
Streik erlitten haben soll, so ist zu bemerken, daß wir Arbeiter
der Gedrücker Kuppe mit dem Vorfalle garnichts
zu thun haben. Von einem Streik in unserer Fabrik
wissen wir nicht das geringste und die Ver-
letzung ist dem Lau nicht von uns, sondern von ganz
anderen Personen beigebracht worden. Wenn, nebenher
bemerkt, noch geschrieben wird, daß Heinrich Lau zur Zufriedenheit
des Meisters gearbeitet und einen guten Verdienst gehabt hätte,
so ist das aus dem Umstande erklärlich, daß dieser brave Arbeiter
immer den Mittag über durchgearbeitet und gleichfalls Tag für
Tag zwei bis drei Ueberstunden gemacht hat.“

Wir fondolirten den kapitalistischen Wältern zu dem fatalen
Reinfall. Vielleicht gelingt es ihnen aber doch, auch aus der neuesten
Eigenmar den Beweis herauszufischen, daß dem Arbeiter das letzte
bisherige Koalitionsrecht wegedlamottet werden muß. Wenn nicht je-
so doch noch den Wählern.

Wanz. Im „Lokal-Anzeiger“ ist zu lesen: „Die A. G. i. a. m.
Leit des Kaisers auf seine Umgebung bei seinen Ausfahrten
wird durch folgenden Vorfalle trefflich illustriert: Am Sonntag
früh machte der Kaiser persönlich einen Charlottenburger Schutzmann
in der Nähe der Augsburgerstraße die Mitteilung, daß eine Mad-
faherin von einem Pferdeabwärtiger überfahren worden sei. Der
Kaiser hatte gegen 10 Uhr zu Wagen, von Berlin kommend, die
Verliner-, Hardenberg- und Anesederstraße passiert und fuhr über
den Ausfahrtsdamm nach Berlin zurück.“ Folgt eine genaue Be-
schreibung des Unglücksfalles und die Mitteilung, daß das Malheur
zufällig vor den Augen des Kaisers passirt ist.

Das Geheimnis, warum dieser Vorfall geeignet ist, die Acht-
samkeit des Kaisers auf seine Umgebung trefflich zu illustriren, wird
vom „Lokal-Anzeiger“ leider nicht verrathen. Wir denken, daß
jeder Mensch es als Pflicht und Schuldigkeit betrachtet, für Hilfe zu
sorgen, wenn sich in seiner Nähe ein Unglücksfall ereignet.

Pfingstverkehr. Von der Eisenbahndirektion Berlin ist für
Sonntag, den 29. und Montag, den 30. d. M. ein Extrafahrplan
ausgearbeitet worden, in welchem dem zu erwartenden Pfingstverkehr
besonders Rechnung getragen wird. Auf der Stadtbahn tritt an
beiden Feiertagen vor 10 Uhr vormittags an 3 Minuten-Verkehr
ein. Der Verkehr von der Stadt zum Grunewald wird mit 3, 4 und
6 Zügen pro Stunde aufrecht erhalten. Bei dem 10 Minuten-
Verkehr werden zwei Züge nur zwischen Grunewald und Charlottenburg
kurieren. Zwischen Grunewald-Potsdamer Bahnhof via Halensee
wird ein 15-30 Minuten-Verkehr, zwischen Grunewald-Schlesischer
Bahnhof via Weichsel-Gesundbrunnen (Kordring) ein 15 Minuten-
bis 1 Stunden-Verkehr eintraten. Auf dem Nordring werden die Züge
in Abständen von 1/2 Stunde vormittags, von 15 und 10 Minuten
nachmittags, auf dem Südring zwischen Wilmersdorf und Stadt
in Abständen von 15 Minuten, zwischen Halensee und Stadt von
10 Minuten, zwischen Kisdorf und Stadt von 15 Minuten folgen.
Für den Gesamtverkehr werden Züge nach Bedarf eingesetzt.

Ebenso sind für den Vorortverkehr umfassende Maßnahmen ge-
troffen. Nach Friedrichshagen werden am Sonntag 15, am Montag
20 fahrplannmäßige Extrazüge verkehren, nach Bedarf werden weitere
Extrazüge eingesetzt. Neben dem üblichen Tagesbetriebe werden auf
der Nordbahn 12 Extrazüge zwischen Vierzehnbrunnen-Berlin, 16 Extra-
züge zwischen Hermsdorf-Berlin kurieren. Nach Spandau werden
Züge nach Bedarf eingesetzt; dieselben verkehren jedoch nur zwischen
Spandau und Charlottenburg. Auf der Wannsee-Bahn ist für beide
Tage ein 10 Minuten-Betrieb bis Jochenberg, ein 30 Minuten-Betrieb
bis Potsdam vorgesehen. Ebenso werden auf der Potsdamer Stamm-
bahn nach Bedürfnis bis Werder verkehrende Züge eingesetzt. Für die
Anhalter Bahn ist ein Extrafahrplan zwar nicht vorgesehen, doch werden
auch hier nach dem Ermessen der Stationsvorstände und soweit es
der Betrieb erlaubt, Sonderzüge verkehren. Zwischen Johannisthal
und Berlin — Berlin-Schlesischer Bahnhof bzw. Görlitzer Bahnhof —
folgen sich die Züge alle 10, zwischen Grünau und Berlin alle 15-30
Minuten. Bei ungünstiger Witterung werden aus dem erwähnten
Fahrplan nach Bedarf Züge herausgezogen.

Am dritten Feiertage wird auf der Stadtbahn ein 3-5 Minuten-
Verkehr, zwischen Grunewald-Johannisthal ein 15-30 Minuten-
Verkehr aufrecht erhalten werden. Nach den übrigen Vororten dürfte
eine Verlängerung der fahrplannmäßigen Züge genügen.

Der Verein Berliner Armenärzte wird beim Magistrat um
eine Erhöhung des Gehaltes einkommen. Die eine Hälfte der
Armenärzte erhält 1200, die andere 1500 M. fürs Jahr. Wie die
„Red. Reform“ hört, wären die Ansichten der Petition günstige.
Grundsätzlich wäre aber zu verlangen, daß die Armenärztee bezüge
besonders verkleinert, die Aufwendungen für ärztliche Leistungen erheb-
lich verbessert und in Verhältnis zu der wirklichen Arbeit gesetzt
werden. Eine Stadt wie Berlin sollte den Ärzten kein geringeres
Donorar zahlen wie viele Armentosionen.

Die neue Polizeiverordnung über den Verkehr mit Kutschmännern
wird, entgegen dem Wunsche des Polizeipräsidiums, am 1. Juni d. J.
noch nicht in Kraft treten. Zunächst wird die zur Vorbereitung des
Entwurfs eingesetzte Magistratskommission am nächsten Donnerstag
die Einzelbestimmungen mit den hinzugezogenen Sachverständigen
nochmals durchberathen und dann erst wird der neue Entwurf das
Plenum des Magistrats und schließlich die Stadtverordneten-Ver-
sammlung beschäftigen. Darüber wird noch reichlich ein Monat ver-
streichen.

Ihre merkwürdige Aversion gegen die Abkommen verländel
die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft auf der Strecke Char-
lottenstraße-Regel in folgender Weise. Der Fahrpreis für diese
ganze Strecke betrug bis zum 21. d. M. 30 Pf., dann wurde er auf
25 Pf. ermäßigt und die Tarifbestimmungen entsprechend verlängert. Die
Monatskarten für die 25 Pfennigstrecke löst die bisher Charlotten-
straße-Schwarze Brücke, oder Juchelstraße-Regel zc. Ihre In-
haber glauben nun, daß nach der Ermäßigung des Fahrpreises auch
die Monatskarten für die ganze Strecke gelten würden. Daran denkt
aber die Gesellschaft nicht. Ihre besten Kunden kommen vorläufig
noch nicht in den Genuß der Preisermäßigung, vielmehr im nächsten
Monat, einweisen müssen sie für den Rest der Strecke noch 10 Pf.
zuzahlen.

Kanzverlängerung „Stille Posten“. Ein Leser unseres Blattes
schreibt uns: „So erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken,
daß die „Stille Posten“ in den Hausfluren nicht immer die
richtige Nummer des Stadtbezirks tragen. Wir, und wie ich höre,
manchen anderen, die im Südwesten der Stadt wohnen, ist es
passirt, daß sie beim Nachsehen der Wählerlisten auf die irrtümliche
Angabe aufmerksam wurden und sich in ein anderes städtisches
Vokal bemühen mußten. Jeder Wähler, der sich unnütze Mühe er-
sparen will, thut daher gut, vor der Prüfung der Wählerlisten seinen
Stenerzettel und nicht den „Stille Posten“ zu Rathe zu ziehen.“

Im Zeichen des Verkehrs. Der Polizeipräsident erläßt
folgende Bekanntmachung: „Aus Anlaß der am 26. Mai d. J. vor-
mittags 9 Uhr auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade
wird die Tempelhofer Chaussee von 8 Uhr an bis zur Beendigung
der Parade für jeden Verkehr gesperrt. Die Velle-
Wannestraße und die Visterfeldstraße dürfen von Lastwagen
während der Zeit vom Ausrücken der Truppen bis nach dem Einmarsch
derselben in die Stadt nicht befahren werden. Der Betrieb der Pferde-
bahn- und Omnibuslinien wird auf der Tempelhofer Chaussee und den
aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen, insbesondere
auch in der Friedrichstraße, mit dem Beginne des Ausmarsches der
Truppen, etwa von 7 Uhr ab, bis zur Aufhebung der Absperrung
eingestellt, bezw. eingeschränkt oder abgelehnt. Auf das Paradefeld
soll in der Tempelhofer Chaussee werden nur solche Equipagen,
nicht Droshken und ähnliche öffentliches Personentransport, zugelassen,
deren Inhaber mit polizeilichen Passirscheinen versehen sind. Alle
anderen Gefährte, sowie die zu Fuß befindlichen Zuschauer können
sich w e s t l i c h der Tempelhofer Chaussee aufstellen. Den Anordnungen

der Schutzmannschaft über Anfaht und Abfaht aller Wagen, sowie
über das Verhalten auf dem Tempelhofer Felde, muß im Interesse der
Aufrechterhaltung der Ordnung unweigerlich Folge geleistet werden.
Wartende und Restaurationsbetrieb wird auf dem Tempel-
hofer Felde nicht gebuldet, desgleichen ist das Aufstellen von
Stühlen, Tribünen, Handwagen zc. auf dem Tempelhofer Felde
nicht gestattet.“

Hoffentlich machen von der Erlaubnis, sich westlich vom Tempel-
hofer Felde aufstellen zu dürfen, außer den Ballomühen nur wenige
Menschen Gebrauch.

Im Interesse der Betriebssicherheit ist für den Betrieb der
Straßenbahn der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft im
Einverständnis mit dem Polizei-Präsidium eine besondere Ver-
ordnung erlassen worden. Bei gleichzeitigem Eintreffen von
elektrischen Straßenbahnwagen und Pferdebahnen von verschiedenen
Richtungen bei gemeinschaftlichem Stammgleise ist den Waggons
der elektrischen Bahn die Vorfahrt zu lassen. In Kreuzungsstellen
müssen die Pferdebahnwagen so lange halten, bis die Akkumulato-
wagen die Kreuzung passiert haben. Ebenso sind besondere Ver-
sicherungen darüber erlassen, nach welcher Priorität an Kreuzungs-
stellen resp. an Weichen bei gleichzeitigem Eintreffen mehrerer
Pferdebahn-Waggons oder verschiedener elektrischer Straßenbahnzüge
unter allen Umständen die Vorfahrt zu erfolgen hat.

In einer größeren Betriebsführung kam es Dienstag Mittag
auf der Stadtbahn zwischen Bahnhof Bellevue und Tiergarten war
die Maschine eines Nordringzuges defekt geworden. Der Zug blieb
infolge dessen auf der Strecke liegen. Hierdurch wurde der gesamte
Stadtbahnverkehr in der Richtung Schlesischer Bahnhof-Charlotten-
burg, bis die am Leichter Bahnhof stationierte Reiseremise zum
Stelle kam und den verunglückten Zug nach Westend hinaufbeförderte.
Die Störung dauerte 20 Minuten.

Der unter dem Verdacht einer Vorkrankung sifferte
Togoneger aus dem Passage-Panoptikum wurde gestern Mittag
von Geheimrath Professor Senator seinen Zuhörern vorgeleitet. Es
handelt sich hauptsächlich um echte Pocken. Der Minister hatte bereits
in der gestrigen Vorlesung darauf hingewiesen, daß mehrere in der
Stadt beobachtete Fälle von Windpocken möglicherweise auf echte
Pocken als ihren Ausgangspunkt zurückzuführen seien. Der er-
krankte Neger ist selbstverständlich streng isolirt worden,
so daß eine Weiterverbreitung der Krankheit ausgeschlossen
erscheint. Zur Sicherheit wird man die übrigen Mitglieder der
Truppe so lange von jedem Verkehr mit der Außenwelt abschließen,
bis die Möglichkeit einer weiteren Erkrankung endgültig beseitigt ist.
Es sei bei dieser Gelegenheit zur Verhütung des Publikums darauf
hingewiesen, daß im Verlauf der letzten Jahre bisweilen solche ver-
einzelte Fälle von Vorkrankung in unserer Stadt beobachtet
worden sind, ohne daß man von einer weiteren Ausdehnung der
Seuche gehört hätte.

Mit Blausäure vergiftete sich gestern Abend der 42 Jahre
alte Tischler Konrad Löhner, Heinersdorfer Weg 33b in Neu-
Weichen. Der Mann war schon lange Zeit stark nervenleidend.
Um seinen Quaken ein Ende zu machen, trank er gestern in Ab-
wesenheit seiner Frau eine Blausäurelösung. Als die Frau zurück-
kehrte, schleppte er sich noch an die Thür, um sie zu öffnen, dann
aber brach er beunruhigtlos zusammen und wurde in hoffnungs-
losem Zustande mit einem künstlichen Bogen in das Krankenhaus am
Friedrichshagen gebracht.

Beim Fensterputzen tödlich verunglückt ist am Dienstag,
mittags gegen 12 Uhr die etwa 40 Jahre alte Arbeiterfrau Anna
Brenn aus der Chorinstraße 22. Die Frau stürzte, wahrscheinlich
infolge eines Fehltrittes oder Ausgleitens auf dem Fensterbrett, aus
dem vierten Stock auf das Straßenpflaster herab und blieb bewußtlos,
aus Mund, Nase und Ohren blutend, liegen. Ein Arzt der Rettungs-
gesellschaft wusch die Verwundungen mit einem kalten Kranken-
wagen in das Krankenhaus am Friedrichshagen bringen lassen; aber
schon auf dem Wege dorthin erlag sie den schweren inneren und
äußeren Verletzungen.

Ein auf dem Patrouillegange befindlicher Schutzmann be-
merkte vorgestern früh um 4 Uhr in der Malplaquetstraße zwei Männer,
die mit einem Saft voll gestohlenen Hühner, von dem Garnison-
stichhof in der Müllerstraße kommend, den Grenzraum nach der
Malplaquetstraße überstiegen. Als der Beamte auf sie zuweilte,
erhielt er von dem einen Manne, der später als der 32 Jahre alte
Arbeiter Karl Roshammer aus der Schulstraße festgestellt wurde,
zwei Faustschläge ins Gesicht, während der zweite entflo. Auch
Roshammer wandte sich nun zur Flucht, wurde jedoch bald ein-
geholt. Als er den Beamten nun wiederum bedrohte, verfehle
ihm dieser zwei Siege mit dem Seitengewehr, die ihn am Kopf
und am rechten Arm verletzten. Der Arbeiter erliefte nun den
Schutzmann und riß ihn mit sich zu Boden, hoch bekam der Schutz-
mann bei dem Würgen bald die Oberhand und brachte Ros-
hammer zunächst auf die Inhaftation VI. Sein Befährte ist noch
nicht ermittelt.

Feuerbericht. Montag Abend 9 Uhr ging Reiniden-
dorferstraße 7 der Inhalt eines Schaufensers in Flammen
auf, wobei auch das Haus beträchtlichen Schaden erlitt. Dienstag
Mittag 1 1/2 Uhr war Wallner-Theaterstraße 13 ein kleiner
Brand zu berichten, bei dem vorwiegend Kleidungsstücke
zerstört wurden. Zur selben Zeit wurde die Wehr nach
Wolgasterstraße 8 gerufen, wo eine Frau sich durch
Kohlenoxydgas zu vergiften suchte. Die vorgenommenen Wieder-
belebungsversuche hatten Erfolg. Eine Stunde später brannte
Oranienstraße 150 die Holzstapelung um den Schornstein-
Kanz nach 3 Uhr erfolgte Alarm nach Elisabeth-Ufer 11, wo
ein großer Zimmerbrand abzulösen war. Gardinen, Möbel
und der Fußboden wurden zerstört, auch wurde das Haus be-
trächtlich beschädigt.

Aus den Nachbarorten.

An die Vertrauensmänner und Mitglieder der Wahlkomitees
des Kreises Zeltow-Deesow-Storkow-Charlotten-
burg. Am Sonntag, den 29. Mai (1. Feiertag), findet für den ge-
sammten Kreis die Vertheilung eines Wahlschlüssels statt; dasselbe ist
am Freitag, den 27. d., von Gärde, Charlottenburg, Wallstr. 68, abzuholen.
Das Zentral-Wahlbureau befindet sich bis zur Beendigung der Wahl
bei Rubel, Lindenstr. 100. Alle auf die Wahl bezüglichen Anfragen
sind dorthin zu richten. Alle Gelder für Wahlzwecke sind entweder
an Ebergard, Brig. Bürgerstr. 67, oder an Fritz Jubel, Linden-
straße 100, zu senden. Wir bitten, fleißig zu sammeln, da wir im
Kreise auf unsere eigene Kraft angewiesen sind. Am Donnerstag,
den 26. Mai, abends 7 Uhr, findet eine gemeinschaftliche Sitzung
sämtlicher Vorposten der örtlichen Wahlkomitees Lindenstr. 100
statt, wozu hiermit eingeladen wird; ein jeder muß erscheinen. Das
Zentral-Wahlbureau. J. A.: Fr. Jubel, Lindenstr. 100.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden darauf auf-
merksam gemacht, daß am Sonntag, den 29. Mai, eine Flugblatt-
verbreitung stattfindet. Die Flugblätter werden am Sonntag früh
7 1/2 Uhr an folgenden Stellen ausgegeben: Vredlow, Augsburger-
straße 78; Röhr, Goethestr. 67a; Dörre, Krummele 19;
Kant, Pestalozzistr. 65; Leder, Wisnardsstr. 74; Paasche,
Potsdamerstr. 44; Gimpel, Donabruederstr. 28; Weyer, Wall-
straße 96. Jede Vertheilung ist unbedingt nötig.

An die Parteigenossen von Groß Lichterfelde. Morgen,
Donnerstag, findet bei Henny eine Versammlung statt, in welcher
der Kandidat und Deputirter der Freisinnigen, Dr. Bernstein,
seinen Spech hält. Nach dem mit dem genannten Herrn in Jochen-
berg und anderwärts gemachten Erfahrungen halten wir es für an-
gezeigt, daß die Genossen jener Versammlung fernbleiben.
Auch wenn Herr Henny seinen Saal zu allen Versammlungen
her, nur nicht zu sozialdemokratischen. Die Arbeiter
werden nicht ermangeln, dem Herrn das nöthige Verständnis ent-
gegenzubringen.

Die Parteigenossen von Köpenick werden darauf hingewiesen,
daß die Wählerlisten heute zuletzt ausliegen. Die Mittheilung,

wonach die Listen bis zum Freitag einzusehen sind, war eine
irrtümliche.

Der große Illuminationsprozeß, der auf jeden Fall für uns
ein hervorragendes agitorische Bedeutung erlangen wird,
findet bekanntlich am 27. Mai vor dem Schöffengericht zu Köpenick
statt. Die Parteigenossen von Adlershof, welche des
18. März 1897 zur Freude des überwiegenden Theiles der Bevölkerung
in der schönen, erhebenden Weise gedacht haben und dafür nur
eine der üblichen großen Unzufuganlagen über sich ergehen lassen
mussten, werden darauf hingewiesen, daß für sie ein eigentlicher
Zwang, vor Gericht zu erscheinen, nicht vorliegt. Wer aber Zeit und
Luft hat, zum Gericht zu gehen, wird freundlich eingeladen, vor
Beginn der Verhandlung, morgens 8 Uhr, in dem Restaurant „Zum
schönen Grund“ zu erscheinen. Mit sozialdemokratischem Gruß!
Der Vertrauensmann.

Auf der Stelle bestraft wurden gestern früh in Charlottenburg
einige Studenten für einen nicht besonders geschmackvollen „Miß-
Die jungen Mangel nahmen einigen Widerlehrlingen die Körbe weg
und vergnügten sich damit, die Lehrlinge selbst mit Stögen zu be-
gehen. Einige Fabrikarbeiter, die sie ebenso traktiren wollten, hatten
für einen solchen Spaß ebenso wenig Verständnis, wie zwei Vier-
fahrer. In Gemeinschaft mit diesen nahmen sie die bunten
Jungen am Kragen und verabreichten ihnen eine Tracht Prügel.

Die Bevölkerung der Vororte des Kreises Niederbarnim
hat im Jahre 1897, wie der Bericht des Kreis-Ausschusses mittheilt,
wieder im allgemeinen zugenommen. So stieg die Einwohnerzahl
von Panlow von 19 485 auf 15 570, von Zegel von 2065 auf 3387,
von Lichtenberg von 32 802 auf 35 019, von Friedrichsfelde von
7038 auf 7558, von Reinickendorf von 11 275 auf 11 941, von Neu-
Weichen von 26 284 auf 27 656, von Weichensee von 1851 auf 1914.
In dauerndem Rückgange befindet sich die Bevölkerungsziffer von
Krummeleburg-Vorhagen. Sie ging zurück im Jahre 1896 um 854,
im Jahre 1897 um 63 Einwohner. Straßburg verlor im Jahre 1896:
79, im Jahre 1897: 11 Einwohner, und Ploegensee im Jahre 1896:
135, im Jahre 1897: 150 Einwohner.

Zwei Einbruchdiebstähle bei Gastwirthen sind auch in der
vergangenen Nacht wieder in Charlottenburg verübt worden, ganz
nach dem Muster der neun, von denen schon die Rede war. Die
Diebe drangen wieder vom Garten aus ein, indem sie eine Scheibe
anbohrten und sprengten. In dem Restaurant „Union“ in der
Verlinerstraße öffneten sie mit einem Stemmeisen mehrere Kisten
und das Weinbündel. Statt des Geldes fanden sie nur Werthmarken,
die sie jedoch nicht verwenden können und daher liegen ließen. Sie
begnügten sich mit einer Flasche Serrh. Im Westend-Hof am
Spanbauer Berg dagegen erbeuteten sie 50 M. Sie hätten wohl
noch mehr genommen, wenn nicht die durch Hundgebell in der
Nachbarwohnung aufgeweckte Geschäftsinhaberin sie durch Hilfe-
suche verfehrt hätte.

Gehört Potsdam zu den „Vororten“ Berlins? Zu dieser
interessanten Frage soll der Berliner Magistrat ein Gutachten er-
statten. Es handelt sich darum, ob die Etablierung eines Konkurrenz-
geschäftes in Potsdam erlaubt ist, wenn ein solches vertraglich für
„Berlin und Vororte“ ausgeschrieben worden ist. Die Gelehrten des
Rechten Hauses haben diese Doktorfrage dahin entschieden, daß
Potsdam kein „Vorort“ Berlins ist.

Gerihts-Beitung.

Am Kautionschwindelen handelte es sich wiederum in
einem umfangreichen Vertragsprozeß, welcher gestern die ganze Sitzung
der 9. Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Land-
gerichtsdirektors Hoppe ausfüllte. Auf der Anklagebank befanden sich
die Stellenermittler August Sules und Richard Will, die
Kaufleute Emil Moser und Adolph Daumer und der Sohn
des Verletzten, der Buchhalter Heinrich Moser. Die Anklage
entwirft von dem Treiben der Angestellten folgendes Bild: Sules
eröffnete unter der Firma „Americana-Europäische Express-Office“
im vorigen Jahre ein Stellenermittlungs-Bureau in der Hof-
straße. Fast zu gleicher Zeit eröffnete Will in einem anderen Stadt-
theile ein ähnliches Bureau unter der Firma Will u. Köhler. Er
war aber der einzige Inhaber des Bureaus, dessen Inventar aus
einem nackten Tisch und vier Stühlen bestand. Nun suchte Will in der
üblichen Weise Komptordienere mit station und bezugte seinen
Freund Sules als Vermittler, der ihm solche bedauerwerthe Opfer
zuführen. Drei Personen kamen durch Will um ihre Ersparnisse,
dann wurde er durch seine Verhaftung daran verhindert, noch mehr
Leute ins Unglück zu stürzen. Er war im Termin geständig
und behauptete, daß Sules, der für die Ueberweisung
kautionsfähiger Leute von ihm hohe Provision erhalten
habe, seine Verhältnisse genau kannte, eine Bewauptung, welche
von Sules bestritten wurde. Die interessanteste Persönlichkeit ist der
Angeschuldete Moser sen.: Er ist früher Postsekretär gewesen und hat
dann eine Lehraufstellung für Einrichtungs-Freiwilrige in Köln a. Rh. ge-
habt. Dorn verzog er nach Berlin und nun stürzte er sich
einem Untermehmen in das andere. Für einen billigen Preis hatte
er ein Rittergut bei Oberhof in Thüringen gegen Ueber-
nahme der Hypotheken erworben. Das Gut hatte nur ein Areal von
acht Morgen Land, Moser hatte aber noch eine Jagd von 4000
Morgen dazu gepachtet und diesen Umstand soll er dazu benützt
haben, stets von seinem 4000 Morgen großen Rittergut zu sprechen.
Moser ging bald daran, eine große Kammermusik vorzubereiten,
gab dies aber wieder auf und machte mehrere Keller, um darin die
Championnate im großen zu betreiben. Sodann kaufte Moser von
der Firma Altmann eine Säubermaschine für 22 000 M. Er
gab für den Betrag aber nur Wechsel und da er nicht im Stande war,
einen derselben einzulösen, so wurde ihm die Maschine gar nicht
ausgeliefert. Da der Angeschuldete keine Mittel hatte, so suchte auch
er sich solche zu verschaffen, indem er Leute anstellte, welche eine Ge-
schäftsreise machen mußten. Hierzu war ihm Sules beistehend.
Wenn sich bei ihm stelkenwühlende Leute meldeten, so wies er sie
an Moser. Sules erzählte den Beisitzern, daß Moser pen-
sionirter General und Ritter hoher Orden sei. Er sei außerdem
Kommerzienrath, Fabrikbesitzer und Rittergutsbesitzer und mache
nebenbei Geldgeschäfte mit Fürsten und Prinzen. Seinen Angestell-
tingen große Summen, bis zu einer halben Million durch die Finger
und deshalb sei es erklärlich, daß Kautionsforderung würde.
Das einzig Wahre an allen diesen Mittheilungen war, daß der
Angeklagte hauptsächlich Inhaber des spanischen Johanniter-
Ordens und des italienischen Dantes-Ordens war, Aus-
zeichnungen, welche der Angeschuldete sich verschafft hatte, als er
noch Inhaber der Lehraufstellung war. Die Orden lagen stets in einem
offenen Etui im Zimmer des Kommerzienraths und die Diplome
gingen eingekantet an den Wänden. Wenn Sules ein neues Opfer
dem Angeschuldeten Moser zuführte, so ließ er es an der Titulatur
„Herr Rath“ nicht fehlen. In der Regel mußte der Herr Rath das
Zimmer auf einige Minuten verlassen und dann verließ Sules nie,
den Bewerber auf die „hohen Orden“ und die Diplome aufmerksam
zu machen. Moser erklärte den Stellensuchenden, daß ihre Einlage
auf sein Rittergut Oberhof eingetragene würde. Dies ist allerdings
geschehen, aber als das Rittergut nach einigen Monaten unter dem Hammer
fiel, fielen alle diese Hypotheken aus. Der Angeschuldete hat einen der
Beisitzer um 3000, einen anderen um 3000 M. geschädigt, die übrigen
haben Verluste von 300 bis 1000 M. zu beklagen. Als die Zeitungen im
Januar d. J. die Verhaftung Mosers meldeten, brachte die
„Germania“ eine interessante Enthüllung über ein anderes Unter-
nehmen, welches ebenfalls als Schwindel bezeichnet wurde. Im
September 1896 habe Moser die katholischen Gemeinden Deutsch-
lands mit Flugblättern überhäuflet, worin er gewichtige
Rosentänze, die auf dem heiligen Grabe gelegen haben
sollten, für drei Mark pro Stück empfahl. Der Hebräer sollte
zur Gründung eines neuen katholischen Blattes „Der Wäher zum
heiligen Grabe“ Verwendung finden. Die „Germania“ wies dar-
auf hin, daß ein Gegenstand, der gegen Geld veräußert werde, schon
dadurch jeder Weihe beraubt werde. Der Angeschuldete Moser erklärte
zu diesem Falle, der nicht zur Anklage stand, sondern nur zur Reim-

Rechnung seiner Persönlichkeit dient, daß die „Germania“ ihm dies Unternehmen, welches ihm eine sichere Existenz geboten haben würde, nur deshalb verfallen habe, weil sie ihn in Aussicht stehende Konkurrenz gefährdet habe. Er legte dem Gerichtshofe ein Schriftstück des Guardians vom heiligen Grabe vor, worin bescheinigt wurde, daß die Rosenkränze durch Siegen auf dem heiligen Grabe geweiht seien. Das Flugblatt sei nicht von ihm, sondern vom Professor Uberti verfaßt. — Der Angeklagte Moser scheint wenigstens ein Phantast und Optimist zu sein. Er behauptete, daß alle seine Unternehmungen einen gesunden Boden hätten, er würde eine Unsumme Geldes verdienen haben, wenn man ihn nicht verhaftet hätte. Es habe ihm eine betrügerische Absicht fern gelegen. Wenn er auch gebildet habe, daß Sülles ihn mit „Herr Kommerzienrath“ angeredet habe, so habe er sich hierbei nichts gedacht. Sülles gab zu, daß er übertrieben habe, wenn er von den Verhältnissen des Moser sprach, viele seiner Angaben stammten aber aus dem Munde Moser's selbst. — Der Angeklagte Daumer ist eine zeitlang bei Sülles beschäftigt gewesen, er soll sich durch die Bestätigung der Angaben seines Chefs mitschuldig gemacht haben. Derselben Vorwurf macht der Staatsanwalt dem Sohne des Angeklagten, Emil Moser. Der letztere erklärte noch, daß er sich anständig mache, innerhalb eines Jahres eine Provision von 24000 Mark zu verdienen und zwar durch den Verkauf von Brodhaus' Konversations-Lexikon. Er habe sich zwei Monate damit befaßt und dabei gegen 6000 M. verdient. Es würde seine Aufgabe sein, den von ihm Geschädigten wieder zu ihrem Geld zu verhelfen. Die Weisungsaufnahme nahm den ganzen Tag in Anspruch, die Vertheidiger, Rechtsanwältin Bronter und Ernst Marquise, werden einen schweren Stand haben.

Die Verhandlung soll am Donnerstag fortgesetzt werden.

Eine fittlich entrüstete Hausbesitzerin erschien als Privatbeklagte vor dem Schöffengericht. Sie hatte es als ganz selbstverständlich angesehen, einer Mietherin, die vom Kontrakt entbunden zu werden wünschte, eine nicht unbeträchtliche Abstandssumme abzuverlangen. Unter diesen Umständen zog es die Mietherin vor, die Wohnung zu behalten. Bald darauf entschloß sich die Mietherin, ihr Haus umzubauen, und nun lag es in ihrem Interesse, die Mietherin noch vor Ablauf des Kontrakts los zu werden. Die geschäftstüchtige Mietherin spekulierte nun darauf, daß die Mietherin anfänglich eine Abneigung gegen ihre Wohnung gezeigt hatte, sie spielte sich als die Entgegenkommende auf und erbot sich, die Mietherin gegen Zahlung einer erheblich niedrigeren Abstandssumme ziehen zu lassen. Die Mietherin hatte aber jetzt keine Lust mehr, vom Vertrage zurückzutreten, ja sie forderte nun ihrerseits, als sie erfuhr, daß der bevorstehende Umbau eine vorzeitige Räumung der Wohnung nöthig mache, eine ziemlich hohe Abstandssumme. Die Dame war im Punkte des Geschäfts ihrer Mietherin vollkommen ebenbürtig. Nun kam aber die fittliche Entrüstung über die Hausbesitzerin. Sie gerieth — wie sie vor Gericht sagte — wegen der Forderung der Mietherin in große Aufregung, denn es sei ihr noch nicht vorgekommen, daß jemand „in unseren Gesellschaftskreisen“ aus einer Gefälligkeit, um die ihn der andere erucht, ein Geschäft machen wolle. In dieser Stimmung schrieb sie einen Brief an die Mietherin, in welchem sie deren Verhalten als nicht mit den Regeln des guten Tonens im Umgang Bekannter verträglich, und ihr vorwirft, sie habe um schändlichen Gelderwerbs willen Leben und Gesundheit ihrer Kinder aufs Spiel gesetzt, indem sie, auf ihrem Kontrakt fußend, die Wohnung nicht räumte, obgleich mit dem Abriß des Hauses schon

begonnen war. Dieser Brief bildete den Gegenstand einer Verleumdungsklage. Der Gerichtshof, der jedenfalls kein Verständnis für die fittliche Entrüstung einer in ihren Geschäftsinteressen gekränkten Hauswirthin hatte, verurtheilte die Dame zu einer Strafe von 20 M.

Arbeiter-Bildungsschule. Insekto, b. 2 Tr. Unterricht. Kurs: Montag: National-Ökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie) Dr. Conrad Schmidt; Mittwoch: Hebung (Pfeifer) und Diskussion über gesellschaftliche Fragen; Schriftsteller Richard Galver; Freitag: Natur-Erkentnis (Entwicklung der Idee über Entstehung und Zusammenlegung des Weltgebüdes) Dr. S. Borchardt. — Die Bibliothek ist jeden Montag, Mittwoch und Freitag (außer an Feiertagen) abends von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf., Kurus (10 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Schüler, Rosenhaldenstr. 57; Kleinert, Wälderstr. 7a, und in den Sonntags-Vorlesungen. Vorleser: Hugo Waschowski, N. Brunnenstr. 193. Kassirer: G. König, S. Diefenbachstr. 30.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

G. W. 1. Zur Zeit der Wahlbewegung können Sie von uns nicht verlangen, daß wir Ihnen 13 Fragen im Briefkasten beantworten!

W. W. 18. Im Krankenhaus Am Urban. Nachmittags ist nicht bekannt.

Jentich. Geschicht, sobald die Kandidatenfragen erledigt sind.

Chemnitz. Freigepäd bis zu 25 Kilogramm. Was darüber ist, ist nachzugeben. Kleine Gespächse dürfen mit ins Koppel genommen werden. Nur bei bestimmten Extrajugeln ist Freigepäd ausgeschlossen.

S. Stuttgart. Natürlich ist es ein Versehen, das in der Redaktion, mit der das Handbuch hergestellt werden mußte, seine Entschuldigung findet, wenn auf Seite 376 unter den „Wahlstationen“ als Leiter der Wahlstation Metallwaaren-Fabrik Kommerzienrath Hähnle genannt wird. Es soll heißen Hähnle. Herr Hähnle ist der bei der Nachwahl gewählte volksparteiliche Abgeordnete.

R. S. 12. Kandidat ist Oskar Schütz, Breslau, Neue Graupenstr. 5/8, Redaktion der „Volkswacht“.

Vertrauensmann Rudau. Gewiß unterscheiden sich sehr oft die Stimmzettel in der Farbe.

S. S. 30. Wenn Sie politisch organisiert sind, so wenden Sie sich an diese Organisation.

Wag Weik. An einem anderen Ort können Sie in diesem Fall Ihr Wahlrecht nicht ausüben.

Bereinte Sangesbrüder. Eine derartige Mitteilung muß vom Vertrauensmann abgehempelt sein. Seyen Sie sich mit Genossen Grüßte, Bremerstr. 50, in Verbindung.

D. S. 109. Wenden Sie sich an den Ortsvorstehenden der Offendbacher Franziska, Herrn C. Dede, Oranienstr. 180 III.

Sattler. Leider schreibt die Sache noch in weiter Ferne. Sobald etwas Bestimmtes verläutet, werden wir darüber berichten.

M. 1. Wir nehmen gern von Ihrer Meinung, daß der Mann fabelhaft heißt. Nicht. Warum nennen Sie sich aber nicht mit Namen?

F. G. Im Wahlkreis Rauch-Pelzig-Brandenburger ist von unserer Seite als Kandidat aufgestellt Ostwirth Gwald in Berlin.

G. v. 4. 1. Zeigen Sie auf Nachahmung an. 2. Etwa 200 Dollar. 3. Etwa 100 Mark. 4. An das Bezirkskommando und an das Volksparteikommando. — **S. 22.** Zur Beantwortung Ihrer Frage ist die Angabe erforderlich, ob der jegliche Ehemann der Mutter der leidende Vater des Kindes ist. — **S. 1000.** Der Vater des Kindes muß zahlen. — **C. S. 1.** Ja. 2. Während der Kirchzeit zu verbreiten, ist zulässig, aber durchaus unzweckmäßig. Eine Verbreitung findet seitens der in der

Kollation erfahrenen Genossen beßhalt während der Kirchzeit auf dem Lande seit Jahren nicht statt. — **Stolle.** In Österreich. — **Titus.** Rein: der Antrag, die Krankenversicherungspflicht auf das häusliche Gewerbe auszuweiten, ist seitens des Reichstags wiederholt abgelehnt. — **M. S. 100.** 1. Ja. 2. Rein: aber eingeklagt worden. — **G. S. 30.** 1. Ja 20 Jahren. 2. Das hängt von den und unbekanntem Einzelheiten des Falles ab. — **G. S. Unerkündlich.** Das vom 1. Januar 1900 ab in Kraft tretende Bürgerliche Gesetzbuch hat keine solche Bestimmung, wie Sie sie im Auge haben und hat keinerlei Einfluß auf die jetzigen Rechtsverhältnisse. — **Waldhalm 77.** Wenden Sie sich an den Fabrikinspektor. — **G. S. 15.** Wenn die Abmahnungsbefreiung nicht eintritt, können Sie leider nichts machen. — **2. Wette.** Die Fälligkeit des Königs von Preußen beträgt 15 719 290 M. — **M. S. 200.** Sie können sich direkt an das Direktorium des Reichstags richten. — **Italien.** Ohne genauere Angabe, was Sie bezwecken, nicht verständlich. — **Sch.** Wenn Antiquarität könnten Sie eine Aufmündelungsangelegenheit nicht ohne Rücksicht auf Erfolg anbringen. Die Klage wäre aber zwecklos, wenn die Sachen der Brauerei gehören, wie Sie in Ihrer Anfrage gleichfalls mittheilen. — **R. R. Rein.** Die Benutzung einer Fisch-Bade-Anstalt in Berlin ist keine Armenunterstützung. — **W. S. 60.** Wenn Sie nachweisen können, daß das Institut seiner Bestimmung nicht nachgekommen ist, so haben Sie nicht zu zahlen. — **R. W. 35a.** Krankenunterstützung, die ein Jahr zurückliegt, kann keinesfalls des Wahlrechts berauben. Auch wenn Rentenabgaben für die Zahlung bewilligt sind, liegt nach der richtigen Ansicht keine Armenunterstützung vor. Magistrat und Ober-Verwaltungsgericht sind indeß entgegengelegter Ansicht. Jedenfalls beantragen Sie Aufnahme in die Wahlliste. — **S. S. Weihenfee.** Sie können, wenn Ihre Angaben bewiesen werden, mit Rücksicht auf Erfolg auf dem Berliner Gericht an Schadenersatz klagen. — **9999.** Dazu genügt Schriftlichkeit ohne Beschränkung, ohne Polizeigeld, ohne Notar, ohne Gericht. — **J. S. H. R.** Die Beschlüsse mußten innerhalb sechs Monaten nach deren Fälligkeit zurückgefordert werden. Indes ist nach immer mehr verbreiteter zutreffender Ansicht Ihre frühere Braut unter den von Ihnen dargelegten Umständen zur Klage überhaupt nicht verpflichtet. — **R. W. München.** Solche Entscheidung besteht allerdings. Sie können folgendes Gegenmittel, das wir bereits 1893 empfahlen, anwenden. Sie müssen schriftlich gegen Entgelt den Saal lassen von Eintritt der Volkshunde ab nicht mehr ausführen und verbieten durch Plakat und Ordner von da ab den Zutritt Neuankommender. Vorher bezahlte Getränke bleiben im Saal. — **P. S. Gräferstr. 5.** Bis spätestens am 15. sind Chambergarnituren zum 1. (nicht umgekehrt zum 15.) zu kündigen. — **G. 16.** 1. und 2. Ja. — **G. S. W., Rummelsburg.** Die Gerichtsliste kann Ratenszahlungen bewilligen, ist hierzu aber nicht verpflichtet. Wenden Sie sich an die Gerichtsstelle. — **R. G. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht mit einer Beschwerde wegen der Verletzung, die Genehmigung zu ertheilen. — W. G. Ja. — **J. M. 7.** Soweit ersichtlich, ist das Substitut nicht die Erbe geworden. — **G. S. W. W. 24.** 1. Sie hatten nicht 2. Befolgen Sie sich einen zweiten Schritt. — **G. S. 21.** Führen Sie Beschwerde. — **C.** Schon beantwortet.**

Witterungsüberblick vom 24. Mai 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer Hand mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	754.35	W	1 bedeckt	14	14	Gagaranda	702	ONO	4 wolfig	5	5
Danzburg	755.25	W	2 bedeckt	11	11	Petersburg	702	ONO	4 wolfig	5	5
Berlin	756.925	W	3 bed. bed.	16	16	Kort	757	ONO	1 wolfig	13	13
Bielefeld	755.25	W	3 bed. bed.	17	17	Aberdeen	701	ONO	3 bed. bed.	8	8
München	758.25	W	3 bed. bed.	13	13	Paris	757	ONO	2 bed. bed.	14	14
Wien	754.25	W	3 bed. bed.	17	17						

Wetter-Prognose für Mittwoch, 25. Mai 1898.
Ein wenig kühler, theils heiter, theils wolfig bei schwachen nordwestlichen Winden und fortbauender Gemüthlichkeit.
Berliner Wetterbureau.

Am 23. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr, verstarb nach kurzen, schweren Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schankwirth **Karl Wolff** im 34. Lebensjahre, welches wir hiedurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung anzeigen mit der Bitte um stille Theilnahme. 3687b
Die tiefbetrübten Eltern
Heinrich Wolff,
Wilhelmine Wolff geb. Schulz.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. Mai, nachm. 5 Uhr, von der Halle des Emmanuël-Friedhofes aus statt.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer. (Bezirk VII.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mittelgeld 3678b

Karl Zinnert
am 23. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. d. M., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Jakobikirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
Die Ortsverwaltung.
Für die rege Theilnehmung bei der Beerdigung unseres theuren Entschlafenen sagen wir allen, insbesondere d. Ver. d. Berl. Restaurateurs, sowie den Brüdern unserer herzlichsten Dank.
Charlotten Mende u. Kinder.
Danne hiermit jedermann, meiner Frau Bertha Nolte, geb. Writter, auf meinen Namen zu borgen, da ich keine Zahlung leiste. 3688b
Gugo Nolte, Schulstr. 60 I.

Restaurant zum Schwanenberg.
Schöner Aufenthalt in Stralau. Hinter der Untergrundbahn. Großer Familiengarten, rund herum von Wasser umgeben. Vollständige Küche aller Art. Gr. Spielplatz, Regelmäßige Kaffeehäuser (Ausspannung).
36675 J. Hamann, Gastwirth.

Verpändert gewasene und billig erworben
Fahrräder,
wenig gebraucht und neue erstklassige deutsche und amerikanische Herren- und Damenräder mit Jahresgarantie verkauft spottbillig
Concess. Leihhaus,
Neue Schönhauserstr. 11, I.
Sprenger, Radlig, alle Sorten Waldbengel, Bogenbauer billig. Schnelle, Roppenstr. 60.

IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost.)

Sonntag, den 29. Mai (1. Pfingstfeiertag), in Jacob's Park-Restaurant, Treptow, Köpenicker Landstrasse:

Gr. Früh-Konzert

unter Mitwirkung der Gesangsvereine **Liberté, Männerchor Süd-Ost, Tonbläthe** (M. d. A.-S.-B.), Dirig. Herr E. Fahl.
Das Konzert wird ausgeführt von Zivil-Berufsmusikern unter Leitung des Dirigenten Herrn **Grass.**
Kassen-Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Entree 20 Pfennig. [215/7]
Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr an geöffnet.
Programm an der Kasse gratis. Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung, Bantischler!

Mittwoch, den 25. Mai, abends 8 Uhr, bei Cohn, Bantischlerstr. 20/21: **Beträunsmänner-Berammlung** für die für die Turchberatung des ausgetreten Grundariffs und unter weiterer Vorgehen.
Die Kollegen der Bantischlerbranche werden ersucht, aus jeder Werkstatte einen Vertrauensmann zu entsenden.
Die Ortsverwaltung.

Bildhauer-Versammlung

am Donnerstag, den 26. Mai 1898, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal Köpnickstr. Nr. 62.
Tages-Ordnung:
1. Aufstellung eines Kandidaten als Beisitzer zum Gewerbegericht.
2. Wie stellen sich die Antrag zur Aufstellung eines Tarifs? Vorschläge und Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen, insbesondere der Antrag, ersucht
Der Einberufer.
20/13

Achtung, Zimmerer!

Durch eine Annonce in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“, unterzeichnet von der sogenannten Wahlkommission der Volksorganisten, werden sämtliche Berliner Zimmerer aufgefordert, in einer öffentlichen Versammlung, welche heute Mittwoch, den 25. d. Mts., stattfindet, zu erscheinen.
Da eine einheitliche Wahlkommission für die Berliner Zimmerer nicht besteht, eine Verhandlung über in Bezug auf die bekannt gegebene Tagesordnung zwischen der Leitung des Verbandes und den Vollzählig nicht stattfinden hat, nicht einmal die Gewerbegerichts-Beisitzer der zentralen Richtung vorher davon in Kenntnis gesetzt worden sind, hat diese Versammlung keinerlei Bedeutung für die Berliner Zimmererbranche und können bindende Beschlüsse selbstverständlich dort nicht gefaßt werden. Nach den gemachten Erfahrungen ist voranzusetzen, daß auch in dieser Versammlung eine sachliche Diskussion nicht möglich ist und nun den unliebsamen Vorkommnissen der früheren Versammlungen aus dem Wege zu gehen, die Versammlung auch sonst keinerlei Zweck hat, ersuchen wir vor allem die Verbandemitglieder, diese Versammlung nicht zu besuchen.

Der Vorstand des Verbandes der Zahlreichen Berliner und der Umgegend.

Genossen und Freunde theile ich mit, daß ich meinen Nach- und Vorfürs-Zalon nach Mariendorferstr. 9 (früher Nr. 1) verlegt habe. „Boro“ I. und. Daneben Zeitungverkauf. Um gütigen Zuspruch bitte
Joh. Zastrow. [24675]

Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Remontoir-Uhren, Operngläser, Releokoffer, Knägel, Hosen, Sommerpaletots, Wäsche Postbillig Pfandleihe Neanderstrasse 6. [24675]

Achtung! V. Wahlkreis. Achtung! Volks-Versammlung

Mittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
im Saale des Schützenhauses, Linienstraße 5.
Tages-Ordnung:
1. Der Volkswille bei den nächsten Reichstagswahlen. Referent: Richard Fischer. 2. Diskussion. 217/8
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Das Wahlkomitee.



Ein junger Hund zu verkaufen bei Jung, Madatstr. 9, I. Et. 4 Tr. [3688b]

Für gut Gehen 3jähr. schriftl. Gar.
Gold. Damen- Uhren von 16 M. an
Silberne Herren-Uhren von 9 M. an



Gold. Ringe von 2 M. an
Gold. Broches v. 6 M. an
Trauringe 2 Duk. 21 M.
Wenn sie gut **Goldwaaren** u. Uhren kaufen wollen, so besichtigen sie unsere permanente **Muster-Anstellung** mit **Original-Preisnotirung** vor dem Hause der **Gumpert'schen Konditorei**
Königstr. 22.
Goldwaaren-Industrie
Belmonte & Co.
Einzelverkauf nur Hof.
!!! Anzüge !!!
feine Beinkleider, vorjährige, nach Maß bestellte, verkaufte Hälfte Kostenpreis Königstr. 26, part. Engel.

Für 2-3 Mark

Recht sehr groß, zu Knabenanzügen, Reize zu Herrenanzügen, schöne Winter 7-10 M. für 12 M. S. Chevrolet- auch Kammergarnre, Paletots und Coquelette so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Deutscher Bortier

Deffert- u. Maßkraftbier 1. Rang.
Brauerei Burgkalt, Völsdam.
gegr. 1736, bef. f. Blutmarme, Brustkrankh., Nerven-, Wund-, Rheuma- u. d. leicht bedrückt, nahrh., kräftigste Bier. — In Flaschen, bed. best. Geschick, u. Gewichtszunahme
aberr. 14 Flasch. drei, 50 zehn M. an. In Ged. (1/2, 1/4, 1/8) 3. Selbst abg. weinl. bill. Allein-Verkaufst. f. Berlin u. Prov. Bortierfabrik **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Richtmaßchenzahl — Qual. entscheid.

Wohl. Schloß. für 1 oder 2 Grn. Wrangefer 94, 4 Tr. 2. Jänker. [3678b]

Frbl. Schl. Schl. sep. G. f. h. zu verka. bei Meyer, Admiralsstr. 27, u. 2 Tr. [3678b]

Frbl. Schl. an 2 Herrn Friedrichsbergerstr. 20. From Wolter. [3680b]

Eine Schl. f. 2 Herren Reichsbergerstraße 32, v. 3 Tr. 5. Wölwin.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung! Holzarbeiter.

In der Möbelabrik von **Rackwirth & Riegel**, Bismarckstr. 50, haben sämtliche Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.
80/13* Die Ortsverwaltung.

Junge Mädchen, vierzehn bis sechzehnjährig, brav, geschult, zum Lernen auf Verkauf gegen Anstandslohn von 4 Mark per Woche. [3680b] Ehrlich, Seydelstr. 27 (Spindlerhof).

Guten Nebenverdienst können sich Personen, welche besseren Verkehr pflegen, durch Empfehlung eines Reinigungsverfahrens verdienen. Offert. sub **J. L. 9481** an Rudolf Mosse, Berlin SW. 23/4

Eine Frau sucht Aufwartende in einem Restaurant. Näheres Noabitz, Buttischstr. 5, 5. bei Schacht. [3679b]

Wächte Kartonschreiberinnen vers. L. Alexander, Stahlhreiberstr. 28. [3680b]

Chirurg. Inkrum-Macher, mehrere sehr wichtige, werden bei hohem Verdienst sofort verlangt. Abr. unter Richard Galle, Breslau, Hauptpost logend erbeten. [3677b]

Bergolder, Farbmalger verlangt Neu-Weihenfer, Gutfast, Köllnstr. 15.

Wahlversammlungen.

Für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis tagte am Montag Abend in Cohn's großen Saale eine zahlreich besuchte Wahlerversammlung, in welcher Genosse Bötzjoh über die Sozialdemokratie und die gegnerischen Parteien sprach.

Eine Volksversammlung des sechsten Reichstagswahlkreises fand mit geringer Beteiligung am Montag in der Kronenbrauerei statt. Der Referent Genosse Bergmann hatte sich die Frage: „Was will die Reaktion und was wollen wir?“ zum Thema genommen.

Die Freisinnigen des fünften Wahlkreises hielten am Montag eine Wählerversammlung in der Brauerei Friedrichshain ab. Obwohl sie als Zugkraft für diesen Abend einen Vortrag des Abgeordneten Albert Träger boten, war die Versammlung doch nur von etwa zweihundert Personen besucht.

Der Wahlschuss der deutschen Volkspartei hatte zum Montag eine Wählerversammlung für den fünften Berliner Reichstagswahlkreis nach dem Alten Schützenhause einberufen, die sich durch den zahlreichen Besuch unserer Parteigenossen zu einer recht interessanten gestaltete.

von der sehr stark besuchten Versammlung eine Resolution angenommen wurde, in der die Versammelten versprachen, mit aller Kraft für die Wiederwahl des sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Robert Schmidt am 16. Juni einzutreten.

In Tegel tagte am Sonnabend, den 21. Mai, in Müller's Lokal eine außerordentlich gut besuchte Volksversammlung, Genosse Stadthagen sprach unter großem Beifall der Versammlung über die bevorstehende Reichstagswahl.

Versammlungen.

Die Zimmerer lokaler Richtung hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung bei Cohn, Weichstraße, ab, in der zunächst Schäffer den Bericht über den zweiten Kongress der lokalorganisierten Gewerkschaften erstattete.

Der Verein der Wäsche- und Kravattenbranche hielt am Mittwoch, den 18. ds. Mtz., im Schützenhaus, Littenstraße 5, eine Agitationsversammlung ab, in welcher Frau Sanitätsrath Schwerin einen Vortrag hielt über: „Warum müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche organisieren?“

Die Freie Vereinigung der Wählernarbeiter und verwandten Berufsge nossen Berlins und der Umgegend hielt am 8. d. M. im „Englischen Garten“ ihre diesjährige Generalversammlung ab.

Der Zentralverband der Konditoren hielt am 30. d. M. seine Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurden die Hamburger Anträge mit einiger Abänderung angenommen.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am Sonnabend, den 21. Mai, in den Oranienhallen Herr Crempe einen in anregender Form gehaltenen Vortrag: „Paukerieren über eine freirechtliche Weltanschauung“.

Eine öffentliche Bautischer-Versammlung tagte am 16. Mai im Kolberger Salon. Von der Kommission war ein Grundtarif

ausgearbeitet worden, welcher den Anwesenden zur Beratung vorgelegt wurde. In kurzen Worten erläuterte Fendel der Versammlung den Zweck, weshalb der Tarif ausgearbeitet worden ist.

Die Bäcker Berlins (L. R.) nahmen in einer öffentlichen Versammlung, welche bei Grindel, Brunnenstr. 188, tagte, den Bericht ihres Delegierten Schneider vom Berliner Gewerkschaftskongress der lokalorganisierten Gewerkschaften Deutschlands entgegen.

Die Brauerei-Hilfsarbeiter hielten am 17. Mai im Englischen Garten eine öffentliche Versammlung ab, in der Schäler das einleitende Referat übernommen hatte. In trefflicher Weise führte er es den Anwesenden aus, daß die schlechten Löhne und die lange Arbeitszeit nur die Folgen des Individualismus seien.

Die Gravure- und Zifeleure der Filiale Berlin hatten am 17. Mai in den Oranienhallen ihre Filialversammlung. Unter Geschäftlichem erfolgte zunächst die Abrechnung der Vergütungskommission.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für Groß-Lichterfelde hielt am Dienstag eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung diverser Vereinsangelegenheiten brachte ein Mitglied verschiedene Unregelmäßigkeiten auf den durch den berühmten Baumeister Merens in Groß-Lichterfelde für die Gemeinde aufgeführten Bauten zur Sprache.

Weihensee. Eine öffentliche Maurerverammlung, die am 22. hier tagte, beschäftigte sich mit den Vorgängen in der Maurerbewegung von Berlin und Umgegend. Gegen den Beschluß der lokalorganisierten Maurer vom 18. Mai, wonach zu dem Streikfonds der Berliner Maurer zu sammeln wäre, wendet sich die Versammlung entschieden.

Der Sozialdemokratische Arbeiterverein für Köpenick und Umgegend hielt am 17. d. M. seine Versammlung ab. Faber sprach über Herrn Hans von Oppen als Schriftsteller. In der Diskussion beteiligten sich Hilliges, Rigau, Wail und Ladowig.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Feuerstein, Alte Jakobstr. 75: Zusammenkunft. Samariterkursus der Arbeiter und Arbeiterinnen. Laut Vereinsbeschluss findet die Nachpartie am 29. Mai nicht statt. Der Vorstand.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) (1) soeben das 35. Heft des 16. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Sozialökologische Vorgänge. Von Heinrich Gumow. — Die arbeitenden Massen in Berlin und die städtische Härte. Von Dr. C. Hugo. — Was die Arbeiter in der Schweiz lesen. Von Dionys Janner. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Donatienne. Von René Bazin. Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Ina Bach. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag) ist und soeben die Nr. 11 des 8. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Mutterpflichten im Wahlkampf. Von Vitz Braun-Berlin. — Das preussische Abgeordnetenhaus und die Frage des Frauenstudiums. Von Paul Hirsch. — Die Rags. Von Richard Dehmelt. (Gedicht.) — Feuilleton: Die Reinen. Von Dorothée Goebeler. (Fortsetzung.) — Notizen: Von Vitz Braun und Maria Jettin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Gesundheits-schädliche Folgen industrieller Frauenarbeit. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und des Berufsweises. — Vereins- und Versammlungsrecht. — Frauenbewegung.

Die Sozialistischen Monatshefte (Redaktion und Verlag: Berlin O., Steinstr. 11) haben soeben ihr 5. Heft erscheinen lassen. Dasselbe enthält ein sehr charakteristisches Portrait von Cleonora Marx, nebst einer Skizze aus der Feder von W. Viehstedt. Ferner wird in ihm die Kritik über den Stand der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Kulturstaaten, die in früheren Heften bereits den Sozialismus in England, Frankreich, Italien, Spanien, Oesterreich, Ungarn, Polen und Queensland behandelt hat, fortgesetzt durch eine Studie über die russische Arbeiterbewegung. In demselben Heft eröffnet Paul Kampfmeyer eine Reihe von in sich geschlossenen Aufsätzen, die in ihrer Gesamtheit eine kritische Untersuchung und Rekonstruktion der theoretischen Grundlagen und praktischen Forderungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms bieten sollen. Der Inhalt des Heftes ist insgesammt der folgende: Nikolai Kossow: Der Sozialismus in Rußland. — Dr. Conrad Schmidt: Ueber das ebene Lohngesetz. — Wilhelm Liebknecht: Cleonora Marx. — Paul Kampfmeyer: Ueber den Einfluß der sozialen Modis der Proletariats auf die staatlichen Institutionen. — Dr. Hans Müller: Ziele und Mittel der Sozialreform in der Demokratie. — Prof. Alfonso Auraro: Die praktische und die theoretische Moralwissenschaft. — Prof. Enrico Ferri: Die Mikroben der Verbrechermwelt. — Rundschau: Aus der Zeit. — Bücher. — Der Preis des elegant ausgestatteten Heftes beträgt 50 Pf.; pro Quartal 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Postanstalten.

Wir den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 25. Mai.
Opernhaus. Der Evangelist. Phantast im Bremer Rathaus. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Ein Sommer-nachmittag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Silberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Maria Stuart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Dummen. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Obersteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Villa Gabrielle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weißens. Momentaufnahmen. Vorher: Nach Pause. Anfang 8 Uhr.
Central. Dorf und Stadt. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Stadttrumpeter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velle-Alliance. Wein, Weib, Gefang. Anfang 8 Uhr.
Luise. Der Mann im Monde. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Heinrich Heine. Eine Tasse Thee. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Leonas Festtritt. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab.
Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Passage - Panopticum.
36 schwarze Mädchen
aus unseren afrikanischen Kolonien.
Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Gastan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Ein lebender Riesen-Orang-Utan der Waldmensch von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch.
Salambo, die schöne Schlangenhändigerin.

Brauerei Friedrichshain
früher Wipf. Am Königsdthor.
Sekte, sowie jed. Mittwoch
Jänisch-Konzert
Regiments-Musik d. Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments No. 1.
Anfang 6 Uhr.
Eintritt 10 Pf.
Bei ungenügender Mitternacht bieten die neuerbauten Riesenzelte genügend Schutz.
Jeden Mittwoch: Gr. Spargel-Essen zu kleinen Preisen.
Morgen Donnerstag: Garde-Schützen-Frei-Konzert.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Leichte Kavallerie und die Opernoperie Cavalleria Rusticana.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
An allen 3 Pfingstfeiertagen sowie von da an täglich
Stettiner Sänger
(Mischel, Vietro, Britton, Steibl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Apollo-Theater
und Konzert-Garten.
Novität! Mit vollständig Novität! neuer u. glänzender Ausstattung
Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Ferner Auftreten von Spezialitäten ersten Ranges.
Vor der Vorstellung im Garten: Konzert, ausgef. von der Theaterkapelle.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Ostbahn-Park,
Am Köpenicker Platz.
Täglich: Concert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
u. a.: The Borsini Trio, Afrodaten, Fioritta & Hans D'Albert, Duettisten, etc.
So lebt man in Berlin. Poffe, Volksbelustigungen. Kaffeeische u. 2 Uhr geöffnet. Beginn des Concerts Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 5 Uhr. Entree Sonnt. 20 Pf., Kinder 10 Pf., Wochent. & Pers. 10 Pf.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch:
Die Dummen.
Donnerstag:
Blaues Blut.
Freitag:
Galeotto.

Central-Theater
Alle Jakobstr. 30.
17. Gastspiel des Giala-Ensemble. Festes Auftreten von Fräulein Amalie Schöndchen und Herrn Hans Neuert.
Gastspiel des Hrn. Paula Wirth. Zum 3. Male:
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 2 Akten, und 7 Bildern von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr.
Morgen zum 1. Male: Kneippuren.

Luisen-Theater
34. Reichenergasse 34.
Abends 8 Uhr:
Gastspiel von Emma Fröhling.
Der Mann im Monde.
Vorher: Die Bilde durch Telephon Amt IV Nr. 2074 werden an der Abendkasse ohne Aufgeld referiert.

Ostend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Stadttrumpeter.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag und Freitag: Dieselbe Vorstellung. — Sonnabend: Wegen Vorbereitung zu dem Ausstattungsstück geschlossen. — Sonntag: Vollständige Eröffnung der Sommer-Saison: Auf Sumatra. Gr. pant. Ausstattungsstück mit Gesang und Ballet von Ch. Cohnmann. Musik von F. Krause. Ballet getanzt von der 1. Solotänzerin Corola Winka vom Hof-Theater in Alenburg a. G. und 24 Damen vom Corps de Ballet. Ueber 100 Mitwirkende. Neue Kostüme. Neue Dekorationen. — Im Garten: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Nur Straße 1. Rang. — Am 2. Pfingstfeiertag: Großes Fest-Konzert, Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.

Garten-Theater der Reichshallen
Leipzigerstraße 77.
Am 28. Mai (Pfingst-Sonnabend) Eröffnung des 3000 Personen fassenden Sommer-Gartens nach neu-erbauter Garten-Bühne.
Som 28. Mai ab täglich Wilhelm-Kalnsberg-Agoston-Ensemble!
Cine vom Brett!
Vollen-Burleske in 1 Akt (Raufl.) Die best affektirten Spezialitäten Clara Antoni, Hella Collier, Toni Leonardy, Hermanos Castagna Brüder Paxton, Tom Brinary.
Die 6 norbischen Perlen! u. s. w. Das Konzert beginnt täglich um 7 Uhr, die Vorh. um 7 1/2 Uhr. Tageskasse von 11-1 Uhr Vorm.

Garten-Theater der Reichshallen
Leipzigerstraße 77.
Am 28. Mai (Pfingst-Sonnabend) Eröffnung des 3000 Personen fassenden Sommer-Gartens nach neu-erbauter Garten-Bühne.
Som 28. Mai ab täglich Wilhelm-Kalnsberg-Agoston-Ensemble!
Cine vom Brett!
Vollen-Burleske in 1 Akt (Raufl.) Die best affektirten Spezialitäten Clara Antoni, Hella Collier, Toni Leonardy, Hermanos Castagna Brüder Paxton, Tom Brinary.
Die 6 norbischen Perlen! u. s. w. Das Konzert beginnt täglich um 7 Uhr, die Vorh. um 7 1/2 Uhr. Tageskasse von 11-1 Uhr Vorm.

AUSSTELLUNG am KURPÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's INDIEN
BAHNSTATION SAVIGNYPLATZ
Vorstellungen in der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entree 50 Pl., Kinder die Hälfte.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: Großes Garten-Konzert und im elektrisch erleuchteten Riesensaal: Grosser Ball.
Die Kaffeefische ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich best. Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
Karl Mittag, Debanem.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.
Schweizer Garten.
Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Am 1. und 2. früh 4 1/2 Uhr und nachmittags 4 Uhr: Pfingstfeiertag Extra-Vorstellungen sämtl. Spezialitäten.
Robert & Bertram, The 3 Buffalos, Max Kanella, Gabr. Piccadilly, Centric-Barod, Rundradfahrer, Ruf. Kontorion, Handhand-Afrob, Ella Bender, Emil Lippardt, Marga Leuschner, Lucie & Olga Tilly, Fiederjägerin, Barodist, Solofaustspiel, Gefangenschaft.
Volksbelustigungen aller Art. Am 2. Feiertag im Saale: Gr. Ball.
Von Pfingsten ab: Täglich Concert und Vorstellung.

Gr. Frankfurter Strasse 117. **Königsbank** Gr. Frankfurter Strasse 117.
Empfehle meine Säle und prachtvollen Garten (beide mit Theater-Bühne) bis 2000 Personen fassend, den geehrten Vereinen zur freien Benutzung.
(4027L*) Hermann Warsany.

Max Klemm's Sommer-Theater,
Fafenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich: **Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung**
Barsikow-Troupe — The Terras — Little Elfrida. Georg Fischer, Fiederjäger; Franz. Wunsch, Soubrrette; Karl Gursch, Tanz-Parodist; Martha Reinshagen; Tutti Belmonte.
Neu! Das Blumenmädchen vom Moritzplatz. Neu! Volksstück mit Gesang in 2 Akten von J. Ehner. Der dritte Mann. Schwanz in 1 Akt von Paul Adler. Vor und nach der Vorstellung: Garten-Concert. In den beiden Sälen: Grosser Ball.
Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Max Klemm.

Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen
Zu Dampfer- u. Landpartien vorzüglich geeignet.
Otto Beyer's Restaurant „Zur Schleuse“,
1600 Personen fassend. Regelmässige, kaffeeische, Volksbelustigungen für Vereine und Fabriken lauanteste Bedingungen. (34268)

Die Silberwarenfabrik von **Max Busse**
Brunnenstr. 175, an der Invalidenstr.,
empfiehlt: Tafelgeräthe, Bestecks, Löffel, Brautkränze, Stockgriffe, Zigarettenetuis, Tabaksdosen, Krüge, Trinkhörner, Bowlen in Alfenide und massiv Silber.

BUTTER
täglich frisch ankommend,
offerire meiner werthen Kundsch. in nachstehenden Filialen:
Koppen, Ecke Gr. Frankfurterstr. Memelerstr. 52.
Weidenweg 100. Rigauerstr. 1.
Krautstr. 48. Wartstr. 47.
Rauelstr. 27. Andreas-Markthalle Stb. 115-118, Stiege E 15-18.
Oranienstr. 129.
zu folgenden Preisen:
Wirklich feine Grasbutter . . . 1,00
ganz besonders zu empfehlende . . . 1,10
sehr gute Kochbutter . . . 0,90
Eier, täglich frisch eintreffend . . . Mandel 50-65 Pf.
Käse, nur bessere Qualitäten. 52050*
J. Maeding, Komptoir und Engros-Lager: **Krautstr. 48.**

Bitte überzeugen Sie sich, verehrte Hausfrau!
Haben Sie schon einen Versuch mit dem echten **Dr. Thompson's Seifenpulver** (Schwämme „Schwamm“) gemacht?
Wenn nicht, dann kaufen Sie nicht länger damit! Es gibt kein probatere Mittel, um schnell und ohne viele Mühe, ohne Schaden für den Stoff, hässliche weisse Flecke zu erhalten.
Zu haben in den meisten Droguen, Seifen- und Kolonialwaren-Handlungen.

49772*
Maitrank
täglich frisch, ausgezeichnet im Geschmack,
à Fl. 60 Pf., 10 Fl. Mk. 5,50, 50 Fl. Mk. 25,— etc.
Heidelbeer-Wein, Johannisbeer-Wein, weis u. roth, herb u. süß,
à Fl. 75 Pf., 10 Fl. Mk. 7,—, 50 Fl. Mk. 30,— etc.
Brombeer-Wein, Wermuth-Wein à Fl. Mk. 1,—,
Grösste Obst- und Beeren-Wein-Kelterei Berlins.
Probirstelle: Kommandantenstr. 67.
Eugen Neumann & Co.
Komptoir u. Gesamt-Kellereien: SW. 68, Lindenstr. 16/17.
Fernsprecher: Amt IV. 9676.
Detail-Verkaufsfilialen: Belle-Allianceplatz 6a, Amt IV. 3678, Wilsdrufferstr. 25, II. 2632, Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Genthinerstr. 29. — Kommandantenstr. 67. — Grüner Weg 56. — Schönberg, Hauptstr. 129. — Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 48. — Potsdam, Bärstr. 7.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gef. schw. perl. und jun. Fleisches.
Rindfleisch . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . 40 Pf.
(4078L*)
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Die altbekannte Goldwaaren-Fabrik nebenan im Geb. (früher 20 Jahre) von Carl Lützow
40242*) befindet sich jetzt wieder
195. Brunnenstr. 195, Goldschmiede-Meister am Köpenicker Thor.
Wie bekannt, streng reelle und billige Bedienung.
Reichhaltige Auswahl. — Reparaturen gut und billig.
Pathen- und Hochzeits-Geschenke.

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!
Oswald Nier's Ungegypste!
Kein Gemisch, kein Malz, keine sog. schwarze Weine etc., sondern seit 1876 laut Fürst v. Bismarck's Worten: „Nationalgetränk“ Angenehme, leicht trinkbare und dabei so sehr stärkende Naturweine aus Weintrauben v. 10 Pf. pro 1/2 L. an, sow. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. 1/2 u. 1/4 L. f. Festlichkeit, Vereine, Krankenhäuser bew. hoh. Rabatt!
57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland! Ausf. Preiscurant nebst Broschüre gratis und franco.
Hauptgeschäft und Versandabtheilung **BERLIN N., Lindenstr. 190.**
No. 17 **OSWALD NIER**

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Eröffnung der Sommer-Saison am 29. Mai (1. Pfingstfeiertag).
Im schönen Garten täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale: Großer Ball.

Etablissement Feldschlößchen
Inhaber Fritz Nagel
Müller-Str. Nr. 142.
Im grünen und schattigen Garten des Nordens (3000 Personen fassend):
Täglich: **Frei-Konzert.**
Sonntags:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saal: **Ball.**
Achtung! 52120*
Die Sonntage der Winter-Saison sind an Theater-Vereine zu vergeben.
Fritz Nagel.

Bad Monbijou
Gr. Hamburgerstrasse 20.
Naturärztliche Poliklinik.
Elektr. Lichtbäder, Gehluft, Dampf, Dampfbäder, Kräuterbäder, Kneipp'sche Güsse, 3 Bäderbäder 1 W. (4 Poliklinik 10-12, Klinik 4-6.

Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Röhre v. 2 Mark event. 2 Mark zählung. *
Viga Jacobson, Invalidenstr. 145.
Weyer's Person oder Brodhaus, neueste Anst. liefert vollst. gegen monatl. Theilzahl. von 5 M. A. Steiner, Charlottenburg, Pöhlstr. 106a. 123/10

Für 36 Mark
fertige feine Anzüge nach Maß, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Maß, für 8-12 M. feine Hosen nach Maß.
Riesenhoflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Anzüge nach Maß für Herren-Anaben
Gedöhte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Westeileber etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gef. schw. perl. und jun. Fleisches.
Rindfleisch . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . 40 Pf.
(4078L*)
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Die altbekannte Goldwaaren-Fabrik nebenan im Geb. (früher 20 Jahre) von Carl Lützow
40242*) befindet sich jetzt wieder
195. Brunnenstr. 195, Goldschmiede-Meister am Köpenicker Thor.
Wie bekannt, streng reelle und billige Bedienung.
Reichhaltige Auswahl. — Reparaturen gut und billig.
Pathen- und Hochzeits-Geschenke.

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!
Oswald Nier's Ungegypste!
Kein Gemisch, kein Malz, keine sog. schwarze Weine etc., sondern seit 1876 laut Fürst v. Bismarck's Worten: „Nationalgetränk“ Angenehme, leicht trinkbare und dabei so sehr stärkende Naturweine aus Weintrauben v. 10 Pf. pro 1/2 L. an, sow. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. 1/2 u. 1/4 L. f. Festlichkeit, Vereine, Krankenhäuser bew. hoh. Rabatt!
57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland! Ausf. Preiscurant nebst Broschüre gratis und franco.
Hauptgeschäft und Versandabtheilung **BERLIN N., Lindenstr. 190.**
No. 17 **OSWALD NIER**

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Eröffnung der Sommer-Saison am 29. Mai (1. Pfingstfeiertag).
Im schönen Garten täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale: Großer Ball.

Fertige Kleider
zu sehr billigen Preisen.
Fertiges Kleid aus reinwoollenem englischen Stoff, beliebige Strickstoffe, 15 Mt., 18 Mt., 20 Mt., 25 Mt., 30 Mt.
Fertiges Kleid, elegante Brochenen-Brocade, engl. Stoff, 20 Mt., 25 Mt., 30 Mt.
Schwarze Kleider in neuen Phantasiestoffen, 20 Mt., 25 Mt., 30 Mt.
Schwarze seidene Kleider 40 und 50 Mt.
Einzelne Röcke, schwarz und farbig, 6 Mt., 8 Mt., 10 Mt.
Jackenkleid in reinwoollenen Stoffen, beliebige Farbe, 10 Mt. beste Neuheit.
Blusen, entzündende neue Façons, 3 Mt.
Jaquets in schwarz und allen neuen Farben und Façons, 6 Mt., 8 Mt., 10 Mt., 12 Mt.
Schwarze Capes u. Kragen mit eleg. Stücken, 4 Mt., 5 Mt., 6 Mt.
fertige
Waschkleider in Blau, Weiß, Orange und Gouland, 8,50 Mt., 10 Mt., 12 Mt., 15 Mt., sehr große Auswahl, in allen Weiten stets vorräthig.

Bad Monbijou
Gr. Hamburgerstrasse 20.
Naturärztliche Poliklinik.
Elektr. Lichtbäder, Gehluft, Dampf, Dampfbäder, Kräuterbäder, Kneipp'sche Güsse, 3 Bäderbäder 1 W. (4 Poliklinik 10-12, Klinik 4-6.

Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Röhre v. 2 Mark event. 2 Mark zählung. *
Viga Jacobson, Invalidenstr. 145.
Weyer's Person oder Brodhaus, neueste Anst. liefert vollst. gegen monatl. Theilzahl. von 5 M. A. Steiner, Charlottenburg, Pöhlstr. 106a. 123/10

Für 36 Mark
fertige feine Anzüge nach Maß, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Maß, für 8-12 M. feine Hosen nach Maß.
Riesenhoflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Anzüge nach Maß für Herren-Anaben
Gedöhte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Westeileber etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**